Nr. 56.

17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 8. März 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Weltpolitik des krachenden Kapitalismus.

Wir sahen: als die Weltpolitik der großen Industrie die letzten Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise zog und sie zum rettenden Sprung in die socialistische Produktionsweise drängte, erfand sich der krachende Kapitalismus seine eigne Weltpolitik. Der aber diesen Wechselbalg aus der Taufe hob, war nicht der bürgerlich freieste Staat Europas, sondern der Hort der europäischen Reaktion, war nicht England, sondern Rußland.

Wie so viele, noch so geheiligten Ueberlieferungen der Politik, ist auch das Testament Peters des Großen durch die großindustrielle Entwicklung zerrissen worden. Ob nun erfunden oder nicht, so war die berüchtigte Urkunde in jedem Fall die richtige Kodifikation der russischen Politik, wie sie seit Peter und selbst schon seit Iwan dem Schrecklichen getrieben worden ist, der Politik nämlich, Europa einem asiatischen Despotismus zu unterwerfen, der die Waffen der europäischen Civilisation seinen Eroberungszwecken dienstbar zu machen wußte. So große Erfolge damit erreicht wurden, so scharf richteten sich die zweischneidigen Waffen gegen den Zarismus selbst, als die große Industrie sich im westlichen Europa durchgesetzt hatte. Mit dieser revolutionärenden Waffe war weiter kein Spaß zu treiben; an ihr zerschellten alle despotischen Raubgelüste, und im eignen Lande drohte sie Kräfte zu entfesseln, die zu allererst dem Zarismus selbst an Kopf und Kragen gingen.

Somit mußte er sich auf die Eroberungs- und Protektionspolitik beschränken, die den vorindustriellen Stadien der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlich war. Abgeschreckt von Europa erinnerte er sich seines asiatischen Ursprungs und richtete sein Auge von Konstantinopel auf Indien. Indem er erobernd der englischen Weltmacht an ihrer kitzlichsten Stelle auf den Leib rückte und den Weltkrieg um die kolossale Beute immer drohender beschwor, sperrte er zugleich die russischen Grenzen, um die revolutionär gährenden Kräfte im eigenen Lande zu beschwichtigen. Er rechnete ganz richtig mit der Kurzsichtigkeit der Bourgeoisie, die über der augenblicklichen Befriedigung ihres Profithungers gern die dauernden Interessen der kapitalistischen Produktion vergißt; die russische Industrie, die über den inneren Markt herausgewachsen, aber noch nicht zur Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte herangewachsen ist, war ganz einverstanden mit der Eroberung neuer Märkte und ihrer strengen Abschließung gegen die konkurrierende Industrie fremder Nationen. Insofern hat die Weltpolitik des krachenden Kapitalismus in Rußland einen gewissen Sinn und Zusammenhang.

Schwieriger schon ist dieser Sinn und Zusammenhang bei ihrem zweiten Pathen zu entdecken, bei Frankreich, doch ist er hier immerhin auch noch zu finden. In Frankreich hat sich, aus denselben historischen Gründen, die eine starke Bauern- und Handwerkerklasse erhalten haben, die große Industrie nie so kräftig entwickelt, wie in England. Nach dem Siege der französischen Bourgeoisie im Jahre 1830 kam nicht ihre großindustrielle, sondern ihre großfinanzielle Schicht ans Ruder, um in achtzehnjähriger Mißwirtschaft das Land zu ruinieren und nicht zuletzt auch die großindustrielle Entwicklung zu hemmen. Als die französische Nation dann 1848 das unerträglich gewordene Joch abschüttelte, gelang der Bourgeoisie die Uebertölpelung des Proletariats nicht mehr so glatt, wie im Jahre 1830; sie erstickte deshalb die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse in den Blutströmen der Junitage und ebnete dadurch dem Bonapartismus seinen schmutzigen Weg. Er hielt sich am Ruder, indem er bald die Bourgeoisie, bald das Proletariat bald liebkoste, bald neckte, oder selbst auch ihre gemeinsamen Interessen gegen die chauvinistischen und protektionistischen Ueberlieferungen der reaktionären Klassen wahrte. Dies geschah namentlich in dem englisch-französischen Handelsvertrag von 1860, den Napoleon III., nach dem Erstarken der französischen Industrie in den fünfziger Jahren, mit dem englischen Freihändler Cobden vereinbarte. Die „staatsmännische Einsicht", die der Abenteurer dabei bewiesen haben sollte, war natürlich nicht weit her; wenn er den revolutionären Klassen durch eine Konzession den Mund zu stopfen suchte, so mußte er den reaktionären Klassen durch zehn andre Konzessionen den Mund stopfen, worüber er dann endlich bei Sedan strauchelte. Der schmachvolle Zusammenbruch seiner Herrschaft brachte aber die reaktionären Klassen empor, die in ihrer Gesamtheit der großen Industrie überlegen waren, zumal nachdem sie den heldenmütigen Widerstand der Pariser Kommune in den Greueln der Maiwoche von 1871 niedergeschlagen hatten.

Auf der andern Seite wurden die chauvinistischen und protektionistischen Ueberlieferungen der französischen Ludwige wieder aufgefrischt durch die Annexion Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich, eine jener ausgesuchten, historischen Thorheiten, bei denen die Besiegten wie die Sieger gleichmäßig in die Tinte kommen. Frankreich verlor damit ein paar seiner industriellsten Provinzen und einen beträchtlichen Teil seines innern Markts. Um so größere Chancen hatte nunmehr die Kolonial- und Schutzzollpolitik, zu der die reaktionären Klassen, an der Spitze die hohe Finanz, die Bureaukratie, der Militarismus drängten: die hohe Finanz aus unstillbarer Sehnsucht nach jenen exotischen Spekulationen, bei denen sich die Dummen am leichtesten das Fell über die Ohren ziehen lassen, die Bureaukratie aus Sehnsucht nach fetten Posten, der Militarismus aus Sehnsucht nach neuen Lorbeeren, über denen die Scharten des deutsch-französischen Kriegs vergessen werden sollten. Die französischen Professoren fehlten allerdings, wenn wir uns recht erinnern, in diesem reaktionären Klüngel, vermutlich weil ihnen die Hauptklause der deutschen Flottenprofessoren, wonach die angebliche Ueberbevölkerung Deutschlands die Gründung von Kolonien notwendig machen soll, durch die thatsächliche Unterbevölkerung Frankreichs abgeschnitten war. Genug, die französische Republik taumelte nach Tunis, nach Tonkin, nach Madagaskar; sie begann die Besetzung und Absperrung überseeischer Landstriche im großen zu betreiben, was die französische Nation mit sehr viel Blut und sehr viel Gut bezahlen mußte, ohne selbst nur ein bißchen Flitter von militärischer Glorie zu gewinnen, ja was im tiefsten Grunde die Ursache jener nationalen Zerrüttung geworden ist, die sich im Falle Dreyfus so beschämend offenbart hat. Die französischen Kolonien entkräften das Mutterland noch viel stärker, als — bisher — die deutschen, womit der Vorzug, daß sie nicht ganz so ruppig sind, wie Kamerun, Togo und so weiter, etwas teuer erkauft ist.

Indem nun aber Rußland und Frankreich sich aus allen Kräften bemühten, den Weltmarkt und ihre Gebiete zu verengen, wurde auch England gezwungen, die Weltpolitik der großen Industrie, wenn nicht aufzugeben, so doch einzuschränken. Je mehr seinem Handel vom Weltmarkt entzogen wurde, um so fester mußte es halten, was es davon besaß, um so mehr mußte es darauf bedacht sein, diesen Besitz zu erweitern. Das ist der einfache historische Zusammenhang, den nur bedauerliche Unkenntnis oder gehässige Leidenschaft verkennen kann. Wir werden uns von dem unsinnigen Engländerhaß unsrer Patrioten nicht in das entgegengesetzte Extrem treiben lassen, etwa in jene Schwärmerei für England, die ehedem unter den deutschen Liberalen im Schwange ging; dazu fehlt uns jeder Anlaß. Wir rühmen der englischen Bourgeoisie nichts, gar nichts andres nach, als daß sie von ihrem großindustriellen Standpunkt aus gut zu rechnen versteht, daß ihr demgemäß bei den unerschöpflichen Produktivkräften ihrer Industrie der freie Handel in allen Ländern profitabler erscheint, als ein auf England und seine noch so ausgedehnten Kolonien beschränkter Handel. Die Rechnung ist in ihrer Richtigkeit so einfach, daß sie jeder Schulknabe, der die Geheimnisse des Einmaleins bewältigt hat, nachprüfen kann, und sie ist also gewiß kein besonderer Ruhmestitel.

Wurden nun aber einmal die Raubtierinstinkte, die in allem Kapitalismus stecken, in dem englischen Kapitalismus gewaltsam geweckt, so darf man nicht die Hände überm Kopf zusammenschlagen, weil sie sich in den gewaltigen Dimensionen dieses Kapitalismus ausrecken. Nur diejenigen haben ein Recht zur sittlichen Empörung über den Krieg der Engländer gegen die Boeren, die den Kapitalismus mitsamt all seinen Raubtierinstinkten ausrotten wollen, wobei auch sie gut thun werden, ihre noch so berechtigte Entrüstung nicht triumphieren zu lassen über die Klarheit des politischen Blicks, und über der natürlichen Freude an den anfänglichen Boerensiegen nicht die altbekannte Thatsache zu vergessen, daß die großindustriell entwickelte Nation immer auch die an Hilfsquellen reichste ist. Gar keinen Grund zum Schelten über den Boerenkrieg haben dagegen die deutschen Flottenpatrioten, die früher über die wohlbedachte Friedenspolitik Englands mit abgeschmackt-großmäuligen Spöttereien herfielen und an ihrem Teil die nunmehrige Angriffspolitik Englands mitverschuldet haben.

Es giebt nämlich einen großen Staat in Europa, der durch alle seine nationalen Interessen — das Wort in rein bürgerlichem Sinn genommen — verpflichtet gewesen wäre, den Widerstand Englands gegen die französisch-russische Eroberungs- und Protektionspolitik zu unterstützen. Dieser Staat ist das Deutsche Reich. Deutschland hat der Weltpolitik der großen Industrie nächst England den kolossalsten Aufschwung zu danken, ja relativ genommen noch einen weit kolossaleren Aufschwung als England. In der Mitte der dreißiger Jahre begann die industrielle Entwicklung in Deutschland mit der Gründung des Zollvereins und dem Bau der Eisenbahnen; in der Mitte der siebziger Jahre stand der deutsche Gesamthandel auf dem Weltmarkt nur noch dem englischen nach. Er belief sich 1874 (Ausfuhr und Einfuhr addiert) in Millionen Mark: Großbritannien 13 380, Deutschland 9300, Frankreich 6800, Vereinigte Staaten 4980; zur gleichen Zeit hatte Deutschland in Industrie und Transport mehr Dampfkraft im Betriebe, als irgend ein andrer Staat des Festlands. Diese ungeheuren Erfolge waren erreicht, ohne eine einzige Kolonie, fast ohne jedes Kriegsschiff, wesentlich nach freihändlerischen Grundsätzen. Was also hätte näher gelegen, als daß Deutschland Schulter an Schulter mit England die Weltpolitik der großen Industrie verteidigt hätte! Statt dessen sehen wir das Deutsche Reich an der Seite Frankreichs und Rußlands, mit denen es dieselbe Kolonial- und Schutzpolitik treibt, mit denen es gegen den Frieden von Schimonoseki intervenierte, mit denen es die Aufteilung Chinas beginnt, in schroffem Gegensatz zu jener englischen Politik, der immer nur an der Oeffnung Chinas für den freien Handel aller Nationen gelegen war.

Es ist betrübend, aber unvermeidlich, daß, wer die Weltpolitik des krachenden Kapitalismus in ihrer klassischen, das will sagen in ihrer historisch sinnlosesten und für die menschheitliche Kulturentwicklung gemeingefährlichsten Form kennen lernen will, im Lande der Eichen und Linden, beim Volk der Denker und Dichter einkehren muß. Prüfen wir nunmehr also die Weltpolitik des Deutschen Reichs!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

Reichstag.

Dem Reichstag lag am Mittwoch eine sehr reichhaltige Tagesordnung vor. Kein Wunder deshalb, daß er sie nicht gänzlich bewältigt hat.

Die ersten Punkte freilich verursachten dem hohen Hause wenig Kopfzerbrechens. Ohne Debatte oder doch ohne wesentliche Debatte wurde die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Konsulargerichtsbarkeit, sowie die zweite Lesung des Entwurfs einer Reichs-Schuldenordnung vorgenommen. Dagegen gab die zweite Beratung der endgültigen Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete unsrem Genossen Wurm Veranlassung, im Namen der Rechnungskommission, als deren Berichterstatter er fungierte, eine größere und genauere Specialisierung des Etats zu verlangen, als sie bisher beliebt worden ist. Die Abgeordneten Dasbach und selbst Professor Hasse, Vorsitzender der Rechnungskommission, schlossen sich dem Begehren an, namentlich der letztgenannte Abgeordnete fand überraschend scharfe Worte gegen die ständigen Etatsüberschreitungen, wie sie allmählich gang und gäbe geworden sind. Der Geheimrat v. König versuchte die Kolonialverwaltung, so gut es gehen wollte, reinzuwaschen und versprach Besserung für die Zukunft.

Der weitaus größte Teil der heutigen Sitzung wurde von der Beratung zweier Petitionen ausgefüllt.

Die Kommission hatte beantragt, über eine Petition zur Tagesordnung überzugehen, die, von Studentinnen der Medizin ausgehend, die Zulassung der genügend vorgebildeten Frauen zu allen Vorlesungen an den deutschen Universitäten fordert. Nach einer vorjährigen Verfügung des Bundesrats sind weibliche Aerzte, Zahnärzte und Apotheker zu den Staatsprüfungen zuzulassen; daß sie Zutritt zu den Vorlesungen erhalten, hängt von dem Belieben des jeweiligen Professors ab. — Ein Antrag der freisinnigen Vereinigung (Rickert-Schrader) verlangte im Gegensatz zur Kommissionsmehrheit, die Petition an den Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überweisen, auf dem Weg einer Vereinbarung unter den Bundesregierungen die Zulassung der mit dem Maturitätszeugnis versehenen Frauen zu allen Vorlesungen verfügen zu wollen.

Zu wiederholten Malen brach der Antragsteller, Schrader, eine Lanze für die Forderung, die, wie er mit Recht hervorhob, dem Recht und der Billigkeit nicht minder als den Bedürfnissen der modernen Entwicklungen entspricht. Auf die eigentlichen tiefen Probleme, die der „Frauenfrage" zu Grunde liegen, einzugehen bezeigte der Wadenstrümpfler indessen keine Lust. Noch bequemer machte sich die Sache der nationalliberale Vizebürgermeister und Arzt Dr. Endemann: in vorteilhaftem Gegensatze zu den zahlreichen Berufsgenossen erkannte er die Notwendigkeit der Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium an, aber von einer weitergehenden „Emanzipation" des weiblichen Geschlechts will er grundsätzlich nichts wissen. Als Partikularist und Reaktionär zugleich bekämpfte Freiherr v. Hertling den Antrag Schrader; die „von Gott gesetzte" Naturgrenze zwischen Mann und Weib dürfe nicht verwischt werden, orakelte der Centrumsprofessor mit tiefsinniger Miene. Trotz alledem und alledem war ein gewisser Fortschritt in den Anschauungen selbst der Ultramontanen über die Frauenfrage nicht zu verkennen, wie Bebel konstatierte, der als der Einzige die Debatte auf ein höheres Niveau erhob. Aber es folgte ihm niemand; nur v. Hertling versuchte eine, noch dazu sehr schwache Erwiderung. Der Antrag Schrader wurde abgelehnt, obwohl die ganze Linke einschließlich der Nationalliberalen für ihn stimmte.

Nicht zur Erledigung gelangte die folgende Petition, welche die Wiedereinführung der Prügelstrafe für Roheitsverbrechen fordert. Während die Kommission die „einfache Tagesordnung" vorschlug, wollen die prügelbegeisterten Konservativen die Petition dem Reichskanzler als Material für Aenderung der Gesetzgebung überweisen. Knuten-Oertel — er acceptierte mit Stolz diesen Beinamen — pries die Prügelstrafe als unfehlbares Heilmittel gegen Roheitsverbrechen; nur die „saloppe Humanität" unsrer Zeit sträube sich gegen die Anwendung der „ungebrannten Holzasche". Dr. Müller-Meiningen von den Freisinnigen und Bassermann von den Nationalliberalen führten den Prügelfreund gründlich ab; Abg. Gröber vom Centrum verbeugte sich zwar tief vor den Stockfreunden, erklärte sich schließlich aber doch gegen den konservativen Antrag.

Wann die Debatte über diesen Gegenstand zu Ende geführt werden wird, ist sehr fraglich. Donnerstag steht zunächst die zweite Lesung des Fleischbeschau-Gesetzes zur Beratung.

Der Fall Arons im Abgeordnetenhause.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat heute die Generaldebatte über den Kultusetat fortgesetzt. Der größte Teil der Sitzung wurde wiederum programmmäßig durch Kulturpaukereien zwischen Centrum und Nationalliberalen ausgefüllt. Daneben brachten die Polen ihre Beschwerden vor, die der Minister in äußerst scharfer Form als unbegründet zurückwies. Wie dreist die Junker da, wo sie die Mehrheit haben, auftreten, wie sie am liebsten Vertretern andrer Parteien das Wort abschneiden, zeigt das Auftreten des Abgeordneten von Heydebrand (k.), der, als Abg. Kopsch (fs. Vp.) seiner Meinung über die Volksschule Ausdruck verlieh, unter dem lebhaften Beifall seiner Freunde den freisinnigen Redner wie einen Schulknaben rüffelte und es als nervöses Streben bezeichnete, rasch alles mögliche vorzubringen, ehe ihn ein andrer daran hindern könne. Die Konservativen wollen anscheinend die Rednertribüne des Parlaments nur für ihre eignen Parteigenossen reservieren.

Einige heitere Minuten bereitete dem Hause der Abg. Dr. Hahn, der sich mit wichtiger Miene als Vorsitzender des Bundes der Landwirte vorstellte und als solcher allen Ernstes die Besetzung der nationalökonomischen Lehrstühle der Universitäten durch waschechte Agrarier verlangte. Da Herr Hahn

von niemand mehr ernst genommen wird, so hat seine Rede nur noch psychologisches Interesse, insofern als sie zeigt, bis zu welchem Gipfel der Unverfrorenheit es dieser Herr im Laufe der Jahre gebracht hat.

Am bedeutsamsten war der Schluß der Sitzung. Abg. Munkel (frs. Vp.) brachte als letzter Redner aus dem Hause den **Fall Arons** zur Sprache. Mit dem ihm eignen Sarkasmus und in fein pointierter Rede führte er die Gefahr vor Augen, die der Freiheit der Wissenschaft aus der Maßregelung unsres Genossen Arons drohe, und schloß treffend mit der Bemerkung, er verstehe es, wenn Deutschland sich jetzt seinen Platz an der Sonne suche; daß aber Preußen gleichzeitig seinen Platz an der Finsternis behalten wolle, das verstehe er nicht.

Die Antwort des Ministers Studt war so, wie wir sie von einem Mann erwarten dürfen, der das Urteil gegen Arons selbst mit unterzeichnet hat. Wie sein Amtsvorgänger Bosse, so bestritt auch er, daß durch den Fall Arons die Freiheit der Wissenschaft gefährdet sei; im übrigen lehnte er es ab, auf die Gründe des Erkenntnisses einzugehen. Der lebhafte Beifall, den die Finsterlinge auf der Rechten und vom Centrum seinen Worten spendeten, beweist, daß der neue Kultusminister ein würdiger Nachfolger des Herrn Bosse, ein Mann nach dem Herzen der Reaktionäre ist.

Die Beratung wird Donnerstag fortgesetzt. —

Die konservativen Flottenfeinde.

Die parteiamtliche „Konservative Korrespondenz" nimmt jetzt ihrerseits die von der „Kreuz-Zeitung" ausgegebene Wahlparole auf: Für die Flotte auf Kosten der Börse. Sie hält zwar „grundsätzlich" daran fest, „daß man in großen vaterländischen Fragen den finanziellen Gesichtspunkt nicht in den Vordergrund stellen dürfe" — solche Beteuerungen gehören nun einmal zum konservativen Komödiantentum — dann aber schiebt sie den finanziellen Gesichtspunkt doch in den Vordergrund.

Die „Kons. Korresp." erklärt die famosen Deckungsvorschläge „für sehr beachtenswert" und ist davon überzeugt, „daß der eine oder der andre von ihnen bei nur einigermaßen gutem Willen vom Reichstage wie von der Regierung gebilligt werden kann".

Die „Kruppschen „Berliner Neuesten Nachrichten" sind ganz entsetzt über diese Gefährdung des Flottenplans und des Profits ihrer Geldgeber durch die Konservativen. Dagegen weint der fromme konservative „Reichsbote" blutige Thränen darüber, daß die Centrums-, Freisinns- und socialdemokratische Presse" fortfahre, immer wieder die Deckungsfrage auszuspielen:

„Dieses sociale Bewußtsein soll man schärfen und sich dessen bei allen Einrichtungen des Staats und seiner Lastenverteilung bewußt bleiben. Aber gerade deshalb ist es falsch, bei so großen allgemeinen, den Schutz des Vaterlands und seiner Interessen wahrenden Anstalten wie der Flotte von Sondersteuern für einzelne Interessengruppen zu reden. Die Flotte gehört der Nation und sie muß sie bauen und — sie kann es. Man lasse doch endlich diese Deckungstüfteleien, mit denen man doch nur ein Spiel treibt, um andre Zwecke zu erreichen. Daß wir eine starke Flotte nötig haben, wagen auch diese Kreise nicht zu leugnen."

Der „Reichsbote" scheint es nicht für eine notwendige Tugend der Frommen zu halten, die Wahrheit zu sagen; sonst hätte er nicht vergessen, an erster Stelle die Konservativen als diejenigen zu nennen, welche die Deckungsfrage ausspielen. Uebrigens ging auch in der Kanalangelegenheit der „Reichsbote" mit der Regierung, das hinderte aber nicht die agrarische Opposition. Der „Reichsbote" ist ein Organ der Pastorendemut, aber nicht des Junkertrotzes.

Jedenfalls denkt man jetzt über die Aussichten der Flottenvorlage sehr pessimistisch. Die angebliche Begeisterung hat sich in der That nicht einpökeln lassen, und die Parteien grübeln jetzt über zugkräftige Wahlparolen. —

Der Vorstoß gegen das Ministerium.

Paris, 6. März.

Allgemach scheinen die Elemente eines neuen Skandals herangereift zu sein. Es ist ja auch hohe Zeit dafür, soll sozusagen das Entwicklungsgesetz der Bourgeoisrepublik, die Aufeinanderfolge von Skandalen und Krisen, seine bisherige Gültigkeit bewahren. Die Dreyfus-Affaire ist halb und halb erledigt, die öffentliche Aufmerksamkeit hat sich von der Uebermüdung durch die spannenden Wechselfälle der zweijährigen Krise erholt — und sie kann sich nun mit frischen Kräften einem neuen Skandal zuwenden . . .

Die Philipp-Affaire hebt nicht übel an. Gleich bei ihrer parlamentarischen Taufe hätte sie um ein Haar das neulich durch so viel Vertrauensvoten gefestigte Ministerium aus dem Sattel gehoben. Es steht geschrieben, daß die Regierenden ohne Unterschied der Partei den Gipfel der Regierungskunst in der Wiederholung der schlimmsten Fehler der Vorgänger erblicken müssen. Auch das gegenwärtige Ministerium, dem doch die Lehren der Dreyfus-Affaire ein flammendes Warnungszeichen hätten sein sollen, scheint das Vertuschen als seine erste Pflicht erachtet zu haben. Nach der gestrigen Kammersitzung wird es hoffentlich sich entsonnen haben, daß das Vertuschen in Frankreich geradezu eine Unmöglichkeit ist.

Bisher glaubte man, in der Philipp-Affaire handle es sich um einen Einzelfall, um einen geschäftemacherischen Civilbeamten des Marineministeriums, der nach dem Krach einer oder mehrerer faulen Gründungen auch aus dem Verkauf mehr oder minder geheimer Informationen an die englische Regierung Geld machen wollte. Und da die betreffenden Informationen, die nach Transvaal gefrachteten Schiffe, nur sehr indirekt, wenn überhaupt, die französische Landesverteidigung berührten, so verhallte die chauvinistische Preßhetze ziemlich wirkungslos.

Jetzt aber gewinnt die Philipp-Affaire eine ganz andre Gestalt, dank den Enthüllungen Camille Pelletans in der Kammer. Philipp erweist sich nun als einer unter vielen, als Mitglied einer korrupten Bande, die aus Civilbeamten des Marineministeriums zusammengesetzt ist. Pelletan nannte sie malerisch eine „Korsaren-Bande" („Seeräuber"), die auf eigne Faust das „Strandrecht" ausbeutet. Ihre Waffe ist die „Kooperativbank der civilen Staatsbeamten und -Angestellten", ihr Operationsgebiet sind Börsenmogeleien und faule Gründungen, deren neueste sich also benannte: „Französische Gesellschaft für antiseptische und mikrobentötende (!) Gewebe". Hand in Hand mit den faulen Gründungen ging die Beraubung von naiven Erfindern. So geriet in die Netze der Bande der Erfinder einer Pumpe, und als dieser gegen den Raub Einspruch erhob, wurde er gerichtlich verklagt — freilich ohne Erfolg. Unter den Konsorten Philipps befinden sich hohe Marinebeamte, u. a. Sauvage, Unterchef des Kabinetts des Marineministers! . . . Natürlich besitzen die „Korsaren" einen mächtigen Einfluß in Beförderungsfragen. Sie wurden befördert unter Mißachtung aller Satzungen. So gelangten Philipp und Sauvage mit einem Sprung unter Ueberhüpfung von drei Zwischenstufen der Hierarchie zum Rang von Bureau-Unterchefs. Selbstverständlich ist ferner, daß sie ihre hohen Stellungen zur erfolgreichen Durchführung und Vertuschung der Mogeleien mißbrauchten . . .

Zum allgemeinen Erstaunen erklärte Marine-Minister de Lanessan — beiläufig ein radikaler Parteigänger — von allen diesen schreienden Thatsachen nichts gewußt zu haben! Man darf füglich diese Unwissenheit bezweifeln, nachdem der Minister den Philipp hat nach Amerika entfliehen lassen. Ebenso verdächtig ist der Umstand, daß der Minister, übrigens im Einverständnis mit Waldeck-Rousseau, nach den ersten Enthüllungen der Presse über Philipp einen Rat der Direktoren der Marineverwaltung zusammenberief, anstatt die Affaire pflichtgemäß sofort der Staatsanwaltschaft zu übergeben. . . .

Nachdem die Affaire dem Ministerium beinahe den Todesstoß gegeben hätte, wird sich der Marineminister mit den Untersuchungen wohl sputen.

Deutsches Reich.

Warum Hertzog nicht?

Es muß auffallen, daß nicht nur der Entwurf des Finanzministers, sondern auch konservative Abgeordnete in der Kommissions-Beratung der Warenhaus-Steuer um die Besteuerung der großen Versandgeschäfte herumgehen wie Katzen um einen allzu heißen Brei. Die ganze Beratung der Kommission drehte sich am ersten Tage um diese Frage; kein Mensch, weder Abgeordnete noch Minister, konnte irgend einen Grund beibringen, warum die Versandgeschäfte weniger verderblich für den Mittelstand im Handel wirken als die Warengeschäfte. Thatsächlich ist Rudolph Hertzog für die Manufakturgeschäfte in der Provinz eine so gefährliche Konkurrenz, daß sogar die Behauptung Glauben finden konnte, derartige Provinzgeschäfte verständen sich dazu, Kunden von Rudolph Hertzog zu werden, um dieses Versandgeschäft zu hindern, den betreffenden Bezirk besonders zu beackern. Trotzdem warnte Minister v. Miquel davor, die Versandgeschäfte in die Steuer hineinzuziehen, man würde sonst das Gesetz gefährden. Rudolph Hertzog ist also ein Blümchen Rührmichnichtan. Der konservative Abgeordnete v. Brockhausen war sogar fähig, seinem eignen Antrage von 1896 ins Gesicht zu schlagen; damals wollte v. Brockhausen gerade die Versandgeschäfte treffen, jetzt hält er es für wichtig, sie zu schonen. Dies Verhalten ist so auffällig, daß man nach Gründen andrer, nicht in der Sache liegender Art suchen muß, um sie zu erklären.

Die Firma Rudolph Hertzog hat ihre Kunden zum Teil im hohen Adel. Sie ist außerdem sehr „patriotisch" und übertrifft bei jeder Illumination alle Hoflieferanten. Die Konservativen, deren Presse durch Hertzogs Inserate stark gefördert wird, sind also sowohl als Kunden wie aus dankbarer Erinnerung an die Verdienste der Firma Hertzog um die konservative Sache, geneigt, dies Versandgeschäft zärtlich zu schonen, obwohl es die kleinen Provinzgeschäfte mehr schädigt, als alle Warenhäuser des Wertheimstils zusammengenommen.

Bei dieser Gelegenheit sei aber auch an die sehr merkwürdige, und in ihren Einzelheiten bisher nicht weiteren Kreisen bekannt gewordene Thätigkeit erinnert, die der alte Rudolph Hertzog in der Berliner Bewegung entfaltet hat.

Man weiß, daß der verstorbene Rudolph Hertzog zu Anfang der achtziger Jahre als Spender großer Geldsummen für die antisemitisch-konservative Bewegung in Berlin auftrat. Er gab einigemale achtzig- bis hunderttausend Mark, mit der Bedingung, daß diese Summe sofort und **vollständig** für **große antisemitisch-konservative Volksfeste verbraucht werden sollten.** Ganz Berlin wurde zu Freibier und Musik eingeladen und es gelang wirklich an einem Tage hunderttausend Mark zu verpulvern. Stöcker hat öffentlich gegen diese Art von Mache gesprochen und behauptet, dadurch sei ihm seine Berliner Bewegung ruiniert. Aber es half ihm nichts. Hertzog mit seinen 100 000 M. war Trumpf.

Aber es war nicht der Geschäftsmann Rudolph Hertzog, der hinter jener Bedingung stand, wie er es auch nicht war, der das Geld hergab. Das Geld oder wenigstens **der größte Teil** davon ist **aus geheimen Fonds geflossen;** die Munificenz des Großkaufmanns brauchte man als **einen glaubhaften Vorwand, um die Herkunft des Geldes zu verschleiern.** So kam es, daß in Rudolph Hertzogs Händen die Fäden der geheimen Geschichten der nicht sehr reinlichen „Berliner Bewegung" zusammenliefen.

Ob der alte Hertzog wohl diese Geheimnisse ins Grab genommen hat? Sonst könnten sie für seinen Erben unstreitig von politischem Wert sein. —

Der Fleischkrieg. Am Donnerstag beginnen im Reichstag die Verhandlungen über das Fleischschaugesetz. Die Haltung der Regierung ist noch ungewiß.

Ein Washingtoner Telegramm berichtet: Das Kabinett erwog die Rätlichkeit, irgend eine Vegeltungsmaßregel gegen Deutschlands unfreundliche Fleischuntersuchungs-Vorlage im Kongreß einzubringen. Allgemein wird die Meinung gehegt, es sollte nichts in dieser Richtung geschehen, bis das Schicksal der deutschen Vorlage bekannt geworden ist. Aber wenn sie angenommen werden sollte, würden Kampfmaßregeln angewendet werden, entweder durch Kongreßakte oder durch Zollbestimmungen hinsichtlich der Untersuchung deutscher Einfuhrartikel.

Fügt sich also die Regierung der agrarischen Unersättlichkeit, so haben wir den wirtschaftlichen Krieg mit Amerika, der auf dem Rücken des arbeitenden Volks ausgefochten wird. —

Offiziere und Flottenverein. Die „Frankfurter Ztg." meldet aus Straßburg: Nach dem Beispiele des Kommandeurs des 15. Armeecorps hat nun auch Graf Häseler, Kommandeur des 16. Armeecorps, den Offizieren und Militärbeamten seines Corps den Beitritt zu den Flottenvereinen untersagt mit der Begründung, die Flottenvereine seien politische Vereine, mit denen Militärs nichts zu schaffen hätten. —

Polizeibehörden und Flottenagitation. Aus Elsaß-Lothringen schreibt man uns: Die Verschiedenheit in der Handhabung unsrer vereins- und preßrechtlichen Gesetzesbestimmungen, je nachdem es sich dabei um eine Stellungnahme für oder wider die Wünsche von oben handelt, tritt bei dem gegenwärtigen Flottenrummel mit ganz besonderer Deutlichkeit in die Erscheinung. Zur Zeit werden bei uns in Stadt und Land massenhaft Broschüren verteilt mit dem Titel „Arbeiter und Flotte", in welchen dem bockbeinigen werkthätigen Volk in Stadt und Land unter Zuhilfenahme von Zeichnungen und Bildern die Marinepläne der Reichsregierung mundgerechter gemacht werden sollen. Die Broschüre wird namentlich von Beamten vertrieben und selbst in den entlegensten Dörfern unentgeltlich abgegeben. Man scheint damit einem Wunsch des Protektors unsrer reichsländischen Flottenvereine, des Statthalters Fürsten Hohenlohe, entsprechen zu wollen, der bei Uebernahme seines Protektorats es als besonders wünschenswert bezeichnete, daß der Marine-Enthusiasmus bis ins letzte Vogesendorf seine Wellen schlage. — Dieser Propaganda mittels Broschüren steht diejenige in Vereinen und Versammlungen nicht nach. Allerorts sind die Streber unter der Beamtenschaft an der Arbeit, durch Vereinsgründungen und Vorträge den Anschein zu erwecken, als ob das ganze Land einmütig wäre in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der geplanten Riesenflotte.

Dagegen sind die Gegner der uferlosen Flottenvermehrung, obwohl sie im Lande die überwiegende Mehrheit bilden, durch die Gewaltmaßregeln der Polizeibehörden an Händen und Füßen gebunden. Daß unsre Regierung auch jetzt noch nicht gewillt ist, der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die freie Ausübung der ihr gesetzlich gewährleisteten Rechte zu garantieren, das beweist die Einleitung des Strafverfahrens gegen eine Anzahl Zaberner Arbeiter wegen Kolportagevergehens, obwohl gerade in diesem Fall den gesetzlichen Vorschriften strengstens entsprochen worden war. Auch durch das Verbieten jeder Versammlung, in welcher die Flottengegner zum Wort kommen sollen, sucht man behördlicherseits in den politischen Kampf einseitig einzugreifen. Erst vor wenigen Tagen wurde eine nach Bischweiler einberufene Volksversammlung, in welcher ein socialistischer Redner über die Stellung der Parteien zur Flottenvorlage referieren sollte, vom Bezirkspräsidenten des Unterelsaß ohne Angabe von Gründen verboten. Und doch liegt das Städtchen Bischweiler im Wahlkreise des „Reichskindes" Prinzen Alexander, wo die Leute nach des Abgeordneten eigenem Ausspruch so besonders ordnungstreu und friedliebend sind. — Wir leben eben unter einer Regierung, wie wir sie „milder seit 300 Jahren nicht gehabt haben". —

Lex Heinze. Wie die Münchener „Neueste Nachrichten" hören, hat sich der Lehrkörper der Akademie der bildenden Künste an das bayrische Ministerium mit der Bitte gewandt, die Vertretung Bayerns im Bundesrat möge gegen die Annahme der kunstfeindlichen Paragraphen der „lex Heinze" wirken. —

Der Arbeitgeber-Paragraph. Unser gestriger Artikel über die ländliche Sittlichkeit in Hinsicht auf den Arbeitgeber-Paragraphen ist begreiflicherweise der bündlerischen „Deutschen Tageszeitung" sehr peinlich. Sie nennt das nüchterne und gewissenhafte Werk der Pastoren, auf das wir uns beriefen, eine Tendenzschrift, zu dem Zwecke zusammengestellt und zurechtgemacht, die sittlichen Verhältnisse auf dem Lande möglichst schwarz zu malen. Das Tendenzwerk dürfe deshalb zur sachlichen Beurteilung der Frage nicht herangezogen werden.

Diese schwere Beschuldigung der Pastoren mag das konservative Blatt mit sich selbst ausmachen. Eine dreiste Unwahrheit aber ist es, wenn dem Werke die Neigung nachgesagt wird, zu ungünstig zu urteilen. Wenn man von einer tendenziösen Beeinflussung reden kann, so nur in der entgegengesetzten Richtung, daß nämlich manche Berichterstatter aus Unkenntnis, Furchtsamkeit, Naivetät oder — Heuchelei sich gescheut haben, die Dinge in ihrer ganzen Nacktheit zu schildern. Die Herausgeber hätten die einfachsten Pflichten litterarischer Gewissenhaftigkeit verletzt, wenn sie nicht auf diese offenbare Rosafärberei, wie sie des öfteren geschehen, hingewiesen hätten.

Das Sammelwerk über die geschlechtlich-sittlichen Verhältnisse der evangelischen Landbewohner ist das zuverlässigste und reichste Quellenwerk über diese Verhältnisse, das wir besitzen. Freilich zerstört es die agrarischen Legenden über die ländliche Sittenreinheit. Und darum sucht die „Deutsche Tageszeitung" — und zwar wider besseres Wissen — die Glaubwürdigkeit des Buchs zu erschüttern. —

Ein Professor der Wandlungen.

Man erlebt wunderliche Wandlungen bei unsren Staatsgelehrten! Aber den Rekord des Meergreises Proteus, der sich durch Verwandlungen dagegen wehrte, die Wahrheit sagen zu müssen, hat der Statistiker Geheimrat Lexis geschlagen, wie aus einem Aufsatz des Oberlehrers Dr. Schröder in der „Deutsch. Ztg." hervorgeht. Die Oberlehrer führen seit Jahren einen Kampf gegen den Vorzug der Juristen im Klassenstaat und sie behaupten so überbürdet zu sein, daß ihre Lebensdauer im Durchschnitt um Jahre hinter der normalen, noch weit mehr aber hinter derjenigen andrer Beamtenklassen von akademischer Bildung zurückbleibe, daß nach der Statistik nur etwa 3 Prozent der Oberlehrer lange genug im Amte aushalten, um die höchste Gehaltsstufe zu erreichen. Gegen diese Statistik hat die Verwaltung nun Hilfe bei dem Geheimrat Lexis gesucht; aber Herr Lexis kam in eine böse Zwickmühle zwischen dem Kultus und der Finanz. Herr v. Miquel hatte für die Schulmeister kein Geld, und Geld regiert, wie alle Welt, so auch — die Statistik, wie man aus folgender Chronik entnehmen möge:

Nachdem mehrere Oberlehrer öffentlich und amtlich die Ueberbürdung ihres Standes dargelegt hatten, entschloß sich das Unterrichtsministerium, die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl „in Erwägung zu ziehen". In diesem Stadium der Sache fand Herr Lexis, daß, wenn auch noch nicht ganz, so doch „bis zu einem gewissen Grade" die höhere Sterblichkeitsziffer „durch die amtlich ermittelten Thatsachen bestätigt" werde. Das war Mai 1898. Einige Monate später — im Juli — war man im Unterrichtsministerium überzeugt und klar darüber, daß die Pflichtstunden herabgesetzt werden müßten. Ein Wortführer der Oberlehrer, Dr. Schröder, erhielt den Auftrag, eine Denkschrift zur Begründung der Maßregel auszuarbeiten und sie an Geheimrath Lexis zu schicken. Herr Lexis erklärte mündlich und schriftlich das Material der Denkschrift für „im allgemeinen zutreffend" und vollkommen ausreichend. Das war im September 1898. Die Unterrichtsverwaltung ging darauf in der Sache vor, scheiterte aber an dem verderblichen Riff, wo heutzutage so viel Eifer der Ressorts strandet, im Kastanienwäldchen. Nun lag für Herrn Lexis die Sache auf einmal anders; im Februar 1899 bekämpfte er in einem Aufsatz in den „Berl. Pol. Nachr." die Herabsetzung der Pflichtstunden. Aber die Oberlehrer agitierten weiter und brachten neues Material bei. Die Unterrichtsverwaltung „erwog" nun wieder — im Sommer 1899; im September 1899 schrieb Herr Lexis in die Conradschen Jahrbücher, die Sterblichkeitsziffer der Oberlehrer sei ungünstiger als die der richterlichen Beamten. Die Unterrichtsverwaltung scheiterte zum zweitenmale am Finanzministerium. Darauf — Januar 1900 — schrieb Herr Lexis in die Conradschen Jahrbücher, es sei nur bewiesen, daß die Richter länger im Dienst bleiben, was sich einfach" daraus erkläre, daß sie nicht gegen ihren Willen pensioniert werden können. Daß höhere Bau-, Forst- und Verwaltungsbeamte noch länger im Dienst bleiben, glaubte Herr Lexis „einfach" ignorieren zu können. Und auf Grund der jüngsten statistischen Phase des Herrn Lexis erscheint nun eine Denkschrift der Unterrichtsverwaltung an den Landtag, in der sich diese Verwaltung dazu hergiebt, den Plan als ganz unnötig hinzustellen, den sie selbst zweimal als nötig erkannt hat.

Kein Wunder, daß Miquel, der Wandlungsreiche, auch wandlungsfähige Professoren um sich haben will, Gelehrte von der Art, die alles beweisen. —

München, 6. März. Die Gegner des **Bergarbeiterschutzes** und des gesetzlichen Normalarbeitstags machen mobil. Die Betriebsleitungen von fünf Kohlenwerken in der Rheinpfalz haben an die Kammer der Reichsräte eine Petition gerichtet, in welcher sie Ablehnung der Beschlüsse der Abgeordnetenkammer fordern, soweit im Berggesetze Schutzbestimmungen für die Arbeiter, die über die Anträge der Regierung hinausgehen, Aufnahme fanden. Desgleichen haben die „Arbeiter" der Grube Steinbach in der Rheinpfalz sich in einer Petition an das Oberhaus gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Bergbetriebe ausgesprochen.

In der **Abgeordnetenkammer** beschäftigten wieder Initiativanträge socialpolitischen Inhalts mehrere Tage das Haus. Abg. Beckh (L.) beantragte, von der obligatorischen **Fleischbeschau** die Hausschlachtungen auszunehmen und die vom Ausland eingeführten Fleischwaren derselben Kontrolle zu unterstellen, wie die inländischen Fleischprodukte. Dabei beklagte sich der menschenfreundliche Agrarier, daß in den Städten die Fleischbeschau so strenge durchgeführt wird und mit Perlsucht und andren Mängeln behaftetes Vieh nicht als vollwertig verkauft wird. Von unsrer Seite polemisierte Genosse Birk gegen den ersten Teil des Antrags und sprach seine Sympathie für die Kontrolle ausländischer Fleischwaren aus, soweit der Antrag nicht ein Verbot des Fleischimports zur Folge haben müßte. Liberale und Centrum stimmten bedingungslos für die agrarische Forderung; der Antrag Beckh wurde mit allen gegen die socialdemokratischen Stimmen zum Beschluß erhoben. Zum Antrag Dr. Jäger (Centrum): Errichtung einer staatlichen **Mobiliarversicherung,** über den wir bereits telegraphisch berichteten, hat die socialdemokratische Fraktion ein Amendement gestellt: nach Errichtung einer Staatsanstalt die Privatversicherung überhaupt auszuschließen. Bei früherer Gelegenheit hat auch die Centrumspartei das Monopol der Mobiliar-Brandversicherung für den Staat gefordert, nunmehr aber davon Abstand genommen, angeblich weil dafür die Zustimmung der Kammer der Reichsräte nicht zu erlangen sei. Vollmar, der den socialdemokratischen Antrag begründete, beleuchtete die Schwächlichkeit der Centrumspartei sehr zutreffend, was zu einer lebhaften

Auseinandersetzung mit der Rechten führte. Minister v. Feilitzsch lehnte den socialdemokratischen Antrag grundsätzlich ab und sagte Prüfung des Antrags Jäger zu. Für den socialdemokratischen Zusatzantrag stimmten die meisten Liberalen und einzelne Bauernbündler; in namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Dr. Jägers mit 81 gegen 45 Stimmen angenommen. Dann trat das Haus wieder in die Beratung des Lokalbahn-Gesetzentwurfs ein. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen 34 neue Lokalbahnen gebaut werden, wofür ein Staatsaufwand von 46 818 100 M. erforderlich ist. Die Debatte über diesen Gesetzentwurf bietet für weitere Kreise kein Interesse. —

Die Diktatur-Regierung dementiert.

Aus Straßburg i. E. wird uns vom 6. d. Mts. geschrieben: Die Reichstagsrede des Abg. Wetterlé in der Sitzung vom 28. Februar scheint unsrer Diktatur-Regierung schwer im Magen zu liegen. Nachdem vor einigen Tagen schon die „Straßburger Post" in einigen offiziösen Auslassungen das Feuer auf den unbequemen Gegner im elsässisch-klerikalen Lager eröffnet hatte, fährt heute die ministerielle „Straßburger Korrespondenz" das schwere Geschütz des amtlichen Dementis gegen ihn auf. Die Aeußerung Wetterlés in der erwähnten Reichstagssitzung, bei der letzten Reichstagswahl in Colmar sei ein Brief des Herrn Statthalters eingetroffen, durch den das altdeutsche Wahl-Komitee in Colmar zu der Erklärung ermächtigt worden sei, daß der Diktaturparagraph innerhalb dreier Monate verschwinden würde, falls der Abgeordnete Preiß nicht mehr gewählt werden würde, wird als eine durchaus unwahre Angabe erklärt. Einer bereits vor einigen Tagen veröffentlichten Erklärung Dr. Rulands, des Vorsitzenden obigen altdeutschen Wahlkomitees, die sich inhaltlich mit dem amtlichen Dementi deckt, war das Preßorgan des Abg. Wetterlé, der „Elsässische Kurier", mit dem Einwand begegnet, es komme bei Prüfung der Richtigkeit seiner Behauptung nicht darauf an, ob der Statthalter persönlich geschrieben habe. Die einzig entscheidende Frage ist vielmehr die: Ist der Colmarer Wahlausschuß von zuständiger Seite ermächtigt worden, das vom Abgeordneten Wetterlé erwähnte Versprechen abzugeben? Werde darauf mit „Ja" geantwortet, so war die Bemerkung Wetterlés richtig; erfolge aber die Antwort „Nein", dann werde dem Blatt Gelegenheit geboten, näher auf die Angelegenheit zurückzukommen. Merkwürdigerweise bleibt uns die amtliche Korrespondenz, obwohl ihr durch die regierungsoffiziöse „Straßb. Post" obige Fragestellung Wetterlés vermittelt worden war, die Antwort darauf in ihrem Dementi vollständig schuldig. Hoffentlich nimmt der dementierte Abgeordnete von Rappolsweiler trotzdem Veranlassung, nunmehr „näher auf die Angelegenheit zurückzukommen."

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Im östreichischen Landtag kam am Mittwoch der Antrag auf Versetzung des verflossenen **Ministeriums Wittek** in **Anklagezustand** zur Beratung. Das Haus lehnte jedoch nach längerer Debatte den Antrag mit 94 gegen 60 Stimmen ab. Die Czechen enthielten sich der Abstimmung, die Christlich-Socialen stimmten gegen den Antrag. — Im Budgetausschuß verhinderten die Jungczechen den Uebergang zur Tagesordnung durch Obstruktion. —

Ostreichische Industriepolitik.

In bemerkenswerter Weise wird jetzt in Oestreich an der Hebung der heimischen Industrie gearbeitet. Der am Mittwoch im Reichsrate eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die **Förderung der Industrie** enthält eine Reihe von Bestimmungen zum Zwecke der Ausgestaltung und Specialisierung der Industrie in Oestreich. Danach soll Betriebszweigen, die in Oestreich noch nicht oder nur in geringem Umfang vorhanden sind, zwölfjährige Steuerfreiheit und Erlaß der Stempel und Gebühren für die Verträge bei der Errichtung von Gesellschaften sowie für die zwei ersten Ausgaben von Aktien bewilligt und ausnahmsweise auch staatlicher Zuschuß gewährt werden. Diese Begünstigungen sollen nur lebensfähigen Industrien zugewendet und bei der Verleihung von Staatszuschüssen geschäftskundige Männer herangezogen werden. Der Entwurf erklärt es für richtiger, beginnende Industrien in dieser Weise zu fördern, als durch Schutzzölle, welche die bestehenden Industrien belasten würden. Eine weitere Bestimmung sichert bei gleichen Angeboten der heimischen Industrie den Vorrang vor der ausländischen bei Lieferungen für die Staats-, Landes- und Gemeindebehörden.

Selbst gerichtet hat sich ein der grausamsten **Soldatenmishandlung** beschuldigter östreichischer Hauptmann. Bei dem Salzburger Infanterieregiment „Erzherzog Rainer" verurteilte im vorigen Sommer der Hauptmann Ondraczek einen Mann zur Strafe des Anbindens, wobei die auf dem Rücken zusammengebundenen Hände so lange in die Höhe gezogen wurden, bis der Soldat nur noch auf den Fußspitzen steht. Der angebundene Mann wurde ohnmächtig und mußte losgebunden und in das Spital gebracht werden. Der Fall wurde in Salzburger Blättern scharf kritisiert. Der Abgeordnete Tusel interpellierte deshalb in der Delegation, worauf der Kriegsminister eine strenge Untersuchung zusagte. Statt dessen erhob der Staatsanwalt Klage gegen das „Salzburger Tagblatt" wegen Ehrenbeleidigung des Hauptmanns Ondraczek in dienstlicher Stellung als Offizier. Am Mittwoch sollte vor dem Salzburger Schwurgericht die öffentliche Verhandlung gegen den Redacteur Freisinger stattfinden. Morgens wurde jedoch der Hauptmann Ondraczek in seiner Wohnung mit einer **Schußwunde** im Kopf und **erhängt** aufgefunden. Es wurde Selbstmord konstatiert. —

Frankreich.

Der Zwischenfall in der französischen Deputiertenkammer, der dem Ministerium beinahe hätte gefährlich werden können, war das Resultat einer ständigen gegen das Ministerium gerichteten Wühlarbeit. Diese geht übrigens in unverminderter Kraft weiter. Der verflossene Kriegsminister Kranz übernahm soeben mit einer langen Rede den ihm übertragenen Vorsitz der Melinisten-Gruppe. Er richtete zärtliche Lockungen an die Radikalen zu einer Vereinigung mit den Melinisten, um das Ministerium zu stürzen, die Socialisten aus der Regierung zu verdrängen und die Republik gegen ihre „Feinde" zu verteidigen, die er in den Socialisten ebenso erblickt wie in den Cäsaristen.

Die in verstärktem Maß wieder aufgenommene Minierarbeit mag die Ursache sein zu dem im folgenden Telegramm gemachten Vorgehen der Socialisten:

Paris, 7. März. Die Gruppe der **radikalen Socialisten** hat eine Deputation an Waldeck-Rousseau gesandt, um diesem der **Unterstützung** ihrer Partei zu versichern.

Das Esterhazy-Kriegsgericht versammelte sich unter General Luzers Vorsitz und beschloß, die Verleumdungsklage gegen **Zola** nicht zurückzuziehen und sie, falls die Amnestie bewilligt wird, auf dem bürgerlichen Rechtsweg als Schadensersatzklage weiterzuführen.

Italien.

Rom, 7. März. **Deputiertenkammer.** Nach einem kurzen bedeutungslosen Zwischenfall, der wegen der Erteilung von Urlaub an einige Deputierte hervorgerufen wurde, geht man zur Behandlung der auf der Tagesordnung stehenden Anfragen über. Hierauf wird die Beratung des ersten Artikels des **„decreto legge"** wieder aufgenommen. Die Erörterung des ersten Artikels wird ohne Zwischenfall begonnen. Es sprachen Simeoni, Sonnino, sowie der Socialist Ferri, welcher eine zweistündige Rede hält. Es sollte sodann noch der Socialist Bissolati zu Wort kommen, welcher jedoch verlangt, daß die Beratung auf morgen vertagt werde. Der Präsident widerspricht; es kommt auf Antrag der äußersten Linken zur namentlichen Abstimmung über die Forderung Bissolatis. Dieselbe ergiebt Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wird hierauf aufgehoben.

England.

London, 7. März. Das Unterhaus nahm heute die erste Lesung der **Kriegsanleihe-Bill** und der **Steuer-Bill** an. Healy kündigte an, daß er zur Anleihe-Bill in zweiter Lesung den Unterantrag stellen werde, die Bill dahin auszugestalten, daß die Kolonien mit Selbstverwaltung gleichfalls die Last der Anleihe zu tragen haben werden.

Bulgarien.

Saure Trauben. Dem Fürsten von Bulgarien wird nachgesagt, daß er nach der Königskrone strebe. Aber man hält es vorläufig doch noch für besser, mit den Absichten zurückzuhalten. Eine Mitteilung aus Sofia tritt bestimmt den Gerüchten von einer Unabhängigkeits-Erklärung Bulgariens entgegen. Gewiß wünschen alle Bulgaren, daß das Ideal ihrer Unabhängigkeit seine Verwirklichung erfahre, aber die Unklugheit, dies jetzt im Stadium der Unreife zu versuchen, sollte man der Regierung in Sofia nicht zumuten. So lange eine solche Aktion nicht alle Chancen des Erfolgs darbiete, so lange insbesondere nicht die Zustimmung aller der in Betracht kommenden auswärtigen Faktoren zuverlässig erwartet werden könne, werde eine derartige Aktion den Lenkern Bulgariens nicht verlockend erscheinen. —

Amerika.

Amerikanische Flotte. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Ausschuß des Repräsentantenhauses für Beratung der Pläne zur **Vergrößerung der Flotte** den Vorschlag für den Bau von Kanonenbooten abgelehnt und ein Programm für den Bau von zwölf Kriegsschiffen angenommen, darunter zwei Schlachtschiffe und drei Kreuzer. Sämtliche zwölf Kriegsschiffe sollen allen bisher existierenden Schiffen der gleichen Klassen überlegen sein.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

In der Sitzung am Mittwoch wurde mit der Beratung des sogenannten Mantelgesetzes begonnen, das bekanntlich auch alle andren Unfallversicherungsgesetze umfaßt. In demselben ist von ganz besonderer Wichtigkeit der Absatz, der die Schiedsgerichte neu ausgestaltet, die bisherigen Schiedsgerichte für die einzelnen Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden werden aufgehoben. Die Streitigkeiten über Entschädigungen auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze werden den für die Invalidenversicherung errichteten Schiedsgerichten zugewiesen. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Graf von Posadowsky betonte, daß für ihn jedes Interesse an der Reform der Unfallversicherung beseitigt sein würde, falls diese Bestimmung nicht die Billigung der Kommission fände. Die bisherigen Schiedsgerichte hätten sich als durchaus unpraktisch erwiesen. Eine große Reihe dieser Schiedsgerichte hätte im letzten Jahre entweder gar nichts oder so gut wie gar nichts zu thun gehabt. Auch seien die einzelnen Fälle zum Teil sehr lange Zeit verschleppt worden. Hier müsse unbedingt Abhilfe geschaffen werden und zwar solle dies in der Weise geschehen, daß die Schiedsgerichte nicht mehr für einzelne Berufe, sondern für einzelne Bezirke errichtet werden. Dadurch werde erreicht, daß die Schiedsgerichte auch wirklich in gebührendem Umfang in Thätigkeit treten können und die Klagen schnell erledigt werden. Diesen Ausführungen wurde von allen Parteien zugestimmt. Meinungsverschiedenheiten waren nur mit Bezug auf die Art und Weise, wie die territorialen Schiedsgerichte im einzelnen ausgebaut werden sollen, vorhanden. Nach dem Invalidenversicherungs-Gesetz werden die Beisitzer für die Schiedsgerichte vom Ausschuß gewählt, dieser von den Beisitzern in den unteren Verwaltungs-Behörden und diese wiederum von den Vorständen gewisser Krankenkassen. Schon bei der Wahl der Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden könne aber in vielen Bezirken von einer wirklichen Wahl überhaupt nicht gesprochen werden. Für diese Wahlen stellen die Centralbehörden das Wahlregulativ auf und bestimmen das Stimmenverhältnis. Eine Benachrichtigung der einzelnen Wahlkörper jedoch, mit wem sie zu wählen hätten, findet nicht statt. Auch sei die Frist, in der die Stimmenabgabe erfolge solle, eine so kurze (14 Tage), daß bei der weiten Ausdehnung der einzelnen Bezirke eine Verständigung der Wähler unmöglich sei. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter aber sei das Wahlrecht ganz besonders ungerecht. Da in der Landwirtschaft der Krankenkassenzwang nicht bestehe, so würden die Beisitzer für die untere Verwaltungsbehörde von den Behörden ernannt. Mithin stehe diesen Arbeitern auch nicht einmal ein indirekter Einfluß auf die Zusammensetzung der Schiedsgerichte zu. Der Ministerialdirektor v. Wödtke erkannte an, daß eine Verständigung der Wahlkörper bezüglich der aufzustellenden Kandidaten notwendig sei, er müsse daher die Veröffentlichung der Wähler in den einzelnen Bezirken ebenfalls als notwendig ansehen. Eine Vorschrift hierzu sei jedoch den Centralbehörden zu überlassen und könne nicht in das Gesetz aufgenommen werden. Die Socialdemokraten verlangten nun, daß die Beisitzer durch allgemeine gleiche Wahl gewählt würden, wie dies bei den Gewerbegerichten schon jetzt der Fall sei; der Antrag wurde jedoch abgelehnt, so daß es also bei dem durchaus umständlichen und unpraktischen Verfahren des Invalidenversicherungs-Gesetzes bleibt.

Eine weitere wichtige Frage war die, wie es dem verunglückten Arbeiter ermöglicht werden könne, persönlich zu der Verhandlung vor dem Schiedsgericht zu erscheinen. Angeregt wurde, daß zuständig sei für die betreffende Klage nicht nur das Schiedsgericht des Ortes, an dem das Unglück passiert sei, sondern auch des Ortes, an dem der Verunglückte seinen Wohnsitz hat. Die Socialdemokraten regten außerdem an, daß, falls der Verunglückte seinen Wohnsitz verlegt hätte, auf sein Verlangen ein andres Schiedsgericht zuständig sein solle. Das richtigste wäre allerdings gewesen, daß man dem Verletzten unter allen Umständen von seinem Wohnsitz bis zu dem Ort, an dem sich das Schiedsgericht befindet, freie Fahrt gewährt hätte. Dies hätten die Socialdemokraten bereits bei einem früheren Paragraphen beantragt, es sei aber abgelehnt worden. Die Nationalliberalen empfehlen, daß das Schiedsgericht an verschiedenen Orten seines Bezirks Sitzungen abhalte und damit dem Verunglückten das persönliche Erscheinen erleichtere. Die Regierung gab zu, daß diese Wünsche berechtigt seien, und versprach „der Sache näher treten zu wollen".

Zu der Verhandlung über Unfälle aus der Land- und Forstwirtschaft sind Beisitzer aus diesem Berufszweige hinzuzuziehen, sofern nicht besondere Ausnahmeverhältnisse einzelne Abweichungen rechtfertigen. Auch bei Klagen aus den andren Gewerben kann dies geschehen. Die Ultramontanen verlangten, daß die Zuziehung von Beisitzern aus den betreffenden Berufszweigen geschehen müsse, auch dann, wenn es sich um Unfälle im Bergbaubetrieb handle. Die Socialdemokraten verlangten die obligatorische Zuziehung unter allen Umständen. Was von der Regierung bei der Landwirtschaft als gerecht anerkannt würde, sei auch allen andren Berufen billig. Stets sei es gut und wünschenswert, wenn der verunglückte Arbeiter unter den Beisitzern mindestens einen Berufskollegen habe, der die Verhältnisse am besten übersehe. Schließlich wurde der Centrumsantrag angenommen, der socialdemokratische abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Der Fachkongreß der Gastwirtsgehilfen Deutschlands.

Zweiter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Klein-Frankfurt a. M.

Der heutigen Sitzung wohnt außer den Vertretern der socialdemokratischen Fraktion der Frhr. v. Hodenberg bei.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: **Die Lohn- und Trinkgeldfrage**, referiert

Lamprecht-Berlin. Er weist auf Grund statistischen Materials nach, daß der Kellner entweder gar kein festes Gehalt, oder nur ein völlig unzureichendes erhält. Den Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik zufolge bekommen nur 82,5 Proz. der Kellner ein festes Gehalt, und zwar 17,9 Proz. monatlich 10 M. und weniger, 54,7 Proz. 10—30 M., 9,9 Proz. mehr als 30 M., und 17,5 Proz. erhielten überhaupt kein Gehalt. Kost und teilweise auch Wohnung wurde in 94,1 Proz. der Fälle gewährt. Von dem Gehalt haben Ausgaben für das Geschäft zu machen 8,5 Proz. der Kellner, und zwar 5 Proz. monatlich 5 M., 1,2 Proz. 5—10 M., 1,4 Proz. mehr als 10 M. Keine Geschäftskosten hatten 91,5 Proz. zu tragen.

In Berlin stellen sich die Gehaltsverhältnisse folgendermaßen: Monatlich 5 M. und weniger bekommen 14,8 Proz., 5—10 M. 7,2 Proz., mehr als 10 M. 7,8 Proz., unbestimmt 3,4 Proz., kein Gehalt bezogen 66,8 Proz. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse bei den Kellnerinnen. Von 100 derselben erhielten nur 79 Gehalt, und zwar: Monatlich 10 M. und weniger 55,6 Proz., 10—30 M. 23,3 Proz., mehr als 30 M. 0,1 Proz., kein Gehalt bekamen 21 Proz. Ausgaben für das Geschäft hatten von 100 Kellnerinnen 4,3 Proz. zu tragen, und zwar monatlich 5 M. und weniger 2,4 Proz., 5—10 M. 1,3 Proz., mehr als 10 M. 0,5 Proz., keine Ausgaben 95,7 Proz. Aehnlich liegen die Verhältnisse in andern Großstädten. Mehr als ein Drittel der Kellnervereine haben vor der Kommission für Arbeiterstatistik erklärt, daß in dem Vereinsbezirk in vielen Betrieben gar kein Gehalt und in den übrigen so wenig Gehalt gezahlt wird, daß die Kellner ohne die Trinkgelder überhaupt nicht auskommen können, zumal die Gastwirtsgehilfen für ihre Garderobe ꝛc. erhebliche Aufwendungen zu machen haben.

Der Referent faßt seine Vorschläge zur Lohn- und Trinkgeldfrage in folgender Resolution zusammen:

Der Fachkongreß der Gastwirtsgehilfen Deutschlands erkennt als feststehende Thatsache an, daß das Trinkgeld bei den Gehilfen im Gastwirtsgewerbe — ausschließlich des Küchenpersonals und der kaufmännischen Angestellten — oft die einzige, immer aber die hauptsächlichste Bezahlung für ihre Arbeitsleistung ist. Das Trinkgeld wird von den Gästen aus einem gewohnheitsmäßigem Zwange, als Belohnung, als notwendiges Uebel, als Almosen gegeben. Es übt auf den Gehilfen, der dadurch in einem fortwährenden Abhängigkeitsverhältnis zum Gaste steht, den denkbar ungünstigsten Einfluß aus. Es erweckt in dem Empfänger Habgier und Verstellungskunst, verletzt seine Selbstachtung und macht ihn durch den bald fallenden, bald steigenden Verdienst zeitweise zum Verschwender. Ferner verhindert das Trinkgeld ein kameradschaftliches Gefühl unter den Gehilfen, weil einer in dem andern seinen Konkurrenten erblickt.

Auf die Gäste wirkt das Trinkgeld durch das Abwägen, die Verabreichung und die manchmal Aergernis erregenden Folgen, die ihnen durch ein vergessenes, unrichtig verteiltes oder zu karg bemessenes Trinkgeld entstehen, im hohen Grade belästigend. Es ruft bei ihnen, da sie in dem Empfang desselben etwas „mit der Achtung Unvereinbares" erblicken, Anmaßung und Ueberhebung gegenüber den Empfängern hervor.

Auch die Arbeitgeber im Gastwirtsgewerbe erleiden Einbuße in ihrem Ansehen und ihrer gesellschaftlichen Stellung durch den Vorwurf, Gehilfen zu beschäftigen, die sie von andern bezahlen lassen. Sie müssen sich außerdem bei einer derartigen Bezahlung stets vergegenwärtigen, daß der Empfänger die Interessen der Trinkgeldgeber oft auf ihre — der Unternehmer — Kosten wahrzunehmen geneigt ist.

Die Lösung der schwierigen Frage liegt allein in den Händen der Trinkgeldgeber — der Gäste; denn es kann ohne weiteres angenommen werden, daß das Trinkgeld im allgemeinen so lange genommen, als es gegeben wird. Durch Einstellung des Trinkgeldgebens ergiebt sich die Lösung von selbst. Da nun die Einnahme durch das Trinkgeld im Sinken begriffen ist und die Annahme nahe liegt, daß das Publikum, wenigstens ein ausschlaggebender Teil desselben, sich entschließen könnte, diese ungerechte Besteuerung in Zukunft abzulehnen, so weist der Fachkongreß die Gehilfen auf den großen Schaden hin, den sie erleiden würden, wenn das Trinkgeld aufhört, ohne daß ein **entsprechendes Gehalt** an seine Stelle tritt.

Der Kongreß fordert deshalb die Kollegen auf, einer etwaigen Herunterdrückung des Gehalts, Heranziehung zu den Kosten für andre Arbeitskräfte, zur Erhaltung des Inventars (Bruchgeld) usw. entgegenzutreten und für eine Aufbesserung des Verdienstes durch ein allmählich steigendes festes Gehalt zu wirken. Zu diesem Zweck sind die Gehilfen in den einzelnen Orten verpflichtet, unter möglichster Berücksichtigung einheitlicher Bestimmungen für ganz Deutschland alljährlich einen Lohntarif aufzustellen.

Der Kongreß erwartet, da auf eine gesetzliche Bestimmung eines Minimal-Arbeitslohnes, so wünschenswert dieselbe auch sei, vorläufig nicht gerechnet werden kann:

1. Von der Regierung ein Gesetz bezw. Verordnung, wonach es den Unternehmern im Gastwirtsgewerbe bei Strafe untersagt ist, ihren Gehilfen irgendwelche Bezahlung aufzuerlegen, die gewöhnlich durch die Namen „Bruch", „Reinigungskosten", „Hilfskräfte" oder welche Bezeichnung es immer sei, ausgedrückt wird;

2a. eine von der Regierung und den Kommunalbehörden zu erlassende Verordnung, daß in allen mittelbar oder unmittelbar unter ihnen stehenden Betrieben, als Eisenbahn-Restaurationen, Kurhäusern, Ratskellern usw. die Bezahlung der Arbeitskräfte eine solche sein muß, daß sie den Angestellten enthebt, auf ein Einkommen von Trinkgeld angewiesen zu sein

2b. oder wenigstens die Pächter derartiger Betriebe zur Zahlung des jeweilig festgesetzten Lohntarifs kontraktlich verpflichtet.

Des weiteren ersucht der Kongreß die Oeffentlichkeit und die ihr dienende Presse um Unterstützung in dieser Sache. Insbesondere appelliert er an die Besucher der Gastwirtschaften, dahin zu wirken, daß in den Wirtschaften, in welchen sie verkehren, der von den Gehilfen aufgestellte Lohnsatz anerkannt wird.

Franz Lamprecht-Berlin.

Eine Anzahl von Diskussionsrednern, darunter auch zwei als Gäste anwesende Prinzipale, erklärten sich mit den Forderungen des Referenten in vollem Umfang einverstanden. Die Ausführungen gingen dahin, daß nicht nur das Entwürdigende des Trinkgeldwesens für die Abschaffung desselben spreche, sondern auch der Umstand, daß die Einnahme aus den Trinkgeldern eine unsichere sei, die zudem noch ständig herabgehe, weil der Wirt, den ja die Kellner nichts kosten, möglichst viel Personal anstellt, und daher auf den einzelnen Gehilfen ein immer kleinerer Teil der Trinkgelder entfällt. — Nur ein Redner, Schäfer-Magdeburg, vertrat unter lebhaftem Widerspruch des größten Teils der Delegierten die Ansicht, daß das Trinkgeldwesen ein Brauch sei, welcher im Interesse des Publikums und der Wirte nicht abgeschafft werden könne. Das sei der Standpunkt der Magdeburger Kollegen. Poetzsch-Berlin trat unter lebhaftem Beifall den Ansichten des Vorredners entgegen, indem er unter andrem ausführte: So lange die Kellner auf die moralisch entwürdigenden Trinkgelder angewiesen sind, werden sie sich nicht auf eine social höhere Stufe erheben können. Verschiedene Gastwirts-Vereine hätten sich allerdings dahin ausgesprochen, daß die „guten" Gehilfen den Brauch des Trinkgeldes beibehalten wollen, während nur eine gewisse Richtung derselben (soll heißen die socialdemokratische) das Trinkgeld abschaffen wolle. Das sei eine Verdächtigung. Dieser Kongreß habe gezeigt, daß die Gastwirtsgehilfen aller Richtungen für Abschaffung des Trinkgeldes sind. Es sei auch nicht zutreffend, daß sich die Kellner bei Trinkgeldern besser stehen wie bei festem Lohn. Wenn die Wirte einwenden, es sei ihnen nicht möglich, feste Löhne zu zahlen, so hätten die Gehilfen auf diesen Einwand keine Rücksicht zu nehmen. Wenn die Gäste keine Trinkgelder geben würden, dann müßten eben die Wirte festen Lohn zahlen und sie würden dazu auch in der Lage sein, denn die enormen Pachtsummen, welche für große

Lokale oft gezahlt werden, könnten nur deshalb gewährt werden, weil ja die Wirte keine Ausgaben für das Personal, ja in manchen Fällen noch eine nicht unwesentliche Einnahme aus den Trinkgeldereinkünften desselben haben. Wenn feste Löhne bestehen, dann müßten die Kellner allerdings auch bereit sein, eventuell durch einen Streik ihre Löhne aufzubessern. Daß dies im Gastwirtsgewerbe ebenso möglich ist wie in andren Berufen, das habe die vorjährige erfolgreiche Lohnbewegung der Kellner im Harz bewiesen.

Hierauf wird nach einem Schlußwort des Referenten die von demselben beantragte Resolution gegen 2 Stimmen angenommen.

Nachmittags-Sitzung.

Ueber das Lehrlingswesen im Gastwirtsgewerbe referiert Heinsen-Dresden: Redner verlangt, daß die Nachtarbeit der Lehrlinge unter allen Umständen gesetzlich verboten werde, denn nach 10 Uhr abends kann der Lehrling doch nichts mehr lernen. Daß die Nachtarbeit in hohem Grad die Gesundheit der jungen Leute schädige, beweise schon der Umstand, daß nur sehr wenige Gastwirtsgehilfen zum Militär brauchbar sind. Mit Rücksicht auf die mangelhafte Volksschulbildung fordern wir, daß der Lehrling die Fortbildungsschule während seiner dreijährigen Lehrzeit regelmäßig besucht. Wer nach der Konfirmation ein Jahr lang die Handelsschule besucht hat, soll nur zwei Jahre lernen. Nach den Erhebungen von 1893 zahlten 1/3 aller Gastwirtslehrlinge Lehrgeld. Das ist ganz unberechtigt und müßte untersagt werden. Wo Kellnerinnen gehalten werden, kann ein Lehrling überhaupt nichts lernen. Für solche Betriebe sollte das Halten von Lehrlingen untersagt werden. — Die Zahl der in einem Betriebe zu haltenden Lehrlinge müßte gemäß der Zahl der beschäftigten Gehilfen festgesetzt werden. Mehr als 3 Lehrlinge sollten in keinem Betriebe gehalten werden. Ich bin auch dafür, daß jugendliche Arbeiter und Lehrlinge im Gastwirtsgewerbe nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden. Was wir hinsichtlich der Lehrlingsfrage fordern, gilt auch für die Kochlehrlinge, wenn auch die Köche glauben, sie seien Künstler und hätten nicht nötig, sich um unsre Bestrebungen zu kümmern. Redner empfiehlt eine Resolution, die sich mit seinem Referat deckt.

Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr ausgedehnte. Die Redner führten ein reiches Thatsachenmaterial an, aus dem hervorgeht, daß die Ausbeutung der Kellnerlehrlinge eine ganz horrende ist. Unter andern wurde hervorgehoben, daß es auf Bahnhofs-Restaurationen, namentlich in Süddeutschland, die hauptsächlichste Aufgabe der Lehrlinge sei, mit Speisen und Getränken vor den ankommenden Zügen entlang zu laufen und die Waren anzupreisen. In Restaurants werde der Lehrling oft nur mit Handreichungen beschäftigt, die sonst nur von Hausdienern gemacht werden, so daß also von einer Ausbildung des jungen Mannes keine Rede sei. In Nürnberg resp. in Mittelfranken soll — nach der Angabe des Nürnberger Delegierten — das Lehrlingswesen besser geregelt sein, als in Norddeutschland. Großen Widerspruch erregten die Ausführungen des Delegierten Schulze-Halle. Derselbe protestierte dagegen, daß man den Wirten den Vorwurf ins Gesicht schleudere, sie beuten die Lehrlinge aus. Von der Abschaffung des Lehrgelds will der Redner nichts wissen, auch ist er nicht für ein Verbot der Nachtarbeit der Lehrlinge. Es genüge, wenn die jungen Leute eine bestimmte Ruhezeit haben, dieselbe brauche aber nicht um 10 Uhr abends eintreten. Von andrer Seite wurde bemerkt, eine gesetzliche Beschränkung der Lehrlingshaltung würde keinen Erfolg haben, weil es ja den Unternehmern nicht verwehrt werden könne, statt der Lehrlinge jugendliche Arbeiter einzustellen. Weiter wurde bemerkt, daß eine Lehrzeit von drei Jahren, wie sie von manchen Rednern gefordert wurde, für den Gastwirtsbedarf nicht nötig sei. Eine einjährige, höchstens zweijährige Lehrzeit würde vollkommen genügen.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen verschiedene Anträge vor, die zu einer einheitlichen Resolution, über die morgen abgestimmt werden soll, verschmolzen werden.

Hierauf folgte die Beratung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Küchenpersonals.

Der Referent, Küchenmeister Ebert-Köln, sowie mehrere Diskussionsredner führten aus, daß das Küchenpersonal unter der übermäßig langen Arbeitszeit womöglich noch mehr zu leiden habe als die Kellner, da die Arbeit in den heißen, dunsterfüllten Küchen eine besonders anstrengende und aufreibende sei. Ferner habe das Küchenpersonal zu klagen über die privaten Stellenvermittler, die nicht nur hohe Vermittelungsgebühren einstreichen, sondern es auch verstehen, das Personal in einer gewissen Abhängigkeit vom Vermittler zu erhalten, der nur denen Stellen zuweist, welche sich ihm in jeder Hinsicht fügsam erweisen.

Partei-Nachrichten.

Bei den Gemeinderatswahlen haben unsre Genossen in Baden zwei glänzende Erfolge zu verzeichnen. In Ladenburg siegten die Socialdemokraten in der dritten Steuerklasse mit 150 Stimmen gegen 140, die auf die vereinigten nationalliberalen und Centrums-Kandidaten fielen. Wie unser Mannheimer Parteiblatt berichtet, werden unsre Parteigenossen nun auch in der zweiten Wählerklasse alles daran setzen, um einen Sieg des Mischmaschs zu vereiteln. Die Socialdemokratie hat in Ladenburg für die zweite Klasse günstige Aussichten.

Gleichfalls einen glänzenden Erfolg erzielten die Parteigenossen bei der Wahl in Sulzfeld. Von den 16 Sitzen, die insgesamt bei der Haupt- und Ersatzwahl zur Erledigung kommen, haben wir 12 gewonnen. Die Partei entsendet hier zum erstenmal Vertreter in das Rathaus und ist den Nationalliberalen der Durchfall recht überrascht gekommen.

Auch eine Wahl. Am Sonntag, den 4. März, fand in Boderitz (Sachsen), einem Orte, der circa 400 Einwohner zählt, die Nachwahl für die Unansässigen zum Gemeinderat statt. Es waren im ganzen 5 Wähler erschienen, von denen 4 Stimmen abgegeben wurden, weil sich einer der Wahl enthalten hatte. Unsre Genossen erhielten 2 Stimmen, die Gegner ebenfalls 2; bei der darauf vorgenommenen Auslosung unterlagen unsre Genossen.

Gegen die Flottenvorlage hatten unsre Parteifreunde in Bayern am Sonntag sieben Versammlungen einberufen, die in Erding, Kaufbeuren, Großkarolinenfeld, Lechhausen, Freising, Dreihelmenstadt und Memmingen tagten. Der Besuch dieser Versammlungen war ein überaus günstiger, besonders die ländliche Bevölkerung nahm regen Anteil. Die Referenten Volmar, Franz Schmitt, Raith, Timm, Knieriem, Cohn und Huber sprachen unter allgemeiner Zustimmung auch derjenigen Zuhörer, die unsrer Partei nicht angehörten. Der Erfolg der Agitation ist ein äußerst befriedigender, die entschiedene ablehnende Haltung unsrer Partei gegenüber dem Schwanken der Liberalen entsprach weit mehr der Stimmung auch in bürgerlichen Kreisen, denen immer deutlicher zum Bewußtsein kommt, was die planlosen Rüstungen für Folgen nach sich ziehen.

In Hamburg sprach am Sonntag Reichstags-Abgeordneter Bebel in einer Versammlung, die von ca. 3000 Personen besucht war. Schon lange vor Beginn der Versammlung mußte das Versammlungslokal abgesperrt werden, der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Gegner meldeten sich in der Versammlung nicht zum Wort und so erklärte sich die Versammlung einstimmig mit der Stellung des Referenten einverstanden. In Pyrmont fanden am Sonntag zwei Versammlungen statt. Die eine tagte in Pyrmont, die andre in Holzhausen, einem Orte nicht weit von Pyrmont. Das Referat hatte in beiden Versammlungen Genosse Thiel aus Kassel übernommen, der, ohne Widerspruch zu finden, den ablehnenden Standpunkt unsrer Partei vertrat. In der Versammlung in Pyrmont waren Gegner erschienen, die jedoch vor der Diskussion die Versammlung verließen.

Die Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Wahlvereins in Königsberg hatten seiner Zeit Strafmandate erhalten, weil der Regierungspräsident annahm, der Verein sei eine Unterstützungskasse, dessen Statuten seiner Genehmigung bedürften. Da in den Statuten des Vereins ausdrücklich hervorgehoben ist, daß nur Unterstützung in Sterbefällen gewährt werden kann, nicht aber darin steht, daß jedes Mitglied ein klagbares Recht auf Unterstützung hat, konnte keine Rede davon sein, daß der Wahlverein den Charakter einer Unterstützungskasse trage, weshalb der Vorstand auch keine Genehmigung der Statuten nachgesucht hatte. Vor einiger Zeit hat sich das Gericht in Königsberg mit der Sache befaßt. Nach der Klarlegung der Rechtlage durch den Verteidiger des Vorstands, Rechtsanwalt Hugo Haase, beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung. Der Gerichtshof folgte diesem Antrag und sprach die Vorstandsmitglieder von Strafe und Kosten frei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar.** Vor dem Schöffengericht in Jena hatten sich die Parteigenossen Grunwald und Klopfer, sowie der Buchdruckereibesitzer Vopelius wegen Verübung groben Unfugs zu verantworten, den sie dadurch begangen haben sollten, daß sie in einem Aufruf, im Jenaer „Volksblatt" alle Arbeiter Jenas und alle billig und gerecht Denkenden aufforderten, diejenigen Lokale zu meiden, die den Socialdemokraten zu Versammlungen verschlossen sind. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen Grunwald 50 M., Klopfer 30 M. und Vopelius als Drucker des Blatts 25 M. Strafe. Das Urteil des Gerichts, gestützt auf eine neuerliche Reichsgerichts-Entscheidung: „daß es nicht genügt, wenn weiter nichts festgestellt ist, als daß bei einer unbestimmten und unbegrenzten Menge von Personen durch die Kenntnisnahme von dem Inhalt des veröffentlichten Artikels beunruhigende oder sonst belästigende Gefühle wachgerufen sind" — lautete auf Freisprechung und Uebernahme der Kosten einschließlich der Verteidigung auf die Staatskasse.

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie.

Der Stand der Bewegung hat sich wenig verändert. 2 größere Firmen haben gestern bewilligt. 12 Mann aus 8 Werkstellen sind ausgesperrt. Die Meister wollen wohl nur noch formell den Beschlüssen der Industriellen nachkommen. In mehreren Bezirks-Meisterversammlungen kam es in den letzten Tagen zu stürmischen Debatten wegen der von den Industriellen eingeschlagenen Taktik, zwei größere Firmen weigern sich, weitere Aussperrungen vorzunehmen. Die Stimmung und Haltung der Streikenden ist gut. Die Fräsereibesitzer, welche ihre Betriebe gesperrt haben, nützen ihre arbeitslose Zeit sehr praktisch aus, indem sie ihre Tarife erhöhen. Bei einzelnen Arbeiten, wie beim Hobeln, verlangen sie nach dem neuen Tarif pro Stunde 1 Mark mehr. Die Tischlermeister werden von diesem Fremdesdienst nicht sehr erbaut sein. Erst zwingen die Fräsereibesitzer durch Schließen ihrer Betriebe die Herren Tischlermeister zur Entlassung ihrer Gesellen, dann müssen sie noch den Schaden der Fräsereibesitzer für die verdienstlose Zeit tragen. Hoffentlich werden die Tischlermeister durch Schaden klug.

Vielfach sind die Tischlermeister gesonnen, sich aus der Gefolgschaft der Herren Bry und Genossen zu befreien, sie befürchten aber, daß sie gezwungen sind, die eingegangene Konventionalstrafe zu zahlen. Diese Annahme ist vollkommen unrichtig, solche Konventionalstrafen können nicht eingeklagt werden. Der betreffende Meister hat nur zu erklären, daß er von der Vereinbarung zurücktritt. Dieses Recht giebt ihm der § 152 der Gewerbe-Ordnung, der im Absatz 2 lautet:

> Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinbarungen (Lohnbewegungen) frei, und es findet aus letzterer weder Klage noch Einrede statt.

* * *

Die Tischler der Laden- und Comptoirbranche beschäftigten sich am Dienstagabend in einer gut besuchten Versammlung mit dem Streik. Jüth referierte. Redner gab der Meinung Ausdruck, daß der Ring der Unternehmer zu bröckeln beginne. Von den Fräsereibesitzern, die blindlings der Industriellen Vereinigung folgten, sind eine Anzahl zurückgetreten und haben ihre Betriebe wieder eröffnet. Jedenfalls ist die zugesagte Unterstützung ausgeblieben, auch in der Ladenbranche machen sich dieselben Anzeichen bemerkbar. Die Kunden kommen bereits auf das Streik-Bureau und fragen nach, welche Firmen bewilligt haben. Die Taktik, welche die Tischler eingeschlagen haben, erweist sich als die richtige und auch die Ladentischler haben sich dieselbe zu eigen gemacht. Die Tischler der Ladenbranche haben keine Veranlassung zur Mutlosigkeit. Die Situation für die Streikenden bezw. Ausgesperrten ist günstiger denn je. Wenn von einer gewissen Seite in den gegnerischen Blättern die verlogensten Berichte über den Stand des Streiks verbreitet werden, so haben diese Leute ein Interesse daran, das Publikum zu täuschen. An uns wird es liegen, diese Lügen zu Schanden zu machen. Auf eins muß noch hingewiesen werden: die Kollegen dürfen diejenigen Werkstellen, welche bewilligt haben, nicht überlaufen. Die Arbeit wird nur vom Streikbureau aus vermittelt; von hier aus muß jeder seine Arbeit erhalten. Halten wir fest und einmütig zusammen und der Sieg ist unser. In der Diskussion gab der Vorsitzende bekannt, daß in der Ladenbranche gegenwärtig 42 Tischler ausgesperrt und 235 Tischler sich im Streik befinden. Bei den größten Werkstellen steht die Sache am günstigsten. Die Arbeiter wollen den Frieden, aber auf der Basis der von ihnen gestellten Forderungen beziehungsweise gegenseitiger Verhandlungen der Fabrikanten mit dem Holzarbeiter-Verband. Mit der Versicherung eines festen Zusammenhaltens schloß die imposante Versammlung.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter, welche im Holzarbeiter-Verband organisiert sind, beschäftigten sich in ihrer letzten Branchen-Versammlung vom 1. März mit dem Möbeltischler-Streik. Böske schilderte in eingehender Weise den bisherigen Verlauf des Streiks und kritisierte die brutalen Aussperrungsmaßregeln der Freien Vereinigung der Holzindustriellen gegen die am Streik unbeteiligten Arbeiter sowie den Terrorismus gegen die Unternehmer, welche die Forderungen bewilligt haben. Redner forderte die Anwesenden auf, dafür einzutreten, daß jeder organisierte Kollege wöchentlich 1 Mark zum Streikfonds zahle. Die Diskussionsredner äußerten sich in demselben Sinne. Es fand dann folgende Resolution einstimmige Annahme:

> Die Versammlung bekundet den streikenden und ausgesperrten Tischlern ihre volle Sympathie. Sie verpflichtet sämtliche Kollegen, die Beschlüsse des Verbandes hochzuhalten und für die materielle Unterstützung durch einen Beitrag in Höhe von 1 M. pro Woche einzutreten. Aus Anlaß verschiedener Anfragen sei hier mitgeteilt, daß ca. 1200 Kollegen im Verband organisiert sind. Der Bericht der Generalversammlung gab die Zahl auf 280 an. Dies kommt daher, weil die meisten Kollegen als Tischler eingeschrieben sind.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kleber (Tapezierer)! Für Kleber sind gesperrt: Der Bau Spandauerstraße, Ecke Bischofstraße (Unternehmer Deutschbein); ferner die Firmen Lina Gronau, Marburgerstr. 8 und Krühn, Weißenburgerstr. 13. Die Lohnkommission.

In der Stempelfabrik von Bernh. Köhler, Wasserthorstraße, hat das Setzerpersonal gekündigt, weil die Firma sich weigert, die tarifmäßige neunstündige Arbeitszeit einzuführen.

Deutsches Reich.

Zu der den Bergarbeitern erteilten Antwort des Bergbaulichen Vereins wird uns geschrieben: Die Antwort enthält zwar schöne Worte, aber damit ist den Bergarbeitern keineswegs gedient. Sie wissen recht gut, daß auf 9/10 der Ruhrzechen die in den gestellten Forderungen präcisierten Uebelstände noch mehr oder weniger vorhanden sind. Der Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes hat deshalb den einzigen Weg, auf welchen auch in der Antwort hingewiesen ist, eingeschlagen und den Mitgliedern empfohlen, Belegschafts-Versammlungen einzuberufen und nach Feststellung der auf den einzelnen Zechen herrschenden Mißstände, Forderungen zu formulieren und ihren Zechenverwaltungen einzureichen eventuell auf Erfüllung derselben zu dringen. Das Mittel hat sich auf einigen größeren Zechen im Dortmunder Reviere schon ganz gut bewährt. Es kommt darauf an, daß die Belegschaften die Versammlungen, in welchen die Forderungen aufgestellt werden, gut besuchen und einig in ihren Wünschen sind.

Die Bauarbeiter in Bremen sind in eine Lohnbewegung eingetreten, die zum Teil einen befriedigenden Verlauf genommen hat. Die Maurer verlangten eine neunstündige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn. Sie haben sich mit dem Vorschlag der Unternehmer, die Arbeitszeit vom 1. April d. J. auf 10 Stunden, vom 1. Juli auf 9½ Stunden und den Lohn von 55 auf 57½ Pf. nach dem 1. Juli zu erhöhen, einverstanden erklärt. Die Zimmerer hatten eine gleiche Forderung gestellt, auch sie haben sich mit einem Angebot der Unternehmer einverstanden erklärt. Nur die Hilfsarbeiter sind in den Ausstand getreten. Diese verlangen neunstündige Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn.

In Kiel ist den Bauarbeitern von der Innung auf eine Lohnforderung der Vorschlag unterbreitet, auf zwei Jahre einen Vertrag abzuschließen, der einen Stundenlohn von 55 Pf. festsetzt. Die Arbeiter sind mit der Höhe des Stundenlohns nicht einverstanden, und werden weitere Verhandlungen gepflogen.

Der Schneiderstreik in Erfurt ist nun perfekt. Die Innungsmeister unter Führung des bekannten Herrn Jakobskötter haben ihre Arbeiter überhaupt keiner Antwort gewürdigt. Zwölf Firmen haben den Tarif ganz oder teilweise bewilligt oder aber wenigstens sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Eine Versammlung der Gehilfen beschloß gegen 6 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, die Arbeitsniederlegung in allen Geschäften, die kein Entgegenkommen zeigten. Am Streik beteiligt sind bis jetzt 16 Geschäfte mit 200 Gehilfen.

Der Streik der Maurer in Neubrandenburg ist beendet, da dieselben auf die Vorschläge der Maurermeister eingegangen sind. Diese gingen dahin, den Gesellen einen Maximallohn von 32 Pf. pro Stunde zu gewähren, im Sommer sowohl als im Winter.

Ausland.

Der Ausstand der östreichischen Bergarbeiter dauert in allen Bezirken ungeschwächt fort. Die Hoffnung der Unternehmer, daß am Montag viele zur Arbeit zurückkehren würden, hat sich nicht erfüllt. Dabei werden die sonderbarsten Mittel angewendet, um die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen.

In Ladowitz und Hostomitz, zwei Ortschaften im Teplitzer Revier, versprach der Direktor des Hartmann-Schachts den Kaufleuten, er werde die von den Streikenden während des Ausstandes gemachten Schulden bezahlen, wenn sie ihnen jetzt den Kredit entziehen. Dadurch ließen sich die meisten Kaufleute kaptivieren. Die „Wiener Arbeiterzeitung" bemerkt dazu: „Wenn der Direktor aber glaubt, daß seine Arbeiter jetzt in die Arbeit gehen werden, so werden ihn wohl die nächsten Tage von seinem Irrtum belehren."

Südafrika.

Von den Aktionen der beiden feindlichen Heere im Oranje-Freistaat liegen heute gar keine Nachrichten vor. In England nimmt man an, daß Roberts mit den Vorbereitungen zu dem Vormarsch, die besonders in der Organisation des Verpflegungswesens bestehen dürften, beschäftigt ist, daß diese aber, nachdem die Zufuhr von Lebensmitteln und Munition geregelt ist, bald abgeschlossen sein müssen und dann der Vormarsch auf Bloemfontain beginnen wird. Es wird jedoch eine dauernde Sorge des Feldmarschalls bilden, die Zufuhrlinien vor Zerstörung durch die Boeren zu schützen, und es wird deshalb erforderlich sein, größere Truppenabteilungen zur Bewachung der Eisenbahnlinien zurückzulassen.

Die Schwierigkeiten im Nordwesten wachsen inzwischen. Eine der „Vossischen Zeitung" übermittelte „Reuter"-Meldung aus Carnarvon in der Kapkolonie vom 6. März besagt: Der **Aufstand der Kolonialholländer** verbreitet sich südlich von Griqualandwest. Es verlautet, viele Holländer in der Umgegend der Bezirke Prieska und Kenhardt, die von den Aufständischen für Freistaatgebiet erklärt wurden, schlossen sich der Bewegung hervorragend an. Unter den letzten Rekruten ist Piet Moolman, ein einflußreicher Farmer. Er beabsichtigt, die Aufständischen südlich nach Brandvley zu führen. Die Bezirke Prieska und Kenhardt werden von den Boeren abpatrouilliert. Außer dem Stadtvorsteher von Kenhardt wurden viele Bewohner ins Gefängnis abgeführt. Es heißt, Lucas Steinkamp, der in Priesla kommandiert, marschiere auf Carnarvon, der Radfahrer Koos Jooste, der Rebellenführer in Kenhardt, rückt auf Upington vor, wo die Bastards, die die Mehrzahl der Bevölkerung des Bezirks bilden, kräftigen Widerstand leisten dürften. Es wird geglaubt, daß außer Prieska und Kenhardt auch Gordonia in British-Betschuanaland, Victoria West und Teile der Bezirke Fraserburg und Calvinia sich erheben werden. Die Gesamtzahl der Rebellen dürfte 3000 übersteigen, viele sind gute Wildschützen, besitzen aber geringe Kampffähigkeit. Die Ankunft der Truppen wird den Aufstand in den Bezirken Carnarvon-Victoriawest und Fraserburg hemmen. Es herrscht in den englischen Kreisen die Ansicht, daß eine starke Truppenmacht erforderlich ist, da eine etwaige Schlappe die Verbreitung des Aufstandes herbeiführen würde.

Ein Vorstoß Lord Roberts!

Feldmarschall Lord Roberts telegraphiert aus Osfontein, den 7. d. M.: **Ich griff heute den Feind an,** der eine Stellung von 4 Meilen nördlich bis 11 Meilen südlich des Modderflusses einnahm. Der Kavallerie-Division gelang es, die linke Flanke des Feindes **zu umgehen,** der jetzt, mittags, **sich in vollem Rückzuge nordwärts und ostwärts befindet, dicht verfolgt von Kavallerie, reitender Artillerie und berittener Infanterie.** Mittlerweile ging die Infanterie über den Modderfluß bei Poplarsdrift, wo ich heute abend mein Hauptquartier aufzuschlagen gedenke. Ich hoffe, daß meine Verluste gering sind, da der Feind auf den Flankenangriff, der seine Verbindungen mit Bloemfontein bedroht, ganz unvorbereitet war.

Im Zululande.

Die Londoner Abendblätter veröffentlichen folgende Depesche aus Durban: Eine englische fliegende Kolonne ist von Zululand her **in Transvaal eingerückt.** 60 Boeren wurden in einen Hinterhalt gelockt, aus welchem sie mit einem Verluste von sieben Mann flohen. Andre Abteilungen von Boeren wurden zersprengt; das Land wird von den Engländern im Umkreise von vielen Meilen abpatrouilliert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln a. Rh., 7. März. (B. H.) Der „Köln. Ztg." wird aus Petersburg telegraphiert: An amtlicher russischer Stelle verlautet, **auf Formosa** sei ein verzweigter Aufruhr im Entstehen begriffen, dessen bisher die Japaner nicht Herr zu werden vermochten.

Paris, 7. März. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer verwarf gemäß dem Antrag der Kommission für die Heeresangelegenheiten und dem von der Regierung ausgesprochenen Wunsch mit 357 gegen 182 Stimmen den auf Fortfall der diesjährigen, zur Zeit der Weltausstellung stattfindenden 13 und 28tägigen militärischen Uebungen abzielenden Antrag.

Cherson, 7. März. (W. T. B.) Beim Niederreißen eines Hauses fand man in einem Dachraum **sechs einbalsamierte Kinderleichen.** Die Besitzerin des Hauses wurde verhaftet. Man nimmt an, daß es sich um Engelmacherei handelt.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

161. Sitzung vom Mittwoch, 7. März 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Der Gesetzentwurf, betr. die **Konsulargerichtsbarkeit**, wird, wie gestern in zweiter, so heute auch in dritter Lesung ohne Debatte en bloc angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der endgültigen Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der **afrikanischen Schutzgebiete.**

Abg. **Wurm** (Soc.)

(Berichterstatter der Kommission) verlangt im Namen der Kommission für die Zukunft eine specialisiertere Aufmachung des Etats.

Abg. **Dasbach** (C.):

Es sind in der Kommission eine ganze Reihe erheblicher Etatsüberschreitungen seitens der Kolonialverwaltung konstatiert worden. Der Reichstag sollte endlich einmal von seiner Gewohnheit, Etatsüberschreitungen zu genehmigen, abgehen, dann werden auch die Beamten sorgfältiger wirtschaften. Ueberhaupt müssen wir verlangen, daß die Ausgaben bei der Rechnungslegung zuverlässiger werden und vor allem früher an uns gelangen.

Abg. Dr. **Hasse** (natl.):

Als Vorsitzender der Rechnungskommission muß ich erklären, daß auch diese Kommission sehr geneigt wäre, bei erneuten Etatsüberschreitungen die Indemnität zu versagen. Hier im Plenum hat es wenig Zweck, über diese Angelegenheit zu beraten, dagegen wäre es Sache des Reichskanzlers resp. des Reichs-Schatzamts und der Kolonialverwaltung, dafür zu sorgen, daß in dieser Beziehung endlich Wandel geschaffen werde.

Geheimrat **v. König**:

Die Verzögerung der Rechnungslegung hat ihren Grund in der großen Ausdehnung speciell des ostafrikanischen Schutzgebiets. Was die Motivierung der Rechnungssachen anbetrifft, so wird seitens der Kolonialverwaltung darauf hingewirkt werden, daß die Motivierung künftig noch eingehender stattfindet.

Damit schließt die Diskussion. Die Uebersichten werden bewilligt.

Hierauf wird der Entwurf einer **Reichs-Schuldenordnung** in zweiter Lesung nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Es folgen **Petitionen.**

Eine Petition von **Studentinnen der Medizin** beantragt Zulassung zur Immatrikulation und **Zulassung zu den Staatsprüfungen** bei den Universitäten. Die Kommission beantragt über die Petition, soweit sie die Zulassung der Frauen zum Studium als Aerzte, Zahnärzte und Apotheker betrifft, zur Tagesordnung überzugehen, da sie durch die Beschlüsse des Bundesrats vom 24. April 1899 erledigt sei, und über den übrigen Inhalt der Petition deshalb zur Tagesordnung überzugehen, weil der Reichstag nicht zuständig sei. Die Abgg. **Schrader** und **Rickert** (frs. Vg.) beantragen, die Petition dem Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überweisen:

„Eine Vereinbarung der verbündeten Regierungen herbeizuführen, nach welcher diejenigen Frauen zum Besuche der sämtlichen Vorlesungen an deutschen Universitäten zuzulassen sind, welche die in dem Beschlusse des Bundesrats vom 24. April 1899 verlangte Vorbildung nachweisen.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.):

Der Grund für unsern Antrag ist folgender. Allerdings ist durch Verfügung des Bundesrats festgesetzt worden, daß weibliche Aerzte, Zahnärzte und Apotheker zu den Staatsprüfungen zugelassen werden sollen, wenn sie das Maturitätsexamen abgelegt haben und den übrigen Bedingungen genügen, denen auch die männlichen Studierenden genügen müssen. Es ist aber keine Bestimmung darüber getroffen, daß die Frauen, wenn sie das Maturitätsexamen abgelegt haben, zu den Vorlesungen nunmehr zugelassen werden müssen, sondern sie müssen die Erlaubnis der einzelnen Professoren einholen. Es ist also der Frau nicht möglich, sich die Universität auszusuchen, auf der sie studieren will. Nachdem der Beschluß des Bundesrats nunmehr erlassen ist, sollten doch nun auch die einzelnen Staaten den Frauen den Besuch der Vorlesungen erleichtern. Die badische Regierung ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat beschlossen, die Frauen probeweise zur Immatrikulation zuzulassen. Die Furcht, daß die Herren Aerzte durch die Konkurrenz der Frauen benachteiligt würden, ist unbegründet, denn das ärztliche Studium erfordert so viel Zeit und Kosten, daß die Zahl der Frauen, die sich ihm zuwenden, nicht sehr groß sein wird. Jedenfalls ist das Bedürfnis vorhanden, die Frauen zu diesem Studium zuzulassen. Das hat ja auch die Verfügung des Bundesrats anerkannt. (Bravo! links.)

Abg. **Endemann** (natl.):

Die Lösung der Frauenfrage wird uns noch viel Kopfzerbrechen machen. Ich meine, man muß die Frauenbildung trennen von der Frauenemancipation. Für letztere bin ich nicht zu haben. Wenn die Frauen aber in den Vorbedingungen zum Studium gleichgestellt werden, warum soll man sie dann auf eine Fakultät beschränken? Wenn sie die Maturitätsprüfung bestanden haben, warum soll man sie nicht auch zur juristischen, zur philosophischen Fakultät zulassen? Mit der Zulassung zur theologischen Fakultät werden ja allerdings die Herren vom Centrum nicht sehr einverstanden sein. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie also, den Antrag Schrader anzunehmen.

Abg. Freiherr **v. Hertling** (C.):

Auf die Gefahr hin, völlig rückschrittlicher Ideen bezichtigt zu werden und nur vom einseitigen Professorenstandpunkt zu sprechen, muß ich mich doch gegen den Wunsch der Petition und den Antrag Schrader wenden. Zunächst liegt in dem Antrag eine Erweiterung der Kompetenz des Reichs, die ich nicht anerkenne. Es kann ja sein, daß das Bedürfnis, die Frauen zu allen Fakultäten zuzulassen, sich in den einzelnen Staaten herausstellt und sie veranlaßt, gemeinsam vorzugehen. Jetzt ist die Zeit noch nicht gekommen. Ueberlassen sie es doch den einzelnen Regierungen, wie weit sie mit ihren Erfahrungen kommen. Ich meinerseits habe in München auf Anfragen wiederholt erklärt, daß ich nicht wünsche, daß Damen in meine Vorlesungen kommen. Die Petition berührt eine große principielle und aktuelle Frage, die Frage der Frauenemancipation. Wenn man unter Frauenemancipation versteht, daß man die Frauen mehr, als ihnen bisher möglich war, zu wissenschaftlicher Selbständigkeit gelangen lassen will, so bin ich damit einverstanden. Das Gebot „die Frau gehört ins Haus" hat in unsrer Zeit seine praktische Bedeutung verloren. So weit diese Bestrebungen also den Bedürfnissen des weiblichen Geschlechts Rechnung tragen, haben sie meine volle Sympathie. Ebenso bin ich damit einverstanden, daß man die Erziehung der Töchter auf einen der Neuzeit entsprechenden Standpunkt bringen soll. Ich weiß sehr gut, wie ein talentvolles Mädchen fähig ist, sich für alles Große in der Welt zu begeistern. Aber was ich nicht will und wogegen sich die Mehrzahl meiner Freunde werden, ist das schablonenhafte Hineindrängen der Frauen in alle männlichen Berufe. Das kann nur zum eignen Schaden und zur Niederlage des weiblichen Geschlechts selbst führen. Dadurch wird ihm genommen, was es auszeichnet. Wir machen das weibliche Geschlecht dadurch zu entweiblichten Frauen. Wir haben ja vieles dahingehen sehen, was uns lieb und wert war. Das alte Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer besteht nicht mehr, aber es giebt doch gewisse unverrückbare Grenzen, wie sie die Natur oder, wie ich sage, Gott gesteckt hat, an denen wir nicht rütteln dürfen. Wenn Sie aus der Frau statt einer ergänzenden Gefährtin der Männer eine Konkurrentin der Männer machen wollen, so erreichen Sie damit nur, daß die Frauen im Konkurrenzkampf unterliegen. In der Postverwaltung ist die Erfahrung gemacht worden, daß bei den weiblichen Postbeamten fast doppelt so viel Krankheitsfälle vorkommen, als bei den männlichen. Wenn Sie die Frauenemancipation ad absurdum führen wollen, dann fahren Sie fort, die Frauen in die männlichen Berufe zu drängen. Was speciell die Frage des Frauenstudiums anlangt, so können ja schließlich Frauenuniversitäten gegründet werden, wie schon Frauengymnasien gegründet sind. Aber wie wir die Mädchen von den Gymnasien fernhalten, so müssen wir sie auch von den heutigen Universitäten fernhalten. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **Schrader** (frs. Vg.):

Mein Antrag geht nicht über die Kompetenz des Reichs hinaus, denn er will nur, daß der Reichskanzler sich in Einvernehmen setzt mit den einzelnen Regierungen. Uebrigens scheint Bayern sich direkt gegen den Bundesratsbeschluß aufzulehnen. Dort ist einer Dame, die vom Professor die Erlaubnis zum Besuch seiner Vorlesungen erlangt hatte, diese Erlaubnis von der Regierung versagt worden. Besondere Frauen-Universitäten wünschen die Frauen selbst nicht, weil diese doch zu untergeordneten Bildungsinstituten werden würden. Was die Frauenfrage im allgemeinen betrifft, so will ich den Vorredner nur fragen, was die Frauen denn eigentlich thun sollen nach seiner Meinung. Nach seinen Ausführungen bleibt den Frauen schließlich gar kein Beruf mehr offen, als der einer Fabrikarbeiterin oder die Ausübung der gewöhnlichen Hausarbeiten. Wir müssen aber den Frauen das Eintreten in jeden Beruf, der ihren Neigungen entspricht, ermöglichen. (Bravo! links.)

Abg. **Bebel** (Soc.):

Ich muß noch mit einem Wort auf die Kompetenzfrage zurückkommen. Der Antrag Schrader verlangt doch thatsächlich die Herbeiführung einer Vereinbarung zwischen den verbündeten Regierungen. Es ist doch ein starkes Stück, wenn es dem Reichstag sogar verboten sein soll, einen Wunsch auszusprechen. Herr Hertling hat sich außerdem in seinen Ausführungen widersprochen. Er sagte nur, jetzt sei die Zeit noch nicht zu einem Vorgehen im Sinn des Antrags Schrader gekommen, und will abwarten, was die einzelnen Staaten für Erfahrungen machen, während er doch im übrigen die Frauen von dem Eindringen in die höheren Berufe ausschließen wollte. Uebrigens stach seine Rede vorteilhaft ab von jenen Reden, die wir vor 10 und 12 Jahren aus seiner Partei hier im Reichstage gehört haben. Damals lehnten es jene Herren absolut ab, daß jemals die Frage des Frauenstudiums auch nur im beschränktesten Maße überhaupt erörtert werden könnte. Jetzt hat die harte Not des Lebens die Herren dazu gezwungen, ihre Anschauungen über die Frage zu ändern. Die Frauen, die hier in Betracht kommen, sind fast ausnahmslos Frauen höherer Stände, Töchter unsrer Beamten, Gelehrten und Künstler und Töchter aus solchen Familien, in denen zahlreiche Kinder, aber kein Vermögen vorhanden ist, so daß die Töchter keine Aussicht haben, verheiratet zu werden, und sich für sie die eiserne Notwendigkeit ergiebt, irgend einen Beruf zu ergreifen. Das bedeutet kurz die Frauenfrage für die höheren Stände. Für die Arbeiterinnen liegt die Sache ganz anders. Die sind heute darauf angewiesen, sich in irgend einem Berufe zu bethätigen und die ungeheure Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte auf allen Gebieten ist ja das charakteristische Merkmal unsrer Zeit. Herr Hertling erklärte, es gelte, die unverrückbaren Grenzen innezuhalten. Er hat sie doch aber rein willkürlich nach seiner persönlichen Auffassung festgestellt. Warum soll gerade diese Grenze gezogen werden und nicht eine andre? Sie ziehen diese Grenze da, wo ihre Ueberschreitung Ihnen und Ihren Standesgenossen unbequem wird. In alle möglichen Berufe können die Frauen eindringen, da haben Sie nichts dagegen einzuwenden. Es giebt nahezu kein Gewerbe mehr, von dem die Frauen ausgeschlossen sind. Die sogenannte Naturgrenze wird da völlig verwischt. Ich erinnere speciell an die **Zustände in München,** wo es seit Jahrzehnten ein öffentlicher Skandal ist, daß **weibliche Arbeiter zu Bauarbeiten** in Anspruch genommen werden, und in einer Bekleidung, die auch für nicht prüde Menschen jeder Sittlichkeit Hohn spricht, schwere Lasten auf den Bau tragen müssen. Dagegen haben Sie nichts einzuwenden, aber in die Wissenschaft und in die Beamtencarriere wollen Sie sie nicht hineinlassen, weil das angeblich die Grenze überschreitet. Doch Sie werden mit Ihrem Widerstand nichts ausrichten. Herr Hertling hat die Frage aufgeworfen, was unter Frauenemancipation zu verstehen sei. Ich gebe zu, daß dies Wort gewiß einen unangenehmen Beigeschmack bekommen hat, vielleicht dadurch, daß vereinzelte Glieder des weiblichen Geschlechts selbst dazu beigetragen haben, die Bestrebungen der Frauen zu diskreditieren. Aber im Grunde genommen **handelt es sich bei der Frauenemancipation nur darum,** ob man der Frau so gut wie dem Mann **alle Wege öffnen soll,** für die ihre Kräfte und Fähigkeiten des Körpers und Geistes sie geeignet machen, um sie für das Gemeinwesen zu bethätigen. Das nenne ich Frauenemancipation. Nun hat Freiherr v. Hertling speciell darauf hingewiesen, daß die Krankheitszahl der Frauen im Post- und Telegraphendienst viel höher sei als die der Männer. Das gilt aber nicht nur für die Frauen im Post- und Eisenbahndienst, das gilt für die Frauen überall, wo sie thätig sind. Leider! Das liegt einfach daran, daß der weibliche Körper an sich schwächer ist als der des Mannes. Und doch ist die Lebensfähigkeit des Weibes stärker als die des Mannes. Wir haben ja erst die Anfänge für eine bessere körperliche Ausbildung der Frauen im Schulunterricht gemacht. Hier kommt die ganze Art, wie die Mädchen heute zu Hause erzogen werden, in Betracht. Für den Mann sind heute die besten Bissen da, ihm wird das beste Essen gegeben. Die Frau hat sich daran gewöhnt, daß sie schlechteres Essen bekommt, als ihr Ehemann. (Lachen rechts.) Gehen Sie nur zu den Arbeiterfamilien, da werden Sie das bestätigt finden. Da fragt die Frau gar nicht danach, ob sie etwas Ordentliches zu essen bekommt. (Lachen rechts.) Aber ich behaupte doch, die Frau leistet weit mehr als der Mann. Gerade die Arbeiterinnen muten sich die ausgedehnteste Arbeitszeit zu, auch wenn sie damit ihren Organismus schädigen. Wenn Sie jemals die Arbeitszeit verkürzen wollen, werden Sie den größten Widerstand bei den weiblichen Arbeitern finden. Gerade die Arbeiterinnen haben meist kein Verständnis dafür, daß ihre Arbeitszeit verkürzt und eingeschränkt werden soll, weil sie wissen, je länger sie arbeiten, desto mehr verdienen sie. Sie (zu dem Centrum) wollen nicht, daß die Frau Universitätsprofessor werde, daß sie Rechtsanwalt werde, daß sie die höheren Staats- und Gemeindeämter einnehme. Sie wollen die Vorurteile, die heute in den maßgebenden Männerkreisen bestehen, aufrecht erhalten. Auf wie lange Sie es noch können, ist eine andre Frage. Sie behaupten, daß die von der Natur oder von Gott eingesetzte Grenze innegehalten werden muß. Diese Grenze ist aber heute längst überwunden. In der Schweiz, in Amerika und in andren Ländern steht schon heute die Frau auf einer viel höheren Stufe der Bildung als bei uns. Dort giebt es keine Stelle, wo nicht die Frauen durch ihre Fähigkeiten, durch ihre Intelligenz in vielen Fällen die Männer ausgestochen haben. Was dort schon möglich war, wird auch bei uns möglich werden, Sie mögen dagegen machen, was Sie wollen. (Lebhafter Beifall links.)

Frhr. **v. Hertling** (C.):

Wenn ich die Ausführungen des Herrn Kollegen Schrader gehört hätte, würde ich meine Eingangsworte vielleicht anders gefaßt haben. Der Abg. Bebel hat recht, es handelt sich hier wesentlich um die Töchter der sogenannten höheren Stände. Für sie ist die gegenwärtige Zeit vielfach eine drückende. Da wünsche auch ich eine gesteigerte Ausbildung, zum Beispiel für die Töchter der Landwirte, im Obstbau, in der Geflügelzucht usw. Die Frauen drängen sich immer mehr in die Berufe der Männer ein. Diese Bewegung ist so stark, daß kleine Hindernisse sie nicht einhalten. Aber wir wollen doch nichts thun, um die Bewegung noch zu beschleunigen, weil das zum Nachteil des weiblichen Geschlechts ausfallen müßte. — Wenn eine derartige Frage angeschnitten wird, dann pflegt uns Herr Bebel klar zu machen, daß wir von der Sache nichts verstanden haben, daß wir immer erst warten müssen, bis er kommt, um uns aufzuklären. Ich habe aber heute von ihm eine etwas bessere Note bekommen: ich hätte etwas verständiger versprochen als früher meine Freunde. Ich habe aber weder auf Herrn Bebel noch auf die vorliegende Petition warten müssen, um zu finden, welche Stellung ich in dieser Frage einzunehmen habe. Schon 1877 haben wir die Beseitigung der verheirateten Frauen aus der Fabrikarbeit verlangt. Schon 1878 habe ich den Antrag gestellt, die Frau von den Arbeiten auf den Bauten zu beseitigen. Mehr als solche Anträge stellen können doch die einzelnen Abgeordneten nicht. Ich habe von unverrückbaren Grenzen gesprochen, die von der Natur oder von Gott gesteckt sind. Herr Schrader ist ebenfalls der Meinung, daß die Frau so beschäftigt werden soll, wie ihre Anlagen es zulassen, und Herr Bebel hat das noch mit viel größerer Bestimmtheit ausgesprochen. Auch Herr Bebel hat die physischen Verschiedenheiten zwischen Mann und Weib zugegeben, er wird auch die psychischen Verschiedenheiten zugeben müssen. Wollte er an diesen Grenzen rütteln, so würde er selbst dabei fallen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **Bebel** (Soc.):

Es unterliegt doch gar keinem Zweifel, daß wir in dieser Frage stets weiter gegangen sind, als die Herren vom Centrum und von der Rechten. Wir sind unserm alten Standpunkt treu geblieben, nur Sie haben sich durch die Entwicklung der Dinge allmählich eines Besseren belehren lassen. Wenn Herr v. Hertling davon nichts weiß, daß das Frauenstudium früher von seinen Parteigenossen bekämpft worden ist, so mag er sich nur bei seinen älteren Parteifreunden erkundigen, er wird die Richtigkeit meiner Angaben bestätigt finden. Der Herr Vorredner meinte, er habe schon 1877 einen Antrag gestellt, der die Arbeit verheirateter Frauen in Fabriken verhindern wollte. Ja, wenn Sie den Antrag heute wieder stellen, wir würden uns gegen ihn erklären müssen. Er ist nicht acceptabel, so lange nicht für die Deckung des Ausfalls an Verdienst in den Arbeiterfamilien gesorgt wird. Warum bleiben Sie denn überhaupt bei der Fabrikarbeit stehen? Die ist hygienisch doch noch die beste. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten, Widerspruch rechts) viel besser, als die Arbeit im Handwerk, der Hausindustrie und der Landwirtschaft. Solche Anträge können nur den Erfolg haben, die industrielle Entwicklung hintanzuhalten und die Hausindustrie zu stärken. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Hertling sagte, mehr als Anträge stellen könne er nicht. Aber Herr v. Hertling ist doch ein sehr einflußreiches Mitglied der bayrischen Kammer, da könnte er schon manches durchsetzen. Wie steht es zum Beispiel bei den Kohlenbergwerken. Da ist Schutz für die weiblichen Arbeiter sehr am Platz. Herr Hertling will Frauen nur Arbeiten verrichten lassen, für die sie geeignet sind. Auf demselben Standpunkt stehen wir, soweit Männerarbeit in Betracht kommt. Wir sind eben für vollste Gleichberechtigung und sind der Meinung, daß eine intelligente Frau sich besser zum Professor eignet, als ein Mann, der Professor wird, weil der Schwiegervater in einem hohen Reichsamt sitzt. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Wir wollen, daß auch die Frauen Professoren und Minister werden können, ja es wäre sicher um die Gesetzgebung in vielen Dingen besser bestellt, es würde sehr wohlthätig wirken, wenn wir hier Frauen als Kolleginnen hätten. (Große Heiterkeit und Bravo! links.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Antrag **Schrader** wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Socialdemokraten und Nationalliberalen **abgelehnt;** der Kommissionsantrag wird gegen die gleiche Minorität angenommen.

Ueber eine Petition um **Wiedereinführung der Prügelstrafe** beantragt die Kommission ebenfalls Uebergang zur Tagesordnung.

Von den Abgg. Dr. Oertel (k.) und Genossen liegt aber ein Antrag vor, die Petition dem Reichskanzler als **Material zur Abänderung der Gesetzgebung** zu überweisen.

Abg. Dr. **Oertel** (k.):

Unser Antrag ist schon dadurch begründet, daß die Kommission nur mit elf gegen acht Stimmen den Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Wäre die Kommission vollständig besetzt gewesen, unser Antrag wäre vielleicht schon in der Kommission durchgegangen. Wir haben den Antrag gestellt, damit die Regierung sich einmal mit der Frage befaßt und sie bald und eingehend prüft, damit sie bei der Reform des Strafgesetzbuchs der Frage näher treten kann. Weiter wollen wir nichts und auch die Gegner der Prügelstrafe könnten für unsern Antrag stimmen. Wenn sie das nicht thun, so kann man daraus schließen, daß sie vor einer Prüfung eine gewisse Furcht haben. Die Frage der Prügelstrafe ist sehr wichtig. Der Reichstag darf darüber nicht ohne weiteres hinweggehen. Ich will nur grundsätzlich erörtern, ob die jetzigen Strafmittel ausreichen. Man hat in dem Antrag etwas Besonderes gefunden. Ein Blatt der äußersten Linken hat mich schon Knuten-Oertel genannt. (Heiterkeit.) Ich nehme dieses Kosewort auf meinen breiten Rücken. Etwas Besonderes enthält der Antrag nicht. In England werden nicht nur Jugendliche, sondern auch erwachsene Männliche geprügelt mit gutem Erfolge der Abschreckung. Niemand denkt in England an die Abschaffung der Prügelstrafe. Auch innerhalb der **socialdemokratischen Partei** werden die Anhänger der Prügelstrafe immer zahlreicher. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Mit dem Lügenau darf ich Ihnen ja heute nicht kommen; der ist ja aus der Partei hinausgeflogen. Aber ich habe doch schon öfter in Parteiblättern und auch im „**Vorwärts**" gelesen, daß, wenn es sich um die Roheit eines Rowdies in Glacéhandschuhen handelte, dafür eine Portion ungebrannter Holzsche dringend empfohlen wurde. So bricht sich trotz der grauen Theorie der gesunde Sinn auch bei Ihnen mehr und mehr Bahn. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Es ist ja auch Widersinn, daß wir im Hause und in der Schule bei jungen Leuten bis zu 14 Jahren Züchtigungen mit gutem Erfolg anwenden, und wenn das 14. Lebensjahr überschritten ist, Züchtigungen nicht mehr gestattet sein sollen. Auch in socialdemokratischen Häusern wird ja mitunter recht tüchtig geprügelt. Ich erinnere nur an den Ihnen unangenehmen **Fall in Harburg,** wo gerichtlich die **Ueberschreitung des Züchtigungsrechts** festgestellt worden ist. Die Theoretiker des Strafvollzugs sind ja in ihrer Mehrheit noch gegen die Prügelstrafe, aber dafür wird sie von der Mehrheit der Praktiker des Strafvollzugs und den Richtern erster Instanz befürwortet. Natürlich wollen auch wir, die wir in gewissem Sinne Anhänger der Prügelstrafe sind, sie nur bei außerordentlichen Roheitsverbrechen Platz greifen lassen. Es muß sich in der Strafthat, möchte ich sagen, eine viehische Lust am Verbrechen selbst oder eine viehische Roheit bei der Ausführung des Verbrechens zeigen. Wir halten die **Prügelstrafe** für das **beste Abschreckungsmittel,** und wir brauchen ein solches Abschreckungsmittel, da die Roheits- und Sittlichkeitsverbrechen ständig in der Zunahme begriffen sind. Heute werden diese Verbrechen viel zu milde bestraft. Die Geldstrafe überwiegt dabei. Die Strafe ist für mich Selbstzweck, alle Nebenzwecke treten hinter diesem Hauptzweck in den Hintergrund. Die Strafe soll den Bruch der Rechtsordnung verhüten, sie soll eine Sühne für die Strafthat sein. Halten Sie denn für eine Roheit eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe für eine Sühne? Ich habe in den letzten Jahren hunderte von Fällen gesammelt, in denen ich nur die Prügelstrafe als angemessene Sühne anerkennen kann. Wer unsre Gefängnisse kennt, wird mir beistimmen müssen. Fuld sagt, daß die **Nahrung in den Gefängnissen** besser ist, als sie sich der Arbeiter

beschaffen kann. Eine Mittelkost besteht aus **Fleisch, Gemüse und Kompot**. Dabei wird noch ein Teil des Arbeitsverdienstes zur Verbesserung der Kost verwendet. Bei viehischen Roheitsverbrechen ist das Gefängnis keine Strafe. Das erkennt selbst ein so liberal denkender Mann wie Herr Kulemann an. Die Gefängnishaft verdirbt sicherlich die Inhaftierten noch mehr, besonders die Jugendlichen. Auf diesem Standpunkt stehen Illing und Lift. Sie werden zugeben müssen, daß Prügel oft eine recht gute Wirkung gehabt haben. Jeder wird das aus eigner Erfahrung zugeben. — Die Strafe soll doch abschreckend wirken. Es ist aber vorgekommen, daß Messerhelden den Richter besonders für die Gefängnisstrafe gedankt haben, die für sie eine Versorgung bedeute. Das einzig Abschreckende ist die Prügelstrafe, das beweist der Abscheu der Verbrecher vor den Korrektionsanstalten, in denen die Leute mit dem sogen. „**Willkomm**" empfangen werden. (Abg. **Bebel: Sachsen!**) Gewiß Sachsen marschiert auch hier wieder an der Spitze. — Ich komme nun zu den Gründen gegen die Prügelstrafe. Man spricht von einer Verletzung des Ehrgefühls. Bei derartigen Roheitsvergehen, wie ich sie angeführt habe, kann aber von einem Vorhandensein eines Ehrgefühls überhaupt nicht mehr die Rede sein. Weiter sagt man, die Ausführung der Prügelstrafe soll die Gesundheit schädigen. Behr sagt dagegen ausdrücklich, daß der Vollzug der Prügelstrafe die Gesundheit des Sträflings niemals schädige. — Die Prügelstrafe soll verrohend auf den prügelnden Teil wirken. Prügeln nicht auch die Lehrer und Sie selbst als Eltern ebenso, und Sie werden doch nicht behaupten, daß Sie oder die Lehrer dadurch besonders verroht werden. Der inhaltsloseste Gegengrund ist schließlich die Berufung auf die Humanität. Ein liberaler Mann hat das sehr richtige Wort gesprochen, daß Humanität, angewandt gegen Bestialität, die größte Inhumanität sei. (Sehr richtig! rechts.) — Es besteht in unsrer heutigen Zeit ein merkwürdiger Gegensatz zwischen einer gespreizten aufgezwirbelten Schneidigkeit (Heiterkeit) und andrerseits einer weichen Schlappheit und Sentimentalität. Fordern wir ein kraftvolles Einschreiten gegenüber den Roheitsverbrechen, so versündigen wir uns nicht an der Kultur, sondern wir dienen ihr. Wir handeln human im höchsten Sinne des Worts. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. **Bassermann** (natl.):

Der Herr Vorredner hat den Beweis für die Notwendigkeit der Prügelstrafe nicht erbracht. Meine politischen Freunde werden dem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung beistimmen. Wir halten eine erneute Prüfung dieser Frage nicht für nötig. Der Vergleich mit der Anwendung der Prügel seitens der Eltern ist ganz unangebracht. Ueberdies wird jeder Vater selbst wissen, wie individuell da vorgegangen werden muß, kommt es doch vor, daß jugendliche Personen aus Furcht vor der Prügelstrafe Selbstmord begehen. (Sehr richtig! links.) Was die Lehrer anlangt, so geht die allgemeine Ansicht wohl dahin, daß die Lehrer, die viel prügeln, nicht zu den besten in ihrem Beruf gehören. (Sehr richtig! links) Herr Oertel hat von den Nachteilen der Freiheitsstrafen gesprochen. Diese Nachteile können aber nicht durch Einführung der Prügelstrafe beseitigt werden, sondern nur durch eine Reform des Strafvollzugs, z. B. Ueberwachung des Verkehrs der Sträflinge. (Sehr richtig! links.) Es ist nicht der Beweis geliefert, daß eine derartige Verrohung in unserm Volke eingetreten ist, die die Einführung der Prügelstrafe, wie sie im Mittelalter bestand, rechtfertigt. Roheitsvergehen ähnlich den Demolierungen der **Standbilder in der Sieges-Allee** werden von **wohlerzogenen Söhnen guter Familien** nur im trunkenen Zustande **ausgeführt** — Herr Oertel hat von den Personen gesprochen, die die Strafe ausführen sollen. Ich meine, der Henker steht turmhoch über den Gesellen, die gewerbsmäßig Tag für Tag Prügel austeilen — Herr Oertel meinte, auf eine viehische That gehöre auch eine viehische Strafe. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der moderne Staat viehische Strafen nicht verhängen darf. Deshalb stimmen wir für Uebergang zur Tagesordnung. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.):

Ich muß zugeben, daß es bei gewissen krassen Roheitsvergehen leicht kommen kann, daß man sich in der ersten Aufwallung sagt: Darauf gehört eine tüchtige Tracht Prügel. Wenn man sich aber dann vorstellt, wie die Prügelstrafe wirklich vollzogen wird, so muß man sich dieser Aufwallung schämen; mir ist es jedenfalls so gegangen. Wie würde sich die Ausführung der Prügelstrafe in der Praxis machen? Wenn das Urteil rechtskräftig wird, kann noch Beschwerde erhoben werden. Und wenn diese vom Oberlandgericht zurückgewiesen wird, soll der Vollzug der Strafe womöglich erst nach Jahresfrist eintreten! Wenn sie überhaupt eingeführt werden könnte, könnte sie nur wirksam sein, wenn sie in flagranti, sofort vollstreckt wird. Herr Oertel hat die Prügelstrafe gewissermaßen als Wohlthat hingestellt und meinte, sie bedeute keine Schädigung der körperlichen Gesundheit. Die markantesten Autoritäten haben sich im gegenteiligen Sinne ausgesprochen. Ich habe hier eine Schrift, die im Buchhandel verboten ist, die die scheußlichen Verhältnisse zur Zeit der Herrschaft der Prügelstrafe darstellt. Sie schildert das Verfahren in einem süddeutschen Zuchthause vor dem Jahre 1848 und ist ein wertvoller Beitrag zur Sittengeschichte. Die Schilderungen sind dort so schauderhaft, daß ich sie selbst nur mit Widerstreben habe lesen können. Aus dem Buch geht hervor, in welch tierischer Weise die Prügelstrafe gehandhabt wurde, und wie sie nicht allein den Geprügelten, sondern auch den Ausübenden und alle, die freiwillig oder unfreiwillig dabei waren, verroht. Es ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, das die Herren der Rechten da treiben. Denken Sie nur, wie leicht ein politischer Redacteur, und auch Herr Oertel ist ja ein solcher, zu kleinen Strafen verurteilt wird. Jetzt gehört ja Herr Oertel den herrschenden Parteien an. Wenn sich aber der Reichskanzler der Zukunft vielleicht nicht so benimmt, wie Herr Oertel es will, und Herr Oertel einen scharfen Artikel gegen ihn bringt, könnte er vielleicht wegen groben Unfugs zu Prügelstrafe verurteilt werden. Es wäre ein **schmerzlicher Gedanke,** wenn gerade Herr **Kollege Oertel der erste wäre, an dem die Prügelstrafe vollstreckt würde.** (Stürmische Heiterkeit.) Herr Oertel stellt die Sache so dar, als wäre die Ueberweisung als Material eine ganz unbedeutende Sache. Er getraut sich also selbst nicht die wahre Bedeutung des Antrags darzuthun. Die Furcht ist auf seiner Seite. Wir haben keine Furcht, daß die erneute Prüfung der Frage dazu führen könnte, daß man sich für die Prügelstrafe entscheidet. Wir sagen, es ist eine Schmach am Ende des Jahrhunderts, daß man überhaupt daran denkt, auf eine derartige mittelalterliche Strafe wieder zurückzukommen. Herr Oertel hat behauptet, in einer Reihe von Staaten besteht die Prügelstrafe. Gewiß in der Türkei besteht die Bestimmung, daß die Weiber so lange geprügelt werden, bis sie zum wahren Glauben zurückkehren. Was England betrifft, irrt sich Herr Oertel. Dort ist die Prügelstrafe thatsächlich nur als Ausnahmeverfügung infolge einer großen Zunahme der Raubanfälle gegen jugendliche Roheitsverbrechen eingeführt. Die Verurteilung erfolgt nur zu einer einmaligen Durchpeitschung mit gewöhnlicher Rute. Der Vergleich mit England ist aber auch ganz verfehlt, weil wir das summarische Strafverfahren in Deutschland nicht kennen. Aber überhaupt ist in der Gegenwart nicht besonders glücklich, auf England zu exemplificieren. England steht mit einem Bein in der modernen Zeit, mit dem andern im Mittelalter. In andren Staaten, z. B. in Schweden, Dänemark und Norwegen ist die Prügelstrafe wieder abgeschafft. Nur Deutschland allein soll einen derartigen Rückschritt ins Mittelalter machen. Es ist doch merkwürdig, daß Herr v. Buchka vor wenigen Tagen sagte, in den Kolonien sollte in nächster Zeit die Prügelstrafe abgeschafft werden. Zu derselben Zeit sollen wir sie hier in Deutschland wieder einführen. Das ist ein Hohn auf die ganze europäische Civilisation. Sie (nach rechts) wollen das sittliche Niveau des Volks heben; das können Sie aber mit derartigen Bestimmungen nicht. Treiben Sie eine vernünftige Socialpolitik, vor allem eine gesunde Kriminalpolitik! Verbessern Sie die Schulbildung der Jugend! Dadurch wirken Sie besser auf die Hebung der Sittlichkeit, als durch Einführung der Prügelstrafe. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Gröber** (C.):

Der Vorredner hat vielfach übertrieben, er hat die Prügelstrafe eine Institution des Mittelalters genannt. Das ist nicht richtig. Wir haben die Prügelstrafe lange über das Mittelalter hinaus gehabt; sie ist erst im Anfang dieses Jahrhunderts abgeschafft. Wir haben hier schon öfters die Prügelstrafe diskutiert. Merkwürdigerweise ist von ihr mit keinem Wort die Rede gewesen, als unser jetziges Reichs-Strafgesetzbuch beraten wurde. Die Frage wurde bei der lex Heinze einmal angeschnitten und jetzt wieder und ich halte es für angebracht, einmal ausführlich darauf einzugehen, damit sie uns nicht wieder unsre kostbare Zeit wegnimmt. So natürlich es ist, daß man in der ersten Aufwallung bei Roheitsverbrechen den Thäter 25 Stockhiebe gönnt oder gar sagt, so ein Mensch muß zu Tode geprügelt werden, so begreiflich diese Aufwallung ist, so ist es doch etwas ganz andres, ob man bei nüchterner Erwägung sich für die Prügelstrafe begeistert. Wenn sich Anhänger meiner Partei hier und da einmal für die Prügelstrafe ausgesprochen haben sollten, so dürften diese Herren jedenfalls nicht den richtigen Einblick in die praktischen Verhältnisse gehabt haben oder es war eben auch nur ein Ausfluß augenblicklicher Stimmung, viele solcher Anhänger wird man überhaupt in unsren Reihen nicht finden. Das preußische Strafgesetzbuch hat mit der Prügelstrafe aufgeräumt und kein Strafgesetzbuch ist gründlicher beraten worden, wie gerade dieses. Nach allen Seiten ist die Frage damals genau ventiliert worden. Das Resultat war die endgiltige Beseitigung der Prügelstrafe. Der Hauptgrund war der, daß man sich sagte, man könne in der Rheinprovinz unmöglich ein Strafgesetz mit der Prügelstrafe einführen. — Soweit das Ausland in Frage kommt, habe ich die Prügelstrafe, abgesehen von den schon erwähnten Fällen in England und in der Türkei, nur in Montenegro gefunden. Dort wird sie wegen Diebstahls verhängt, auch Todesstrafe wird dort wegen Diebstahls verhängt, ich habe aber nicht einmal gehört, daß diese harten Strafen besonders abschreckend wirken; so viel ich weiß, wird in Montenegro noch immer ganz tüchtig gestohlen. (Große Heiterkeit.) Außerhalb Europas findet sich die Prügelstrafe in der Südafrikanischen Republik, im Oranje-Freistaat und in einem einzigen Staate der Nordamerikanischen Union. — Kein Strafmittel ist in seinem Vollzuge so verschieden, wie die Prügelstrafe. Das ist ein schon ein Nachteil, der für mich die Wiedereinführung ausschließen muß. Die Härte des Vollzugs hängt vom Prügelmeister ab, von dessen Ruhe oder Erregung, kein Strafmittel ist aber auch in seiner Wirkung so verschieden wie die Prügelstrafe, den Schwachen kann sie geradezu ruinieren, dem Starken braucht sie nichts anhaben. Daß das Ehrgefühl durch die Prügelstrafe erstickt wird, ist eine alte Erfahrung und durchaus nicht jeder, der eine ehrlose Handlung begangen hat, muß gleichzeitig immer eine ehrlose Gesinnung haben. — Der Vollzug der Prügelstrafe hängt immer von einem ärztlichen Zeugnis ab, wodurch einem neuen Mißbrauch Thür und Thor geöffnet wird. Es handelt sich hier um eine Kulturfrage im eminenten Sinne des Wortes. In den Kolonien will man jetzt der Kultur den Tribut zollen und die Prügelstrafe aufheben. Auch jetzt dürfen nur Eingeborene, nicht Araber und Inder geprügelt werden. Aber für uns Deutsche soll die Prügelstrafe gut genug sein. Auch in den Kolonien besteht der Vorbehalt der ärztlichen Erlaubnis. Jetzt sinnt man uns an, zu den Zuständen bei den Wilden unsre Zuflucht zu nehmen. Einen guten Kern hat die Petition: die Klagen über die Mangelhaftigkeit unsres Strafvollzugs. Der Strafvollzug ist heute in Gefängnissen und Zuchthäusern ziemlich der gleiche. Die Strafanstalten gleichen Fabriken. Hier wird in gewissen Fällen aus der Strafe eine Wohlthat. Die Strafe soll bessern. Wer also nicht mehr zu bessern ist, könnte konsequenterweise überhaupt nicht mehr bestraft werden. Es ist jetzt eine Strömung maßgebend, die den Schuldbegriff eliminieren will. Das Verantwortungsgefühl wird dabei viel zu gering eingeschätzt. Eliminiert man aber den Schuldbegriff, so muß man auch die Strafe selbst eliminieren. Die Strafe muß als ein Uebel empfunden werden, deshalb richte man einen Strafvollzug mit den nötigen Abstufungen ein, der diese Forderung auch wirklich erfüllt. Dann werden sich viele der heutigen Klagen erübrigen. Für die Prügelstrafe sind wir nicht zu haben. Deshalb werden wir gegen den Antrag Oertel und für den Antrag der Kommission stimmen. (Bravo im Centrum.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Zweite Beratung des **Fleischschaugesetzes**). Schluß 5½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 7. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Studt.

Die Beratung des **Kultusetats** wird fortgesetzt. Die Diskussion über den Titel „Minister" dauert noch fort.

Abg. **Kopsch** (frs. Vp.) legt Verwahrung dagegen ein, daß unter der Flagge der Schaffung einer christlich-konfessionellen Schule der Einfluß der Kirche auf die Schule gestärkt, derjenige des Staats gemindert werde. Formalismus und Bureaukratismus möge man von der Schule fern halten. Man schaffe die Ueberfüllung der Klassen aus der Welt. Und die geistig minder beanlagten und verwahrlosten Kinder bringe man in besonderen Anstalten unter, dann könne der Minister des Dankes der preußischen Lehrerschaft sicher sein.

Abg. Dr. **Mizorski** (Pole) führt Klage über ungerechte Behandlung der Polen.

Minister **Studt**:

Die Regierung hat die Pflicht, den Polen gegenüber fest zu bleiben. (Bravo rechts.) In der polnischen Presse wird täglich die wüsteste Agitation gegen Preußen getrieben. Und es liegt System darin. Gegen die Zugehörigkeit zum preußischen Staat wird protestiert. Dagegen müssen wir uns wehren. Für die polnischen Kinder muß wenigstens ein geringes Maß an Kenntnis der deutschen Sprache gesichert sein, damit sie eine Ahnung von der Kulturarbeit des deutschen Volks erhalten. Der Widerstand gegen das Erlernen der deutschen Sprache ist systematisch organisiert. Die polnischen Damen stehen im Dienst der nationalpolnischen Agitation. Es macht einen traurigen Eindruck, daß seit einem Jahrhundert 200000 katholische Deutsche dem Polonisierungsprozesse erlegen sind, daß die Söhne von Deutschen jetzt um den Verlust des polnischen Vaterlands jammern. Die nationalpolnische Agitation gewinnt immer mehr an Stärke. Wir haben uns gegen eine ernste Gefahr zu wehren. Es wird immer von uns als Pflicht betrachtet werden, der deutschen Schule und der deutschen Kultur ihren legitimen Einfluß zu wahren. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **von Heydebrand und der Lasa** (k.):

Wir haben noch die Macht und werden sie uns nicht von den Polen nehmen lassen. In der Polenpolitik kann der Minister unsrer aller Unterstützung sicher sein. (Bravo! rechts.) Die Schule wird deutsch bleiben, dafür werden wir sorgen. — Die Abgg. Sänger und Kopsch haben in dem nervösen Bestreben, die ersten zu sein und kein andren vorkommen zu lassen (Heiterkeit rechts!), über alle möglichen Dinge gesprochen, die an andrer Stelle hingehört hätten. Sie drücken durch ihre Reden thatsächlich das Niveau unsrer Etatsberatungen herab. (Lärmende Heiterkeit rechts.) Gewiß sind wir überzeugt, daß die **Volksschule** gegenwärtig auf **christlicher Grundlage** steht, aber wir wollen dies Verhältnis **für alle Zukunft gesetzlich sichern.** Der Herr Minister ist ja erst kurze Zeit im Amte. Wir haben Vertrauen zu ihm, wir wissen, daß er ein christlicher Mann ist.

Ab. **Hackenberg** (natl.) dankt dem Minister für seine feste Haltung den Polen gegenüber.

Abg. Dr. **Dittrich** (C.)

verteidigt den Ultramontanismus. Die Rede des Herrn v. Heydebrand habe sehr sympathisch berührt. Das Centrum habe dabei das Gefühl gehabt: Das ist der alte Heydebrand, mit dem wir in Schulfragen so oft Hand in Hand gegangen sind.

Abg. Dr. **Hahn** (b. k. F.)

weist auf die erfreuliche Einigkeit zwischen katholischen und evangelischen Mitgliedern des Bundes der Landwirte hin. Erfreulicherweise sei auf unsern Universitäten die Freiheit der Wissenschaft gewährleistet. Nachdem aber die Regierung zum Schutz der nationalen Arbeit zurückgekehrt sei, müßte auch bei Besetzung der Lehrstühle für Nationalökonomie hierauf Rücksicht genommen werden. Leider finde Landwirtschaft und Mittelstand noch nicht genügend das Interesse bei den Herren Professoren.

Abg. **v. Knapp** (natl.) regt die **Zulassung** der **Realgymnasial-Abiturienten** zum **medizinischen und juristischen Studium** an.

Ministerialdirektor **Althoff**: Die Erwägungen über die Zulassung dieser Abiturienten zum medizinischen Studium sind noch nicht völlig abgeschlossen. Wir haben uns mit den andern deutschen Staaten in Verbindung gesetzt und denken uns die Lösung der Frage so, daß unter der Voraussetzung einer Ergänzungsprüfung im Lateinischen die Zulassung stattfinden soll. Außerdem sollen die bis zur Ablegung dieser Prüfung verflossenen Semester bei dem Studium angerechnet werden, doch schweben, wie gesagt, noch Verhandlungen. Ueber die Zulassung zum juristischen Studium kann ich mich nicht äußern, das gehört nicht in mein Ressort.

Abg. **Munckel** (frs. Vp.):

Gestern ist hier ohne mein Verschulden eine Parallele zwischen der lex Heinze und der **lex Arons** gezogen worden. Ein solcher Vergleich ist insofern angebracht, als die lex Arons ebenso wie die lex Heinze aus Anlaß eines bestimmten Falles eingebracht wurde; man hat die lex Arons gemacht, um den Privatdozenten Dr. Arons entlassen zu können. Das Gesetz hat seine Schuldigkeit gethan; hoffentlich ist es eine vorübergehende Erscheinung gewesen. (Heiterkeit.) Das, was in dem Urteile steht, ist gewissermaßen nur ein Extrakt aus dem, was seiner Zeit Dr. Bosse über den Fall ausführte. Wenn er noch hier säße, würde ich ihn direkt für den Verfasser des Urteils halten; da er nicht mehr hier sitzt, so hat man sich doch wesentlich an das gehalten, was er gesagt hat. Herr Dr. Arons lehrte bis vor kurzem Mathematik an der Berliner Universität. Mathematik ist eine Wissenschaft, die sich von der Politik weit entfernt, und wenn sie auch mit Wurzeln zu thun hat, um, die Wurzeln der staatlichen Ordnung sind es nicht. (Heiterkeit.) Wenn Dr. Arons über Differential und Integralrechnung liest — das ist höhere Mathematik, ich sage das für diejenigen, die es nicht wissen sollten (Heiterkeit) — so muß eine solche Vorlesung frei sein von jeder Politik. An seiner Lehre kann es also nicht liegen, daß man ihn entlassen hat, konnte es auch gar nicht liegen, denn die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei; das steht in einem Artikel der preußischen Verfassung, der noch nicht zu den suspendierten gehört. (Heiterkeit.) Wenn es im „Probekandidaten" am Schlusse heißt: „Ich kenne ein Land, das heißt Preußen; da hat jeder das verbriefte Recht, seine Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern — — da gehe hin!" — dann erhebt sich im Deutschen Theater regelmäßig ein Beifallssturm. Also nach Preußen — da gehe ich hin! (Stürmische Heiterkeit, links.) Nun, wenn du Privatdocent bist, dann gehe nicht hin. (Erneute Heiterkeit.) Wenn Dr. Arons im Kolleg socialpolitische Weisheiten entwickelt hätte, dann hätte man ihn kaum fassen können, aber grade weil er es außerhalb des Kollegs gethan hat, deshalb wird er bestraft. Herr Dr. Arons bekennt sich allerdings zur Socialdemokratie, aber er hat niemals in gehässiger Weise für seine Partei agitiert. Er hat sich als Socialdemokrat bekannt und danach auch gehandelt. Und deshalb soll er nach dem Spruch des Staatsministeriums nicht würdig sein, Privatdocent an einer preußischen Universität zu sein. In einer Schrift, die Fürst Bismarck immer wieder als Lektüre empfohlen hat, findet sich der Satz, daß öffentliche Aemter, also auch das Amt eines Privatdocenten, allen denen zugänglich sein sollen, die ihre wissenschaftliche, sittliche und technische Befähigung dazu nachgewiesen haben. An der wissenschaftlichen Befähigung des Dr. Arons ist kein Zweifel, die technische kommt nicht in Betracht, nur seine sittliche. Soll denn bei uns behauptet werden: wer sich zur socialdemokratischen Partei bekennt, ist ein unsittlicher Mensch? Dann hätten Sie ja 2½ Millionen unsittliche Menschen in Deutschland. Gott sei Dank ist das nicht der Fall. Die Herren von der Rechten freilich meinen, ein jeder darf frei denken, was er will, er muß es nur nicht sagen. (Heiterkeit.) Dann aber wird Heuchelei erzeugt. (Sehr gut! links), die doch wirklich nicht so sittlich ist, wie das freie offene Bekenntnis zu dem, was man für richtig hält. (Bravo! links.) Der Tag des allgemeinen Kladderadatsch ist von der socialdemokratischen Partei immer ferner gerückt worden. In ihrem Programm aber sind durchaus berechtigte Punkte enthalten, vor allem das Sociale, das sich die heutige Gesetzgebung zum großen Teil angeeignet hat, manchmal nicht ganz ohne heilsames Drängen von der linksten Seite des Reichstags. Und war nicht auch das Sociale wenigstens mit der Vorschlagsilbe „christlich" schon einmal hoffähig? (Heiterkeit.) Das demokratische freilich, da brauchen Sie nicht zu fürchten, daß es mit oder ohne Vorsatz jemals hoffähig werden könnte. (Heiterkeit.) Wollen Sie vielleicht das Verfahren, wie es gegen Arons eingeschlagen, ausdehnen auf die Opposition überhaupt? Ja, meine Herren, dann vergessen Sie auch nicht die Opposition, die Sie (nach rechts) getrieben haben. Und all das geschah im Staat Friedrichs des Großen, wo doch angeblich jeder nach seiner Façon selig werden kann. International ist jede Wissenschaft, auch die Mathematik. Wenn man nach Frankreich kommt, wo jetzt ein Socialdemokrat Minister ist, ist man da mit einem Mal ein andrer Mensch? Wenn jemand nach den Grundsätzen der Regierung hier bei uns ein königlich preußischer Mathematiker geworden ist, und er käme nach Frankreich, dann müßte er ja dort ausgewiesen werden, weil er nicht Republikaner ist, denn dort ist die Monarchie verpönt! Die Verfassung sagt: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Vielleicht denken die Herren von der Rechten: die Lehre mag zwar frei sein, aber nicht die Lehrer. (Heiterkeit.) Aber eine Wissenschaft ist ohne die sterblichen Gefühle, die sie tragen, unmöglich. (Heiterkeit.) Und vergessen Sie nicht: Wenn Sie solche Grundsätze aufstellen, dann werden die Herren vom Centrum ihren Wechsel präsentieren und fordern, daß auch die atheistischen Professoren für unsittlich erklärt und von den Lehrstühlen entfernt werden. (Sehr richtig im Centrum.) Auf diesem Wege bekommen wir schließlich eine besondere Wissenschaft zurecht gemodelt nach dem im Vergleich zur Welt doch recht engen preußischen Staat. Ich verstehe es, wenn Deutschland sich jetzt seinen Platz an der Sonne sucht; daß aber Preußen gleichzeitig seinen Platz in der Finsternis behalten will, das verstehe ich nicht. (Lebhafter Beifall links.)

Minister **Studt**:

Die Ausführungen des Herrn Vorredners sind insofern materiell unrichtig, als Dr. Arons nicht Privatdocent der Mathematik, sondern der Physik war. Der Herr Vorredner hat übersehen, daß nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Disciplinarverhältnisse der Privatdocenten das außeramtliche Verhalten eines Privatdocenten zum Gegenstand eines Disciplinarverfahrens gemacht werden kann und gemacht werden muß, wenn er sich der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordern, unwürdig gezeigt hat. Mit der Lehrthätigkeit des Herrn Dr. Arons hat das Disciplinarverfahren gegen ihn absolut nichts zu thun gehabt. Ich weise deshalb die Behauptung, daß die Freiheit der Wissenschaft dadurch gefährdet sei, entschieden zurück. (Beifall rechts und im Centrum, Gelächter links.) Stehen die Hochschullehrer hinsichtlich ihres außerdienstlichen Verhaltens auf Grund der Majestät der Wissenschaft etwa wie Fürsten außerhalb des Gesetzes? Gewiß nicht. Auf die Gründe des Erkenntnisses gehe ich nicht ein, da ich als Mitglied der entscheidenden Behörde persönlich daran beteiligt bin. Im übrigen rechne ich mit aller Zuversicht auf die Zustimmung aller derer, die sich zu dem Grundsatz bekennen, daß **ein Mann,** der **socialdemokratische Bestrebungen** in so offenkundiger Weise **vertritt** und bethätigt, wie Dr. Arons, **nicht Mitglied des Lehrkörpers einer königlichen Hochschule sein kann.** (Bravo! rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, 10. März, abends 8½ Uhr, bei Herrn Nowack,
Manteuffelstr. 9 (nahe der Köpnickerstraße):

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die taktischen Beschlüsse der Zahlstelle Berlin. 2. Weiterberatung über die Gestaltung unsrer Agitation. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. 80/15

Um pünktliches Erscheinen ersucht **Die Kommission.**

Für die streikenden und ausgesperrten Tischler gingen folgende Beiträge ein:

Tischler, Berlin D 50 M. Werkstatt Schulz, Buckowerstr. 6, 3 M. Trost, Dresdenerstr. 81, 2 Tr. 10 M. Von Rau 6 M. Kranzspende Hebestreit 5 M. Hermann Korras 3 M. Freund, Ingenieur 1 M. Bautischler Schiller 11,50 M. Kistenfabrik v. Seifert 7 M. Werkstatt Zwitter 5,30 M. Heinze 4,50 M. Werkstatt Drösel u. Dorn 9 M. Hanff 3 M. Tagschneider u. Hoffmann 10 M. Von Merten, Admiralstr. 17, 1 M. Tischlerei Groth 6 M. Paul Siedler 3,50 M. Tröbel, Weinstraße, 4 M. Gesangverein Norddeutsche Schleife 7,20 M. May u. Co. 5 M. Behlow 5 M. Rothermund 5,95 M. Vom Leiermann, Maskenball Meßpalast, 6,15 M. Ein Brauer 50 Pf. Franke aus dem Lokalfonds 15 M. Spakowsky 6 M. Gesangverein Frei Sänger, Rixdorf 4,8. beim Ständchen, C. 1, 1 M.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Arbeitsnachweis der Holzarbeiter, Annenstr. 39.

Verein der Former.

Sonnabend, den 17. März d. J., in Louis Kellers Festsälen,
Koppenstraße 29:

Zur Feier des 37jähr. Stiftungsfestes

Grosser Wiener Maskenball.

Hierzu laden Freunde und Gönner freundlichst ein
Der Vorstand und die Kommission.

Den Mitgliedern gleichzeitig zur Nachricht, daß am Sonntag, 15. April (1. Osterfeiertag), vorm. 10 Uhr, eine Sonder-Vorstellung in der „Urania", Taubenstraße, stattfindet. Billets sind jetzt schon bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern in Empfang zu nehmen. Um recht rege Beteiligung bittet
61/2 **Der Vorstand.** J. A.: **W. Friedrich.**

NB. Des bevorstehenden Umzugs wegen findet die Vierteljahrs-Versammlung unsres Vereins am **Sonnabend, den 7. April,** abends 8½ Uhr, im Vereinslokal Gipsstraße 9 statt. **D. O.**

Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend!

Freitag, den 9. März, abends 7 Uhr,
im Lokale zur „Drachenburg", vor dem Schlesischen Thore:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubeil** über: **„Die Bedeutung der Organisation."** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht 2769b
Die Vertrauensperson: E. Trode, Eisenbahnstr. 31.

Verband der Möbelpolierer.

Freitag, den 9. März, abends 8 Uhr,
im Lokal „Königsbank", Große Frankfurterstraße 117:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht über unsren Streik. 2. Verschiedenes.
145/18 **Die Kommission.**

Droschkenkutscher.

Freitag, 9. März, abends 9 Uhr, in Stecherts Festsälen,
Andreasstr. 21:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 52/2
1. Vortrag über: „Die Unfallversicherungsgesetz-Novelle vor dem Reichstag und welche Aenderungen sind für die im Fuhrwesen Beschäftigten notwendig". 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Abschaffung des weißen und zur Einführung eines schwarzen Hutes für das gesamte Droschkengewerbe?

Wegen der hohen Wichtigkeit des 1. Punktes der Tagesordnung wollen wir die Kollegen ersuchen, recht zahlreich zu erscheinen, ganz besonders sind aber die Krankenkassen-Mitglieder, ganz gleich welcher Kasse, eingeladen.
Das Agitationskomitee.

Achtung! Maurer. Achtung!

3 große Mitglieder-Versammlungen des Centralverbands deutscher Maurer.

Zahlstelle Berlin II.
Am Donnerstag, den 8. März, abends 8 Uhr:
Für Osten: Imbs Ostbahnpark, Rüdersdorferstr. 71.
Am Freitag, den 9. März, abends 8 Uhr:
Für Norden, Wedding u. Oranienburger Vorstadt: Fey, Brunnenstr. 181.
Für S. und SW.: Zitzenstock, Gneisenaustr. 67.

Tagesordnung in allen 3 Versammlungen:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 136/17
Um regen Besuch bittet **Die Verbandsleitung.**

Orts-Krankenkasse

für d. Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.

Versammlung sämtlicher großjähriger Kassenmitglieder, am **Sonntag,** den 11. März 1900, vormittags 10½ Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20.

Versammlung sämtlicher Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln zur Kasse leisten, am **Sonntag,** den 11. März 1900 vormittags 10½ Uhr, bei **Ehelich,** in der Stralauerstrasse 36/37.

Tages-Ordnung:

Wahl von 23 Vertretern zur Generalversammlung. Das Kassenbuch ist als Legitimation vorzuzeigen. 2773b
M. Oest, I. Vorsitzender, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 53.

Wahl von 12 Vertretern zur Generalversammlung.
A. Pasowaldt, II. Vorsitzender, SW., Gesselstr. 4.

Achtung! Achtung!

Kutscher u. Mitfahrer in der Müll-Abfuhr!

Donnerstag, den 8. März, abends 8½ Uhr,
bei **Herzberg** (früher Feuerstein), oberer Saal, **Alte Jakobstr. 75.**

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. **Die Lohnbewegung der Kutscher und Mitfahrer im Müllabfuhrgewerbe.** Referent: **Johannes Rein.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vertrauensmann, Albert Uthes, Bautzenerstr. 5.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.

Coulante Zahl.-Bed. **H. & M. Lewent.** Beamten ohne Anzahl.

Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost"

Kottbuser Ufer 44a:
Am Freitag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstraße 18c:

Außerordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Antrag **Steinborn und Genossen:** „Beschlußfassung über Verteilung des Ueberschusses aus den Jahren 1898 und 1899".

Mitgliedsbuch legitimiert und für die Lieferanten die Legitimationskarte.
266/1 **Der Vorstand.**

Es ist ein schweres Unrecht, Kindern den aufregenden Bohnenkaffee zu geben. Für sie ist der wohlschmeckende Kathreiners Malzkaffee das gesündeste Getränk.

Freie Volksbühne.

Sonntagnachmittag 2¾ Uhr: **5. Abteilung** im **Carl Weiss-Theater: Hamlet.**

Heine-Abend.

Sonnabend, den 17. März, in der Brauerei Friedrichshain.

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wilhelm Blos** über **Heinrich Heine,** Recitation: **Eduard von Winterstein** vom Deutschen Theater, und **Gesangsvorträge: Herr Kielansky** von der kgl. Oper in Warschau.

Festmarken sind in allen Zahlstellen erhältlich.

Die **8. Serie** der Vorstellungen beginnt am **25. März** im **Carl Weiss-Theater.** Die Vorstellungen folgen am 1., 8., 15., 16. und 22. April. — Zur Aufführung gelangt:

Die Neuvermählten. Schauspiel in 2 Aufzügen von **Björnstjerne Björnson.**

Hierauf: **Die sittliche Forderung.** Von **Otto Erich Hartleben.**
(Aus dem Einakter-Cyklus: „Die Befreiten".)
228/19 **Der Vorstand.** I. A.: **G. Winkler.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 11. März, abends 7 Uhr, bei **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75: 4/12

Vortrag des Herrn Dr. Rösemeier über:

Von Neapel bis Belgrad. Aus der Geschichte der europäischen Reaktion.

Nach dem Vortrag: Gemütl. Beisammensein u. Tanz.

Rixdorf.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein.

Sonntag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr:

Drittes Stiftungsfest

bei **Lauckner,** Bergstraße 150—151:

Konzert. — Theater. — Ball.

Um 5 Uhr: **Festrede:**
Manfred Wittich aus Leipzig.

Entree 20 Pfennige. Herren zahlen für Tanz 50 Pfennige nach. Zu zahlreichem Besuch ladet ein. [3/1] **Das Komitee.**

Männer-Vortrag!

Morgen Freitag. **Naunynstraße 27,** bei **Graumann,** abends 8½ Uhr:

Krankheiten in der Ehe.

Demonstriert an gr. Lichtbildern vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann,** Dir. der Lichtheil- u. Kuranstalt **Köpnickerstr. 72.**
Für 20 Pf. Eintr. Broschüre frei.

MAGGI

für **5** Pfg. eine ausgezeichnete Frühstücks-Suppe. | für **10** Pfg. 2 Portionen vorzüglicher Suppe. | für **12** Pfg. 2 Portionen kräftiger Fleischbrühe. | für **16** Pfg. 2 Portionen feinster Kraftbrühe. | für **25** Pfg. zum Würzen.

DIE GUTE SPARSAME KÜCHE

Zu haben in allen Delikatess- und Kolonialwaren-Geschäften, Droguerien und Mehlhandlungen.

A. L. MOHRsche neue Magarine

„MOHRA"

ist die **einzige** Sorte Margarine, welche grössern Zusatz von **Eigelb** und **Rahm** enthält und daher vollständig so wohlschmeckend ist und genau so bräunt und duftet beim Braten, wie feinste Naturbutter. Ein vergleichender Bratversuch mit Konkurrenz-Margarine und mit Butter wird die Vorzüge unsrer **„MOHRA"** bestätigen. 10/2*

Beim Einkauf von „MOHRA" achte man gefl. darauf, dass der Name „MOHRA" an jedem Gebinde sichtbar ist.

Wegen seiner Bekömmlichkeit wird Carola-Kaffee vielseitig ärztlich empfohlen.
34222*

Wein

zum Ausschank sehr geeignet! süss, rot, wie **Portwein,** ausgezeichnet im **Geschmack,** garantiert rein, **10** Ltr. M. **7.—, 100** Ltr. **65.—,** Oxhoft M. **120.—**

Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16. Amt IV. 9676.

30 Mark

elegante

Herren-Anzüge

nach Mass,

30 Mark

hochfeine

Sommer-Paletots

nach Mass.

Für **10** Mark hochelegante Beinkleider nach Mass, [3870L*
guter Stoff, tadelloser Sitz!
Riesenstofflager

14 Krausen-Strasse 14,

1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Prima harte [3786L*

Schlackwurst à Pfd. 110 Pfg.
halbhart à Pfd. 85 „
Schinkenw., prima hart, „ 95 „
Zwiebelleberw., Hall. „ 50 „
Rotwurst, Thüringer „ 50 „
Speck, mager „ 65 „
bei 5 Pfd. „ 62 „
fett, reinschm. „ 55 „
bei 5 Pfd. „ 50 „
Landschinken, echt ostpr. „ 90 „

J. Striepling, Köpnickerstraße 163.

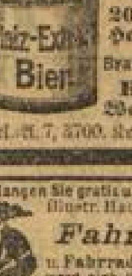
Grosser Möbelverkauf

Neue Königstr. 59.

In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Kassen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Teilzahlungen unter den coulantesten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert.

Bayrisch Malzextraktbier.

[3814L*



Bestes und billigstes aller diätetischen Malzbiere. Unübertroffenes Stärkungsmittel für Blutarme, Schwächliche und Kranke. Vielfach ärztlich empfohlen.
20 Flaschen frei Haus für 3 Mk.
Brauerei **Bavaria, Berlin NO., Waßmannstr. 28.**
Tel. A. 7, 2700. Kein Flaschenpfand.

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustr. Hauptkatal. über

Fahrräder

u. Fahrradartikel u. Sie werd. sich überzeug., dass ich b. bester Qualität, unt. 1jähr. Garant., am billigst. bin. — Wiederverk. ges.
Deutsche Fahrrad-Industrie, Richard Driessen, Hannover, Brüderstr. 4.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Harn- u. Blasenleiden. Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [3444L*
R. Wagner, Wallstraße 23. 9-2,5-9, St. 9-2

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend billig. 3842L*
Teilzahlung gestattet.
Neue Königstrasse 59.

Nach langem, schwerem Leiden starb am 6. März, nachmittags 2 Uhr, im 42. Lebensjahre mein innig geliebter Mann, der Schlosser **Emil Otto.**

Die Beerdigung findet am 9. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der Heiligen Kreuz-Kirche in Mariendorf statt. 2779b

Die tiefbetrübte Witwe Rosa Otto geb. Lemke.

Am Montag, den 5. März, 3 Uhr, starb nach langem, qualvollen Leiden mein lieber Mann, unser guter Bruder u. Schwager, der Zinkgießer

Carl Noack

im 42. Lebensjahre. 2768b

Die Beerdigung findet am 8. März, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Britz statt.
Emma Noack geb. **Strüwe.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Zinkgiesser und Stürzer

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 6. März, verstarb unser Kollege, der Zinkgießer

Carl Noack

an der Proletarierkrankheit.

Der Verstorbene war ein thätiges Mitglied des Vereins und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof von der Leichenhalle daselbst aus statt und erwartet zahlreiches Erscheinen
2772b] **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Fräsers **Heinrich Wegner,** sagen wir hiermit allen Bekannten und Verwandten, insbesondere den Kollegen der Firma R. Körner unsern innigsten Dank. 2766b
Luise Wegner und Sohn.
Charlottenburg, Gutenbergstraße 9.

Louisenstädt. Konzerthaus,

Alte Jakobstraße 37.

Sonnabend, d. 7. u. 28. April, sowie Sonntag, d. 29. April, habe noch zu vergeben. **E. Lange.** [2774b

G. Jannaschks (früh. Paster)

Gesellschafts-Säle, Inselstr. 10.

empfiehlt Saal und Vereinszimmer zu öffentl. wie Vereinsversammlungen und Festlichkeiten; auch sind **Sonnabende** zu vergeben. Jeden Sonntag: Gesellschaftsabend u. Tanz. [3772L*

Mittagstisch! Suppe, Gemüse, Braten u. Kompott, inkl. Bier **30 Pf.** **Köpnickerstr. 55a.**

Nebenverdienst.

Hohe Provisionen gewährt alte deutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft achtbaren Herren jeden Standes für den Nachweis bezw. Abschluß von Feuerversicherungen. Gefl. Offerten sub **E. 3** Exped. d. Bl. [2698b

Sichere Heilung.

Durch mein kombiniertes Heilverfahren heile ich Krankheiten, wie **Rheumatismus, Gicht, Asthma, Nervenleiden, Männer- und Frauenleiden.** 2707b
Sunne, Naturheilkund., nicht approb. **Grüner Weg 13,** Sprechst. 9—8.

Laabs

Elsasserstr. 30.

Behandl. aller **Haut-, Harn- und Blasenleiden** ohne schädliche Mittel u. Gifte.
Sprechst.: 9—2, 6—9.
Freitag und Sonntag nur 9—2.
Verbands-Karten Ermäßigung.

Schultze,

Wasserthor-Str. 1/2.

Behandlung aller Haut-, Blasen- und Harnleiden ohne Berufsstörung. 3575L*

Sprechstunden 9—2, 5—9.

Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz.

Heilung

aller **Haut-, Harn-, Blasenleiden** ohne Berufsstörung. **31jährige Erfahrung.** 81/4*

Harder sen., Elsasser-Strasse 20.
Sprechst. 9—1 u. 5—8½, Sonnt. 9—2. Auswärts brieflich mit größt. Erfolg.

Falbe,

44. Elsasserstr. 44.

Behandlung aller **Haut- u. Harnleiden** ohne Berufsstörung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9—3. Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz. 3454L*

Kunststopferei

von 3728L*

Frau Kokosky,
Steinmetzstr. 48, Quergeb. hochpart.

Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlächter, Konditoren, Friseure.
En gros — Detail. 3572L*

D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 8. März.

Opernhaus. Aida. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Kollege Crampton. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Papa Lebonnard. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Harold. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Nackte Kunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Fröschweiler. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Bärenhäuter. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Geschwister Fiedig. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Puppe. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Von Stufe zu Stufe. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Reise nach Amerika. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Onkel Cohn. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7½ Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv".
Im Hörsaal: Dr. Spies: „Dynamomaschinen und Motore".

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Fröschweiler.
Schauspiel in 4 Akten von H. v. Wentzel und Ferdinand Runkel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Macbeth.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Macbeth.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.

Abends 7½ Uhr:

Die Puppe.
(La Poupée).

Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Sturgeß. Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
Sonntagnachmittag 4 Uhr zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.** Von C. Millöcker.

Belle-Alliance-Theater.
Gastspiel Emil Richard.

Novität!

Die Reise nach Amerika
Volksstück mit Gesang in 5 Akten v. A. Philipp.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.

Der jüngste Lieutenant.
Posse mit Gesang in 3 Akten v. Jacobsohn. Musik v. Lehnhardt.
Jeden **Sonntag, Dienstag** und **Donnerstag** nach der Vorstellung:

Tanzkränzchen.

Apollo-Theater.
Im Reiche des Indra
und
8 erstklassige Specialitäten.
Beginn der Vorstellung 7½ Uhr.
Vorverkauf von **10–2** Uhr im Theater sowie beim „Invalidendank" und „Künstlerdank".

Metropol-Theater.
Täglich um 9 Uhr 30:

Verkehrte Welt!
mit der hochoriginellen
Weiber-Parade.
Vorher: Das große März-Specialitäten-Programm:
The 8 Diamants, Deltorelli Trio, Fred Gillet, Sandor Trio, Georg Kaiser, The Daytons, Mary Wolf 2c. 2c.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonntagen 7½ Uhr.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv".
Hörsaal:
Dr. Spies: Dynamomaschinen und Motore.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5–10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Neu! Neu! Neu!

Ein Riese
der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayrische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Passage-Panopticum.
Geöffnet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Täglich:
✻ Theater variété. ✻
Auftreten des
indischen Fakirs
Kalakutta
— und des Zauberkünstlers —
Mr. Jérôme.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger**

Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Täglich: **Riesenlacherfolg!**
Im Himmelhof.
Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Palast-Theater
früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Das in Berlin einzig dastehende
Riesen-März-Programm!
Tosender Beifall! Endloser Jubel! ertönt allabendlich bei dem Auftreten des durchweg neu engagierten
☞ **Specialitäten-Personals.**
Ueberzeugung macht wahr!!!
100 M. erhält jeder Besucher, der ein gleiches Programm nachweist.
Um 8½ Uhr: Wieder-Auftreten des Direktors **Wilhelm Fröbel** in der unverwüstlichen Gesangsburleske
Der selige Zwiebelmann.
Hauptrollen: Dir. Winkler u. Fröbel. Anfang 7½ Uhr. Konzert 6½ Uhr. Vorverkauf 11–1 Uhr.
Freitag, den 9. und Sonnabend, den 10. März wegen Vereinsfestlichkeit geschlossen!

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstraße 132.
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang in 5 Bildern von H. Müller.
☞ Anfang 8 Uhr. ☜
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendnachmittag: **Kinder-Vorstellung: Das Märchen vom falschen Prinzen.**
In Vorbereitung:
Der Minenkönig von Transvaal.
Großes aktuelles Zeitgemälde in zwölf Bildern von E. Ritterfeldt.
Vorkommende Personen: **Ohm Krüger, General Joubert, General Cronje, General Lucas Meyer.**

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Heute Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Präsident Krüger
(neu bearbeitet).
Stürmischer Beifall!
Die Sangesbrüder.
Nach der Soiree:
Tanzkränzchen.
Freitag und Sonnabend:
Keine Soiree.

Cirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 8. März, abends präc. 7½ Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
Neu! ☞ U. a.: ☞ Neu!
? The two Martinecks ?
Neu! Neu!
Der phänomenale Reitkünstler
Mister Wilkes Loyd,
der Beste der Gegenwart.
Direktor **Albert Schumanns** anerkannt unerreicht dastehende Original-Dressuren.
Zum Schluß zum 34. Male:
Dr. Faust.
Eine romantisch-phantastische Handlung in drei Abteilungen vom Hofballettmeister **A. Sioma.**

Cirkus Busch.
☞ Nur noch kurze Zeit! ☜
Heute Donnerstag, den 8. März, abends 7½ Uhr: **Gala-Sport-Abend.** Zu dieser Vorst. werden ca. 90 Schul- u. Freiheitspf. vorgef. werden. Außerdem: Auftr. d. Grigory-Truppe. Elite-Akrobaten u. Sign. Ricardo mit s. dress. Meute. Der Esel a. Schmetterlingsfäng. Zum 119. Male: **Die Camorra.**

Gelegenheits-käufe!
Paletots, Herren- u. Knaben-Anzüge, Leder- und Arbeits-Hosen, Gardinen, Portieren, Teppiche, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Reißzeuge, Teschings, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulateure, Uhren, Ketten, Ringe, Goldsachen usw.
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Berlin, 3866Q*
131 Oranien-Straße 131.

Max Kliems Fest-Säle,
Hasenheide 13, 14, 15.
Im neuen Festsaal. Eingang Hasenheide 13, **jeden Sonntag: Gr. Instrumental-Konzert.** Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf., Vorverkauf 25 Pf. — Nach dem Konzert **Tanzkränzchen!** — In den Nr. 14 und 15 belegenen Sälen jeden Sonntag: **Grosser Ball!** Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. — Empfehle meine gesamten Säle Vereinen und Gesellschaften zu Versammlungen und Festlichkeiten. — Die Osterfeiertage sind noch zu Matinees zu vergeben. [34492*] **Max Kliem.**

van Houtens Cacao
½ Kilo genügt für 100 Tassen

Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

Schmöckwitz, Gasthaus zur Palme, 3812Q*
Inh.: Hermann Peter, (vorm. **Kurras**). **Tel.: Amt Grünau No. 39**
Empfehle mein altbekanntes, herrlich an Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Gute Küche u. bestgepflegte Biere u. andere Getränke zu solid. Preisen.

Goldwaren-Industrie Belmonte & Cie, Königstrasse 46,
liefern zur **Einsegnung die passendsten Geschenke** in **Goldwaren** und **Uhren.**

Reelle 3jährige schriftliche Garantie für guten Gang.

Silberne Herren-Uhren v. 9 Mk. bis 30 Mk. Gold Damen-Uhren v 16 M. bis 300.

Die Betriebs- und Verkaufsräume (bis 9 Uhr abends offen) sind bequem von allen Stadtteilen zu erreichen. Sie liegen schrägüber vom Rathaus und 2 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz entfernt. Am Abend zeigt ein weithin sichtbares Lichtmeer von vielen hundert elektrischen Flammen die imposante Front und gewährt einen bequemen Ueberblick über die circa 30 Meter lange Ausstellung von:

Juwelen ✱ Goldenen Ringen ✱ Ketten ✱ Einsegnungsschmuck ✱ Taschenuhren ✱ Stand- und Wanduhren ✱ Silbernen und Alfenide-Schmuck- und Tafelgeräten,

sowie sämtlichen in die **Gold-, Silber-** und **Uhren-Branche** fallenden Artikeln.

Niemand sollte verabsäumen, sich bei Bedarf durch Besichtigung unserer Auslagen zu informieren, denn es bietet dieses Etablissement, wohl das grösste dieser Art auf dem Kontinent, so viel Neues und Sehenswertes, dass ein jeder Käufer das Passende findet.

☞ **Die Preise sind billig und fest,** und wird Nichtkonvenierendes bereitwilligst umgetauscht. ☜

In der sich den Verkaufsräumen unmittelbar anschliessenden, durch riesige Glaswände getrennten Fabrik sieht man das Arbeiten der durch zwei elektrische Kraftmotoren betriebenen Maschinen neuester Konstruktion, welche zur Herstellung von Goldschmuckwaren dienen. Für den Einzelverkauf sind die Eingänge A und B reserviert.

Komplette Garnituren (Armband, Broche, Ohrringe) in Gold von 25 M. an, in Goldplated Ia v. 7-12 M.

Goldwaren-Industrie Belmonte & Cie, Königstrasse 46.

Fabrik mit elektrischem Kraftbetrieb.
En gros. Export. Versand nach allen Ländern.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 2 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration im SO. krankheitshalber billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Witt Brosig, Stalitzerstraße 105 im Keller. †107*

Gutgehendes Material-, Obst- und Gemüsegeschäft krankheitshalber sofort zu verkaufen. Auskunft erteilt J. Neul, Barnimstraße 42. †152*

Grünkramgeschäft, viel Kohlenumsatz, Miete 45 Mark, sofort verkäuflich Graudenzerstraße 6. †118*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †119*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig Zossenerstraße 38, vorn II. rechts. 52K*

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I, Ecke Königsbergerstraße. 2878*

Möbelfabrik, Oranienstraße 2a. Muschelspinde 27, Spiegelspinde 24, Küchenspinde, Ruhebetten, Rohrlehnstühle 5, Kleiderspinde, Wäschespinde, Auszugtische 15, Säulentrumeau, Muschelbetten, Marmortoiletten 27, Plüschgarnituren 95, Paneelsofa 75. Vollständige Einrichtungen allerbilligst. Eventuell Teilzahlung unter solidesten Bedingungen. 768*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9–12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Nähmaschinen, umzugshalber, große, kleine Ringschiff 25, Wheeler-Wilson 20, Singermaschinen 15 Mark. Fritze, Rügenerstraße 25. 81/10*

Stoffe und Reste aus dem Brande eines Warenhauses für Damenkleider, Röcke, Herrenpaletots, Herrenhosen, Knabenjacken 2c. Nur prima Qualität, so lange der Vorrat reicht, spottbillig. Bärwaldstraße 53, parterre links. [9/4*

Betten, Steppdecken spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. [7/18*

Remontoiruhren, Regulatoren spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6.

Teppiche. Gardinen spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. *

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabriklager Große Frankfurterstraße 9, parterre. †119*

Fahrrad verkauft Graß, Rückertstraße 12, Charlottenburg. [187*

Fahrräder, zu kolossal billigen Preisen, auch Teilzahlung. Fabrik Oranienstraße 33. 59K*

Nähmaschinen. Alle Sorten, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Postkarte. Fechner, Hussitenstr. 26. [†36*

Nähmaschinen, beste Ringschiff, Adler-Schnellnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie, sofortige Lieferung Landsberger, Landsbergerstraße 35. [2733b

Nähmaschinen, sofort, sämtliche Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich eine Mark, fünfjährige Garantie, Postkarte. Fritze, Rügenerstraße 25, Nähmaschinengeschäft. 81/11*

Uhren, Goldwaren. Teilzahlung. Bestellungen brieflich. Louis Vogdt, Auguststraße 62. [26756

Kanarienhähne, edle Zuchtweibchen verkauft Billwock, Cuvrystraße 20, vorn II. [26626

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Großer Möbelverkauf. Oranienstraße 73, zwischen Moritzplatz und Alexandrinenstraße. Verkauf Hof in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude. Großartige Möbel-Ausstellung. Besichtigung ohne jeden Kaufzwang. Meinen Kunden biete ich große Vorteile durch Ersparnis der Ladenmiete. Einkauf gegen Bar. Selbstanfertigung der Polstermöbel als Innungsmeister. Coulante Zahlungs-Bedingungen zu auf Jahre hinaus verteilten Raten. Beamten bei kleiner Anzahlung. Ich liefere schon gediegene moderne Einrichtungen für 150, 200, 300, 400, hochelegante von 500 bis 10 000 Mark. Musterbuch gratis. Brautleute, welche reell und billig kaufen wollen, können sich vertrauensvoll an meine seit zehn Jahren bestehende Firma wenden. Viele Anerkennungsschreiben von hier und außerhalb. Nußbaum und Mahagoni-Kleiderspinden, Vertikows 36, Bettstelle mit Matratze, Keilkissen 20, französische Muschel-Bettstelle mit Sprungfedermatratze, Keilkissen 45, Trumeau 45, Küchenspind 20, Kommode 18, Spiegel 8, Divan mit Sitzauszug 30, Stühle 3, Salongarnituren 75, Plüschgarnituren 105. Viele Garnituren neuester Façons billig. Paneelsofa mit Satteltasche und Plüscheinfassung 80, geschnitztes Büffett 110, engl. Schlafzimmer, hell, Nußbaum, mit Mahagoni, echte Salons und Speisezimmer äußerst billig. Schreibtische 45 Mark. Bücherspinden, Luxusmöbel. Verliehen gewesene Möbel aller Gattungen jetzt zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt und durch eigene Gespanne in die Wohnung geliefert. 88*

Brotstelle! Wegen Grundstück-Uebernahme gutgehendes Material-, Gemüsegeschäft sofort billig zu verkaufen Graunstraße 43, Laden. 2770b

Vermischte Anzeigen.

Volks-Akademie. Illustrierte Monatsschrift fürs arbeitende Volk. Monatsheft 25 Pfennig. Heft 1 soeben erschienen. Für jeden Arbeiter hochinteressant. Parteigenossen zum Vertrieb für Berlin und allen Orten Deutschlands gesucht. Adresse: Litterarisches Bureau Nürnberg. [91K*

Technikum Berlin, Holzmarktstraße 70, Alexanderstraße 20a. Elektrotechniker-Abendkursus, staatliche Techniker-Prüfung. Beginn 1. April. Honorar 15 Mark monatlich, Dauer 18 Monate. Prospekte gratis. [822*

Elektrotechnik Jackson Alte Jakobstraße 24. Neuer Abendkursus 19. III. Lehrer: Herr Direktor Giller. [2752b

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm und andre wissenschaftliche Bücher kauft und beleiht Antiquariat Kochstraße 56 I. 868*

Augustabad. Köpnickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 778*

Königliche Pfandscheine bis Taxe, Privat-Pfandscheine, Bücher aller Wissenschaften, Hilz, Romane sowie jeden brauchbar. Gegenstand, Pianinos beleiht, kauft höher wie Konkurrenz, Leihhaus, Rosenthalerstraße 11/12. *

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Pfandscheine kauft Pfandleihe Prinzenstraße 63. 908*

Uhren repariert Wilhelm Flabe Uhrmacher, Bathaserstraße 45. [†145*

Vereinszimmer empfiehlt Vier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vereinszimmer Simeonstraße 25 Flik. 64K*

Perfekte Schneiderin wünscht im und außerm Hause Beschäftigung. Werner, Beusselstraße 66, IV rechts.

Buchbinderei kauft oder pachtet „W. G.", Postamt 19. 2786b

12 Vereine finden schöne neu renovierte Vereinszimmer in Wernaus Restaurant, Schwedterstraße 23/24. Saal und Garten zu Sommerfestlichkeiten, 500–1500 Personen fassend, zu vergeben. †123*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Gürtler auf chirurgische Instrumente verlangen Louis & H. Loewenstein, Große Hamburgerstraße 3. [81/15

Tüchtige Barockvergolder bei dauernder Beschäftigung verlangt Goldleistenfabrik Alexandrinenstr. 25.

Versilberer auf Leisten verlangt Schulz, Rixdorf, Berlinerstraße 89.

Tüchtige Barockvergolderinnen verlangt Deutsch u. Lachmann, Büschingstraße 4. 2771b

Mäntelnäherin, durchaus geübt, 15 Mark Wochenlohn, verlangt Neanderstraße 1. 2737b

Mädchenjacken Arbeiterinnen verlangt Lambrecht, Schliemannstraße 28.

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Ein mit der Ausführung **elektrischer Licht- und Kraftanlagen** durchaus vertrauter und erfahrener 3850Q*

Monteur
findet für außerhalb unter **günstigen Bedingungen** sogleich dauernde Stellung.
Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften unter A. B. 1872 Berlin Amt VII Dorotheenstraße, postlagernd erbeten.

Herrenschneider
für Mäntel, Saccos, Hosen u. Westen gesucht. **Gottschalk Söhne,** Kurstr. 15.

Tischlergesellen
für **Bautischlerei** finden von sofort dauernde Beschäftig.; für verheiratete ist Wohnung vorhanden. 3872Q*
E. u. C. Körner, Bütow, Bez. Köslin.

Maschinennäher
für wasserdichte Segeltuche und Leute z. **Auflegen v. Zeltdächern** w. verl. **Oscar Eckert,** Stralauer Brücke 3.

Achtung, Kistenmacher!
In der Kistenfabrik von Wiesenthal, Friedrichsberg, sind sämtliche Kollegen ausgesperrt. 94/7
Zuzug fernzuhalten.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Lütgenau als Kläger.

Der Dr. Lütgenau stand am Dienstag vor dem Forum der Oeffentlichkeit. Formell verhandelte das Schöffengericht Dortmund auf eine Klage Lütgenaus gegen den Parteigenossen Bredenbeck, Redacteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung". Bredenbeck, der als Delegierter auf dem Hannoverschen Parteitag gewesen, berichtete in einer Parteiversammlung über die Verhandlungen des Parteitags und, da dies die Parteigenossen des Ruhrreviers besonders interessieren mußte, ausführlich über die Angelegenheit Lütgenau. Bredenbeck, der mit zu den Parteigenossen des Ruhrreviers gehörte, die bis zuletzt auf Lütgenaus Seite gestanden hatten, hatte durch die Verhandlung der Rennerkommission des Hannoverschen Parteitags die Ueberzeugung von der Schuld Lütgenaus gewonnen und dieser Ueberzeugung gab er in seiner Berichterstattung pflichtgemäß Ausdruck. Da ihm aber nicht daran lag, mehr zu sagen als wie notwendig war, um die dortigen Parteigenossen zur Zustimmung zu der Parteitagserklärung zu bewegen, so ging er auf die Einzelheiten nicht ein, sondern sagte nur, Lütgenau wäre ein ruinierter Mann, er würde in den Kot sinken, wenn seine Verfehlungen aufgedeckt würden.

Dies gab Herrn Lütgenau Anlaß zu seiner Klage. Das Urteil des Gerichts ist noch nicht gesprochen, es wird erst am 13. März verkündet werden. Es ist aber auch gleichgiltig. Ob Bredenbeck vom Schöffengericht freigesprochen oder wegen formaler Beleidigung verurteilt wird, ist für das Urteil der Oeffentlichkeit über die Persönlichkeit des Dr. Lütgenau gänzlich belanglos.

Der Prozeß nahm allerdings einen merkwürdigen Verlauf. Dr. Lütgenau wollte doch ohne Zweifel durch die Klage gegen Bredenbeck erreichen, daß die Tadellosigkeit seines Charakters unantastbar sei. Bredenbeck hatte Zeugen aufgeboten, die die Richtigkeit seines über Lütgenau ausgesprochenen Urteils beweisen, die aus eigner Wissenschaft über ehrenrührige Handlungen Lütgenaus berichten konnten. Diese Zeugen wurden nicht vernommen. Statt dessen wurden eine ganze Anzahl Zeugen vernommen, die erst aus zweiter Hand von den ehrenrührigen Handlungen Lütgenaus wußten und auf deren Mitteilungen Bredenbeck sein Urteil über L. mit stützte. Die ganze Verhandlung lief darauf hinaus, ob Bredenbeck im guten Glauben das über Lütgenau geäußert habe, was er geäußert hatte.

Ebenso merkwürdig, wie dieser Verlauf der Verhandlung, ist aber auch die Klage gegen Bredenbeck überhaupt. Die vernommenen Zeugen haben das, was sie Bredenbeck mitgeteilt haben, dem Dr. L. im einzelnen vorgeworfen. Diese Leute aber hat Lütgenau nicht verklagt, er verklagte nur den, der auf Grund dieser Vorwürfe eine Meinung über ihn äußerte.

So sagt der Zeuge Genosse Hue, Redacteur der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" unter Eid aus:

„In einer Preßkommissions-Sitzung, der er beigewohnt habe, weil er eine Beschwerde gegen Dr. L. zu vertreten hatte, sei es zu erregten Scenen gekommen. Er habe Dr. L. direkt einen Fälscher genannt und gesagt, Sie sind der Rechte, der die schmutzigen Geldgeschäfte in Sachsen gemacht, die Arbeitergroschen unterschlagen, auch in dem Prozesse Hofrichter den Schröderfonds betrogen und Geld unterschlagen hat. Er habe hinzugefügt: „Sie sind ein unmoralischer, verlumpter Mensch! Ein verbummelter Student!" Dr. L. habe keine Klage gegen ihn angestrengt."

Reichstags-Abgeordneter Meister-Hannover sagt gleichfalls eidlich aus:

Er kenne die Vergehungen L.s genau, was in seiner Eigenschaft als Controleur selbstredend sei. Wenn ihm einmal nur der zehnte Teil soviel vorgeworfen, wenn er dermaßen beschuldigt würde, wie es Dr. L. in Gotha über sich ergehen lassen mußte, dann würde er sich schämen; nicht einen Augenblick länger blieb er am Platz. Das Ehrenrührigste, was man einem Menschen nachsagen könne, sei dem Dr. L. vorgeworfen worden, er verteidigte sich kaum. Es ist ihm vorgeworfen worden: Pflichtvergessenheit! Während die Genossen der Orte, in denen er reden sollte, ihn erwarteten, saß er in Leipzig in Mamsellkneipen!!! Vorgeworfen ist ihm weiter worden: Betrug, lügnerisches Verhalten, Schwindel, Unwahrheit, doppelte Empfangnahme von Parteigeldern! Gegen alles dies habe L. nicht einen einzigen ernsten Versuch gemacht, sich zu rechtfertigen. Der Kontrollausschuß habe es der Partei gegenüber nicht mehr verantworten können und habe auf Kündigung L.'s gedrungen.

Genosse Gerisch-Berlin, der gleichfalls vernommen wurde, macht Mitteilung davon, daß L. in dem Prozesse Hofrichter und zur Betreibung des Wiederaufnahmeverfahrens im Schröderprozesse 68 M. erhalten, das Geld aber für sich verbraucht habe. Lütgenau behauptete zwar, daß er es einem Gerichtsvollzieher gegeben habe, konnte aber damals schon weder Namen noch Wohnort desselben angegeben. Lütgenau habe denn die 68 M. zurückgezahlt, zunächst aber mußte der Kassierer des Schröder-Fonds, Genosse Wunderlich, das Geld noch einmal bezahlen. Ebenso teilt Gerisch mit, daß L. in Sachsen auf einer Agitationstour Geld bekommen habe, vom Dortmunder Geschäft aber unter der Behauptung, daß er nichts bekommen, gleichfalls Geld gefordert.

Gegenüber all' diesen erdrückenden Bekundungen spielte Herr L. eine klägliche Rolle. Er erörterte die Formalien des Ausschlußverfahrens auf Grund des Parteistatuts, führte aus, daß der Parteitag nach diesem Statut gar kein Recht habe, einen Parteigenossen auszuschließen usw. Auf den hannöverschen Parteitag zu gehen, um sich dort zu verteidigen, habe er gar kein Interesse gehabt. Im Gegenteil! **Dort sei eine Komödie aufgeführt worden, die mitzuspielen er sich nicht herabwürdigen wollte. Er hätte durch sein Erscheinen die Komödie zu einer ernsten Handlung gemacht!**

Das richtet sich von selbst! Die höchste Instanz der Partei, die Lütgenau aus eigner freier Entschließung anrufen, verhandelte über seine Ehre; die Entscheidung dieser Instanz ist auch, wie Lütgenau sehr wohl weiß, über die Kreise der Partei hinaus von Bedeutung, und da tritt Lütgenau in der Oeffentlichkeit auf und sagt, er sei nicht hingegangen, weil diese Verhandlung um seine Ehre eine Komödie gewesen sei. — Jedes weitere Wort zur Sache ist danach überflüssig.

Antisemitisch oder nicht antisemitisch?

Als Herr Bäckermeister Wolf im November bei der Bürgerpartei die Rolle eines Stadtverordneten-Kandidaten für den 44. Kommunal-Wahlbezirk übernommen hatte, wurde er von der freisinnigen Presse als Antisemit registriert. Einem Bürgerparteiler gilt die Bezeichnung „Antisemit" gewöhnlich als eine Ehre, aber Herr W. schien andrer Ansicht zu sein. Nachdem er durchgefallen war, ließ er durch eine hiesige Zeitung verkünden, er sei kein Antisemit. Im freisinnigen Lager war man davon überrascht, im bürgerparteilichen — wenigstens zunächst — unangenehm berührt. Hatte sich die Bürgerpartei in W. verrechnet? Hatte W. die Bürgerpartei getäuscht?

Da kam die Nachwahl im Februar, und — siehe da: die Bürgerpartei stellte ihren Wolf zum zweitenmal auf, und Wolf nahm zum zweitenmal an. Wie war das möglich?! Dann war Wolf am Ende doch Antisemit? Oder war die Bürgerpartei mit einem Mal nicht mehr antisemitisch?

Dieses scheinbar widerspruchsvolle Verhalten der Bürgerpartei und ihres Kandidaten wird verständlich, wenn man beide bei ihrer Agitation beobachtet. Bei Wolf beruht die Sache auf Naivetät, bei den Bürgerparteilern aber auf Berechnung.

Wolf ist thatsächlich Antisemit, aber als Stadtverordneten-Kandidat spricht er nicht gern davon. In dem ganzen Wahlkampf hat er sich zu der Frage, wie er über den Antisemitismus denkt, nur selten und mit sichtlichem Widerstreben geäußert. Im Herzen, so gestand er einmal mit deutlicher Beziehung auf sich selber, sind die kleinen Gewerbetreibenden antisemitisch, aber sie dürfen das nicht so offen aussprechen, wenn sie sich nicht in ihrem Geschäft schädigen wollen. Nun wollen wir Herrn W. aus dieser Scheu, sich frei und unumwunden als Antisemit zu bekennen, an sich keinen Vorwurf machen. Wir wissen, daß viele Tausende sich gegenüber ihren „Brotgebern", christlichen wie jüdischen, in derselben Lage befinden, wenn sie ihre socialdemokratische Gesinnung bethätigen wollen. Wie viele Arbeiter, Angestellte, kleine Gewerbetreibende usw. und selbst Beamte möchten, wie sie es bei den Reichstagswahlen thun, so auch bei den Stadtverordneten-Wahlen socialdemokratisch wählen, aber sie glauben es hier wegen der Oeffentlichkeit der Stimmabgabe nicht wagen zu dürfen. Indes Herr W. bewirbt sich ja um ein Stadtverordneten-Mandat! Da darf er seine Gesinnung nicht verstecken und verleugnen. Antisemit sein, aber nicht gern davon sprechen, das giebt es da nicht. Da heißt es: Heraus mit der Sprache, damit die Wähler wissen, was sie von ihm zu halten haben! Muß man schon von jedem Wähler fordern, daß er auch bei öffentlicher Stimmenabgabe seine Ueberzeugung, wenn irgend möglich, furchtlos zum Ausdruck bringt, so ist es bei einem Wahlkandidaten geradezu undenkbar, daß er sich um ein offenes Bekenntnis seiner Gesinnung herumdrücken darf. Daß Wolf das dennoch für denkbar und zulässig hält, daß kann man sich, wie gesagt, nur aus seiner außerordentlichen Naivetät erklären.

Die Bürgerpartei hat Herrn Wolf jene den Antisemitismus verleugnende Erklärung vom November längst verziehen; im Stillen wird sie ihm vielleicht sogar nachträglich dankbar dafür sein. Gerade so kann sie ihn besonders gut brauchen; denn gerade so paßt er vortrefflich zu der Taktik, die die Bürgerpartei bei den letzten Stadtverordneten-Wahlen befolgt hat. Sie möchte selber nach außenhin nicht mehr gern als antisemitisch gelten, nachdem sie gesehen hat, daß mit dem Antisemitismus in Berlin keine Geschäfte zu machen sind. Sie nennt sich jetzt „parteilose Bürgervereinigung", weil sie hofft, so auch die Nicht-Antisemiten unter den kleineren Gewerbetreibenden für ihre „Mittelstandspolitik" gewinnen zu können. Dementsprechend muß ihr ein Bäckermeister Wolf, der sich — dem äußeren Eindruck nach — schämt, Antisemit zu sein und sich öffentlich dagegen wehrt, Antisemit zu heißen, als durchaus geeignet erscheinen, den „Zug von links nach rechts" zu fördern, den die Bürgerpartei mit Hilfe der Ueberläufer aus nichtantisemitischen Lagern zu stande bringen möchte. Der Ausfall der Wahl am 14. Februar hat ja thatsächlich denen recht gegeben, die an W.s Kandidatur festhalten zu müssen geglaubt hatten. W. hat sogar noch ein paar Stimmen mehr als im November bekommen. Für die Stichwahl am 9. März erwartet die Bürgerpartei erst recht, daß die Unklarheit, die über ihren Kandidaten und über sie selber in manchen Kreisen der Wählerschaft herrscht, sich als für sie vorteilhaft erweist. Die konservativ-antisemitischen Anhänger der Bürgerpartei wissen ganz genau, was sie von jener Erklärung des angeblich nicht-antisemitischen Wolf zu halten haben. Er ist und bleibt ihnen ein Antisemit, wie sie selber es sind und bleiben. Aber manchem Nicht-Bürgerparteiler gilt Wolf seit dem November als Nicht-Antisemit, also als ein weißer Rabe unter den Bürgerparteilern, dem man schon mal seine Stimme geben könne, selbst wenn man im übrigen die „Mittelstandspolitik" dieser Leute nicht mitmachen will.

Unsere Genossen werden gegenüber dem Mischmasch, den die Bürgerpartei für ihren Kandidaten zusammenzubringen hofft, einen schweren Stand haben. Man sagt, daß gerade in Moabit solche Manöver viel Aussicht auf Erfolg haben und die Vorgänge, die im November im 45. Bezirk zum Siege des Bürgerparteilers Ulrich geführt haben, scheinen das zu bestätigen. Möge der 9. März die Hoffnungen aller Rückwärtler zu Schanden machen und dem Arbeiterkandidaten **Glocke** zum Siege verhelfen!

Kommunales.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am heutigen Donnerstag stehen u. a. folgende Punkte:

Berichterstattung über die Petition eines Straßenreinigungs-Arbeiters, betr. seinen Ausschluß von der Betriebs-Krankenkasse der städtischen Straßenreinigung. — Berichterstattung des Etatsausschusses über die nachstehend bezeichneten Etats für das Etatsjahr 1900, und zwar: Grundstücke in der Stadt — Ländliche Grundstücke in und außerhalb, sowie Mietsgrundstücke außerhalb der Stadt und Kalksteinbruch zu Rüdersdorf — Berechtigungen — Taubstummenschule — Blindenanstalt nebst Betrieb der Beschäftigungsanstalt — Fortbildungs-Unterrichtswesen — Gewerbliches Unterrichtswesen — Krankenhaus im Friedrichshain — Krankenhaus Moabit — Krankenhaus am Urban — Krankenhaus Gitschinerstraße — Irren- und Idiotenanstalt in Dalldorf — Irrenanstalt Herzberge bei Lichtenberg — Anstalt für Epileptische „Wuhlgarten" bei Biesdorf — Bade-Anstalten — Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße — Arbeitshaus in Rummelsburg — Städtisches Obdach, Desinfektionsanstalten II und Hilfsstation für Geschlechtskranke — Heimstätten für Genesende und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege — Park- und Gartenverwaltung — Polizeikosten im allgemeinen (Ortspolizei) und Feuerlöschwesen — Armenwesen — Friedrich Wilhelm-Hospital und Siechenanstalten — Waisenpflege im engern Sinne, sowie Fürsorge für eingesegnete Waisen — Unterbringung verwahrloster Kinder — Viehmarkt Schlachthof — Fleischschau auf dem Schlachthof — die Errichtung eines städtischen Amts zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie Gebrauchsgegenständen — die Löhne und die Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter — die speciellen Projekte und Kostenüberschläge zum Bau zweier Druckrohrleitungen nach den städtischen Rieselfeldern — die Auswahl der im Rechnungsjahr 1900 neu- und umzupflasternden Straßen und Plätze — die Nachweisung der Flammen für die öffentliche Beleuchtung, der Gasproduktion und des Gasverbrauchs für das Vierteljahr Oktober-Dezember 1899 — die Errichtung eines Feuerwehr-Denkmals auf dem Hof der Haupt-Feuerwache — der Erlaß eines Ortsstatuts, betreffend die Anstellung der Kommunalbeamten und den Erwerb des zur Freilegung der Grünthalerstraße erforderlichen Eisenbahngeländes.

Reform des höheren Schulwesens in Berlin. Die Stadtverordneten Dinse und Genossen haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation über die Lage bezw. Neuregelung des höheren und mittleren Schulwesens in Berlin zu beraten, namentlich auch zunächst über die Einrichtung von Reform-Gymnasien, höheren Mädchenschulen sowie technischen Mittelschulen usw."

Lokales.

Achtung, 6. Wahlkreis.

Morgen Freitag findet im 44. Kommunal-Wahlbezirk die Stichwahl zwischen unserm Parteigenossen Theodor Glocke und dem bürgerlichen Bäckermeister Wolf statt. Es ist bekannt, welche ganz besondere Bedeutung diese Wahl hat, es ist bekannt, daß die Antisemiten nicht ohne Grund ihre Hoffnung auf die Selbstentmannung der mieterparteilichen und freisinnigen Wähler setzen. Die eigentümlichen Verhältnisse in diesem Wahlbezirk kennzeichnen sich in dem Zwang, der auf alle Wähler ausgeübt wird, die man für Wolf zu gewinnen trachtet, sie treten ferner darin hervor, daß der zur Rede und Gegenrede in öffentlicher Versammlung unfähige Herr Wolf in intensiver Hausagitation die Wähler zu beeinflussen sucht. Diese Agitation erfordert umfassende Maßnahmen von unsrer Seite. Sie erfordert zunächst, daß unsre Parteigenossen im Wahlbezirk selber mit vollem Eifer sich der Agitation widmen; vor allem wollen daher die Parteigenossen, welche als Geschäftsleute ꝛc. abkömmlich sind, sich Freitag früh 8 Uhr bei Pfarr, Putlitzstr. 10, dem Central-Wahlkomitee zur Verfügung stellen. Aber auch die Hilfe der nicht im Bezirk wohnenden Genossen ist notwendig, wenn das Mandat der Reaktion entrissen werden soll. Thue daher jede seine Pflicht. Das Central-Wahlkomitee befindet sich beim Genossen J. Pfarr, Putlitzstraße 10.

Das Wahlkomitee.

Die Wahlhandlung im 44. Kommunal-Wahlbezirk dauert morgen von 9 Uhr vormittags bis **8** Uhr abends und nicht, wie gestern irrtümlich gemeldet worden, bis 7 Uhr. Das Wahllokal ist der Artushof, Perlebergerstr. 26.

Die Parteigenossen des Wahlvereins im fünften Wahlkreise werden gebeten, in der heute abend stattfindenden Versammlung zahlreich zu erscheinen. Neben der Organisationsfrage wird auch Mitteilung über den Protest gegen die Zwicksche Wahl gemacht werden.

In treuer Anlehnung an den Geist, durch den der Socialdemokrat Dr. Arons von der Universität verbannt worden ist, hat die Behörde dieses Instituts gestern einen immerhin bemerkenswerten Entscheid getroffen. Sie hat nämlich zu dem Beschluß, die Akademische Lesehalle an Sonntagnachmittagen für jedermann offen zu halten, rundweg ihre Zustimmung verweigert. Gestern überreichten drei Mitglieder des Direktoriums dem Rektor die Eingabe, welche auf den bekannten Beschluß der Mitgliederversammlung hin abgefaßt worden war, und trugen ihm auch mündlich die Bitte um Genehmigung vor. Prof. Fuchs wies das Gesuch kurzerhand und, wie es heißt, mit ziemlich scharfen Worten ab.

Diese scharfen Worte mögen in unsern Tagen schon um deswillen wohlverdient gewesen sein, weil die Mehrheit der akademischen Lesehalle in ihrem Streben die Ungehörigkeit beging, sich durchaus von idealen Gesichtspunkten leiten zu lassen. So etwas riecht immer nach Umsturz, weil Idealismus heute fast nirgendwo anders als bei socialdemokratischen Arbeitern anzutreffen ist. Es muß übrigens erwähnt werden, daß den Universitätsrektor aus diesem Anlaß überraschend schnell und unter höchst peinlichen Umständen ein Stück Nemesis ereilt hat. Die „Staatsbürger-Zeitung" dekoriert den bis dahin der jüdischen Abstammung verdächtigten Professor Fuchs nämlich wegen seines ablehnenden Entscheides mit einem „Bravo".

Die Prüfung des Personals der Paketfahrt-Gesellschaft zur Uebernahme in den Reichspost- und Telegraphendienst wird von der kaiserlichen Ober-Postdirektion Berlin jetzt sehr beschleunigt, da bis zum 20. März über die Zukunft sämtlicher Bewerber Entscheidung getroffen sein soll. Täglich werden von dem damit betrauten Beamten etwa 60 bis 70 Unterbeamte geprüft. Die wissenschaftlichen Anforderungen an die Kandidaten sind so bescheidene, daß ihnen nur ganz vereinzelte Bewerber nicht genügen können. Dagegen genügt nur ein geringer Teil den Anforderungen, die an die körperliche Leistungsfähigkeit eines Beamten der Reichspost gestellt werden müssen. Diese Kandidaten geben meist gern und freiwillig der gesetzlichen Geldentschädigung den Vorzug. Von den etwa 1000 Unterbeamten der Privatgesellschaft wünschen etwas über 600 in den Reichsdienst übernommen zu werden. Dazu treten noch einige 70 Bedienstete der Paketfahrt, bei denen es noch nicht entschieden ist, ob sie als Beamte oder als Unterbeamte übernommen werden können. Von diesen 670—680 Beamten scheidet etwa ein Drittel wegen körperlicher Unzulänglichkeit und aus andren Gründen aus. Von den Verbleibenden dürfte etwa wieder ein Drittel von den Post-Vertrauensärzten als untauglich bezeichnet werden. Zieht man alle Abgänge in Betracht, so dürften nur etwa 200—300 Mann von der Paketfahrt in den Reichsdienst wirklich eintreten. Alle übrigen erhalten eine Entschädigung, zu deren Festsetzung jetzt von der Ober-Postdirektion durch mehrere Beamte die nötigen Erhebungen in den Bureaus der Gesellschaft angestellt werden. Die von der Postverwaltung zum 1. April übernommenen Beamten haben eine dreimonatliche Probezeit zu bestehen. Erweisen sie sich dann als nicht geeignet, so erhalten sie ebenfalls die gesetzliche Entschädigung.

Vergebliches Mühen. In der nächsten Zukunft soll Berlin wieder vier neue Kirchen erhalten. Die dafür ins Auge gefaßten Grundstücke stellen einen Wert von 1 Million Mark dar. Auch diese neuen Gotteshäuser werden kaum im stande sein, die Socialdemokratie in ihrem Siegesmarsche aufzuhalten.

Ein braver Christ, aber kein braver Soldat. Wegen Gehorsamsverweigerung infolge religiöser Skrupeln ist ein Soldat von einem westpreußischen Infanterie-Regiment zu vier Monaten Festung verurteilt worden, zu deren Abbüßung er ins Spandauer Festungsgefängnis eingeliefert wurde. Der Mann ist Mennonit und hat sich standhaft geweigert, mit der Waffe Dienst zu thun.

Fürchterlich zugerichtet hat sich gestern morgen um 7¼ Uhr der 39 Jahre alte Drechslermeister Albert v. Dluzewski, der auf dem Hofe des Grundstücks Anklamerstr. 28 eine zu ebener Erde belegene Werkstatt inne hat. v. Dluzewski war in der letzten Zeit sehr fleißig, um die zu seinem bevorstehenden Umzug erforderlichen Geldmittel zusammenzubringen. Gestern hatte er schon zu früher Morgenstunde die Werkstatt betreten und fleißig geschafft. Als ihm später die älteste Tochter das Frühstück in die Werkstatt bringen wollte, fand sie ihn in seinem Blute liegen. Auf das Geschrei des Kindes eilten die Mutter und Nachbarn hinzu. Der Meister hatte sich mit einem Drechslermesser den Bauch aufgeschlitzt, die Pulsadern aufgeschnitten und sich einen Stich in die Brust beigebracht. Man rief sofort den Dr. Berg von der Rettungswache III in der Kastanien-Allee, der den Schwerverwundeten mit einem Notverband versah und seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhause veranlaßte. D. hatte in der Werkstelle einen Zettel zurückgelassen, der die Worte enthielt: „Verzeih' mir, liebe Frau, ich bin unschuldig." Welche Bedeutung diese Worte haben, muß sich noch herausstellen.

Rätselhaft verschwunden ist seit Sonnabendnachmittag um 3 Uhr der 20 Jahre alte Student der Schiffbaukunst Eduard Stelting, der seit dem Herbst als Einjährig-Freiwilliger bei der 4. Compagnie des Regiments Königin Elisabeth auf Westend der Militärpflicht genügte und bei einer Witwe Schneider in der Sophie-Charlottenstr. 99 zu Charlottenburg wohnte. St. hatte bürgerliche Kleidung angelegt und war ohne irgend welche Andeutung über seine Absicht weggegangen. St. ist der Sohn eines Predigers und hat an seine auswärts wohnenden Eltern eine Nachricht gelangen lassen. Es wird vermutet, daß sich der junge Mann aus einer noch nicht bekannten Veranlassung das Leben nehmen werde oder schon genommen habe.

Tom Belling. In der Paulstraße zu Moabit ist am Montag der bekannteste Clown des alten Renzschen Cirkus, Herr Tom Belling, im 57. Lebensjahre an einem Lungenleiden gestorben. Er war durch seinen „dummen August" das populärste Mitglied der Renzschen Gesellschaft geworden.

Der bekannte Klavierfabrikant Kommerzienrat Karl Bechstein ist am 6. März hier gestorben. Bechstein hat ein Alter von 74 Jahren erreicht.

Die Rüdersdorferstraße von der Feuchtstraße bis zur Königsbergerstraße ist wegen Umpflasterung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Dieselbe Sperrung tritt vom 12. ab für die Schwedterstraße von der Schönhauser Allee bis zur Templinerstraße einschließlich des Kreuzdammes der Templiner- und der Christinenstraße ein. Ferner wird zur Asphaltierung die Stendalerstraße von der Havelberger- bis zur Rathenowerstraße vom 7. d. M. ab gesperrt.

Feuerbericht. Nach dem Hause Reichenbergerstraße 101, das seit einem Jahr mehrfach von böswilliger Brandstiftung heimgesucht wurde, ohne daß die Thäter ermittelt werden konnten, wurde die Wehr Mittwoch früh abermals gerufen. Es brannten einige Bodenverschläge, doch waren Spuren von Brandlegung diesmal nicht nachweisbar. Immerhin hat sich der Hausbewohner eine begreifliche Unruhe bemächtigt. Kurz vorher gingen Kurstraße 34 Stoffe und Regale in einem Geschäftslokal in Flammen auf. Ein Alarm nach Langestraße 7 war auf einen Brand zurückzuführen, der durch übergekochtes Fett entstanden war und noch im Entstehen gedämpft werden konnte. Lübbenerstraße 12 hatte die Ballenlage Feuer gefangen. Außerdem verursachte ein Schornsteinbrand noch ein Ausrücken nach Chausseestraße 2a.

Aus den Nachbarorten.

Mariendorf-Südende. Parteigenossen! Am Montag, den 12. März, findet die Ersatzwahl der Gemeinde-Vertretung für die III. Wählerklasse statt (die I. und II. Klasse wählt am 13. d. M.), und zwar wählt Mariendorf nebst Feldmark in Mariendorf im Lokal des Herrn Blocksdorf, Chausseestraße 58, Kolonie Südende hingegen im Restaurant Dahl, Südende, Lichterfelderstr. 21. Die Wahl selbst ist auf die Zeit von vormittags 11—2 Uhr und nachmittags von 5—7 Uhr festgesetzt. Die Parteigenossen am Orte stellten in der am Sonntag, den 4. März, stattgehabten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, welche — da uns in Mariendorf selbst kein Lokal zur Verfügung gestellt wurde — in Marienfelde tagte, den Buchdrucker Hermann Schüttekop als Kandidaten auf, nachdem schon zwei frühere Versammlungen des Vereins die Beteiligung an der Wahl nicht nur für zweckmäßig, sondern auch unter allen Umständen für notwendig bezeichnet hatten. In Ermangelung eines Versammlungslokals sind wir nun gezwungen, den Wählern der dritten Klasse unser Programm 2c. durch Flugblätter zur Kenntnis zu bringen; zu diesem Zwecke erfolgt am Mittwochabend die Verteilung eines Flugblatts. Treffpunkt beim Gastwirt Ebel, abends präcise 7 Uhr; wir bitten die Parteigenossen, hierbei thatkräftigst zu helfen. Gleichzeitig sei noch auf die von den Gegnern zum Freitagabend nach dem Restaurant Blocksdorf einberufene Wählerversammlung hingewiesen; da die Einladung an alle Wähler der dritten Klasse gerichtet ist, ist anzunehmen, daß die Versammlung auch von Parteigenossen besucht wird. Das Wahlkomitee.

Adlershof. Am Montag, den 12. März, nachmittags von 4—7 Uhr, findet im hiesigen Gemeindebureau die Neuwahl eines Gemeindevertreters der 3. Abteilung statt. Während bei den vorhergehenden Wahlen in diesem Jahre stets Ansässige gewählt werden mußten und solche unter den Parteigenossen nicht vorhanden waren, findet jetzt an Stelle des ausscheidenden Genossen Wadepuhl die Wahl eines Unansässigen statt. Darum ist es auch Pflicht eines jeden Parteigenossen, für Erhaltung dieses Mandats Sorge zu tragen; nur wenn jeder Einzelne am Montag zur Stelle ist, wird uns der Sitz in der Gemeindevertretung erhalten bleiben. Zur Berichterstattung des Genossen Wadepuhl über seine Thätigkeit als Vertreter der 3. Abteilung wie zur Aufstellung eines geeigneten Kandidaten findet heute, abends 8 Uhr, im Restaurant Schmauser eine Gemeindewähler-Versammlung statt. Der Diskutierabend des „Socialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins" fällt dieser Versammlung wegen aus. Der Vertrauensmann.

In Wilmersdorf kommt bekanntlich unser Parteigenosse Behrend mit dem Kandidaten Nächstädt vom Grundbesitzerverein in Stichwahl. Während bei den Wahlen zur Gemeindevertretung am Montag für unsern Kandidaten 263 Stimmen abgegeben wurden, erhielt Nächstädt 192 und der Kandidat der Reichstreuen 167 Stimmen. War schon bei der Hauptwahl von allen Parteien mit Aufbietung der verfügbaren Kraft gearbeitet worden, so erfordert die Stichwahl auf unsrer Seite doppelte Anstrengung. Wir sind überzeugt, daß unsre Parteigenossen am Ort es an der erforderlichen Agitation nicht fehlen lassen. Die Stichwahl findet statt am Montag, 19. März, vormittags von 10—2 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr im „Victoria-Garten", Wilhelmsaue 114. Bei den Wahlen in der ersten Abteilung wurden Geh. Regierungs-Baurat Haverstadt und Kommerzienrat Klenne, bei den Wahlen in der zweiten Abteilung Direktor Eichmann gewählt.

Groß-Lichterfelde. Morgen, Freitag, den 9. März, finden die Gemeindevertreter-Wahlen statt. Die Gegner suchen den Sieg der Socialdemokratie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Es ergeht daher an unsre Parteigenossen, an alle klassenbewußten Arbeiter der dritten Wählerklasse die Aufforderung, ihrer Wahlpflicht zu genügen, die Lauen aufzurütteln und in ihren Kreisen für die Wahl der socialdemokratischen Kandidaten zu wirken. Kein Sieg ohne Kampf!

Die Kandidaten der Socialdemokratie sind für den 1. Bezirk (Anhalter Seite): Max Engel, Tapezierer, Göbenstraße 13; für den 2. Bezirk (Potsdamer Seite): R. Wenzel, Zeitungsexpedient, Lankwitzerstr. 6. Wahllokale: Für den 1. Bezirk im Restaurant Hennig, am Anhalter Bahnhof. Für den 2. Bezirk in Fichtels Klubhaus, Kyllmannstr. 7 (am Victoriaplatz).

Die Wahlzeit ist von 4—8 Uhr nachmittags.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung genehmigte am Mittwoch die Vorlage betr. den Erlaß bezw. die Revision von Ortsstatuten in Ausführung des Gesetzes betr. die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899 gemäß den Beschlüssen des Ausschusses, ebenso die Vorlage betr. die Errichtung einer neuen Realschule unter Streichung der vom Magistrat geforderten Vorschule. Nach Erledigung einiger unbedeutenderer Vorlagen erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit der Bewilligung von 700 M. aus dem Dispositionsfonds für die Veranstaltung von populären Vorträgen über angewandte Elektricität für die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, sowie für die oberen Gemeindebeamten und die Beamten der drei ersten Klassen. Die Magistratsvorlage entspricht einem Beschluß der Versammlung vom Januar dieses Jahres. Eine Petition von Bewohnern der Kantstraße und der Nebenstraßen um Regulierung der Kantstraße zwischen Schlüter- und Leibnizstraße wurde dem Etatsausschuß überwiesen. Eine lange und recht lebhafte Debatte knüpfte sich an die Vorlage betreffend die Entscheidung einer Kommission nach Hamburg und Budapest zur Besichtigung einer Müllverbrennungs- beziehungsweise Müllverwertungs-Anstalt und die Vornahme eines Versuchs mit der Verbrennung von Hausmüll aus dem diesseitigen Stadtgebiete im Verbrennungsofen in Hamburg. Die Vorlage wurde abgelehnt und eine gemischte Deputation eingesetzt, die sich mit der Frage der Müllverbrennung weiter befassen soll. Endlich überwies die Versammlung noch die Vorlage, betreffend Beschaffung von drei Dampfspritzen für die Feuerwehr, einem Ausschuß.

In Lichtenberg-Friedrichsberg beschloß die Gemeindevertretung, an den Landtag eine Petition zu richten, in der gebeten wird, die Gesetzesvorlage betreffend Abänderung der Kreisordnung in den alten Provinzen abzulehnen. Die Petition spricht sich, soweit Lichtenberg-Friedrichsberg selber in Betracht kommt, für eine Eingemeindung in Berlin aus; für den Fall, daß eine Ablehnung des Gesetzentwurfs nicht beliebt werden sollte, wünscht die Gemeinde eine Abänderung seines Inhalts nach der Richtung hin, daß dem kleinen und großen ländlichen Grundbesitz die eine und dem städtischen Grundbesitz die andre Hälfte der Kreistags-Abgeordneten zufällt.

Die Angst vor dem Gewerbegericht ist unter den bekannten Umständen auch in unserm Vorort Lichtenberg-Friedrichsberg ausgebrochen. Man berichtet uns von dort:

Ein vor Monaten vom hiesigen Socialdemokratischen Wahlverein an die Gemeindeverwaltung gerichteter Antrag, die Errichtung eines Gewerbegerichts betreffend, kam in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung zur Verhandlung. Der Gemeindevorstand hatte nach Anhörung mehrerer größerer Arbeitgeber Ablehnung beantragt, denn sämtliche Befragten erklärten sich gegen die Errichtung aussprechen zu müssen. Nach ihren Angaben muß hier am Orte ein geradezu ideales Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herrschen. Streitigkeiten kämen nur sehr selten vor und wenn — so meinte ein Redner —, so gäbe er seinen Arbeitern immer recht. Woher denn aber die Befürchtungen, daß durch Wahl von den Arbeitern näherstehenden Kleinmeistern der „vom Gesetz beabsichtigte wohlthuende Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" zu Gunsten der letzteren verschoben werden könnte? Es giebt ja doch nach den Angaben der größeren Arbeitgeber nichts auszugleichen. Wenn aber des weiteren behauptet wird, daß „nach den in Berlin gemachten Erfahrungen die Leichtigkeit für die Arbeitnehmer, Recht zu suchen, in vielen Fällen zu einem leichtfertigen Vorgehen Anlaß geben könnte, so behaupten die hiesigen organisierten Arbeiter, daß die Kompliziertheit und Kostspieligkeit, hier sein Recht zu finden, die hiesigen Arbeitnehmer vom Verfolg ihres Rechts gar zu oft zurückhält, und nur von diesem Gesichtspunkt aus haben sie die Errichtung eines Gewerbegerichts beantragt. Auf Antrag eines Gemeindevertreters wurde die Angelegenheit dem Gemeindevorstand zur nochmaligen Prüfung zurückgegeben. An der organisierten Arbeiterschaft ist es nun, durch Beibringung von Material bei nochmaliger Verhandlung der Sache ein andres Gesicht zu geben.

Eine wesentliche Verbesserung des Verkehrs auf der Oberhavel bei Tegelort wird von der Regierung in Potsdam geplant; zur Vermittlung des Verkehrs zwischen Tegelort, Valentinswerder und den andren Ausflugsorten an der Havel soll eine öffentliche Fähre eingerichtet werden.

Gerichts-Zeitung.

Mit acht und vierzehn Tagen Gefängnis kamen gestern zwei Unternehmer davon, die in frevoler Weise den Tod eines Arbeiters verschuldet hatten. Es handelte sich um einen schweren Unglücksfall, der sich am 21. Oktober v. J. in der Chokoladenfabrik von Kurtz u. Katzner am Engelufer ereignete und gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte.

In der genannten Fabrik platzte ein Kessel, der zur Erzeugung von Dampf diente, der wieder in einen mit demselben verbundenen Apparat geleitet wurde. Der den Kessel bedienende Arbeitsbursche Paul Randow erlitt durch den ausströmenden Dampf so so schwere Brandwunden, daß er am folgenden Tage verstarb. Die Polizei war verwundert, daß sie von dem Bestehen des Kessels keine Kenntnis hatte. Außerdem waren die Sachverständigen der Ansicht, daß die Wände des Kessels zu dünn waren, daß die Verlötung der Nähte mit zu weichem Metall vorgenommen war und die Nieten zu schwach waren. Es wurden deshalb der Klempnermeister Georg Eltze, der den Kessel geliefert, und der Inhaber der Fabrik, der Kaufmann Julius Kurtz, zur Verantwortung gezogen, der letztere, weil angenommen wurde, daß die Mängel des Kessels entdeckt worden wären, wenn die vorgeschriebene polizeiliche Anmeldung erfolgt wäre. Der Angeklagte Eltze erklärte, daß das Material wie die Arbeit des Kessels nicht zu bemängeln seien. Die Heizung müsse sehr unvorsichtig gehandhabt worden sein, denn die Wandungen des Kessels zeigten deutlich, daß derselbe wiederholt geheizt worden sei, ohne daß sich Wasser im Kessel befand. Der als Sachverständiger vernommene Gewerbe-Inspektor begutachtete, daß ein Dampfkessel unter keinen Umständen verlötet, sondern stets vernietet werden müsse. Das von dem Angeklagten Eltze verwendete Lötungsmaterial sei so weich, daß es bei erhöhtem Hitzgrade auch schmelze, trotzdem Wasser im Kessel sei. Zweifellos liege seitens des Angeklagten Eltze eine Fahrlässigkeit vor. Hieraus folgerte der Gerichtshof, daß auch der Angeklagte Kurtz sich durch die Unterlassung der polizeilichen Anmeldung zwecks Abnahme des Kessels einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe. Kurtz wurde zu einer Woche, Eltze zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Mit dieser milden Bestrafung zweier Unternehmer, die in frivoler Fahrlässigkeit den Tod eines Arbeiters verschuldet haben, vergleiche man die monatelangen Gefängnisstrafen, die über organisierte Arbeiter verhängt werden, wenn diese einem Unternehmer oder einem Streikbrecher eine Drohung oder ein paar Scheltworte zurufen!

Polizeikampf gegen die Streikposten. Wir haben bereits in der letzten Woche wiederholt über ungerechtfertigte polizeiliche Strafmandate berichten müssen, die aus Anlaß des Streiks bei Habildt u. Co. gegen Streikposten ergangen und sodann auf Grund des Widerspruchs der Betroffenen von den Gerichten aufgehoben worden sind. Einen neuen derartigen Fall beschäftigte am 6. d. M. das Schöffengericht. Der Metallschleifer Tralles erhielt ein Strafmandat wegen Verletzung der Bestimmungen des Straßenpolizei-Reglements, das denjenigen bestraft, der der ausdrücklichen Aufforderung eines Aufsichtsbeamten nicht Folge leistet. In der Verhandlung bekundete nun der Schutzmann: Das Revier habe die Schutzleute angewiesen, zu verhindern, daß vor dem Streiklokal oder sonst am Elisabeth-Ufer sich Streikposten aufhielten, zumal Habildt u. Co. selbst sich um Schutz an die Polizei schriftlich gewendet haben. Tralles sei einer der Streikposten gewesen. Er habe diesen aber nicht zum Weitergehen auffordern können, vielmehr sich auf Winke beschränken müssen, da, so oft Tralles ihn habe kommen sehen, er ausgerückt sei. Als er den Tralles einmal erwischt habe, wurde dieser sofort von ihm sistiert. Obwohl also nach diesen Bekundungen des Schutzmanns selbst eine Aufforderung an Tralles zum Weitergehen nicht ergangen ist, erhielt Tralles dennoch ein Strafmandat, dieser also in Wahrheit gar nicht ergangenen Aufforderung nicht Folge geleistet zu haben. Auf Grund dieses Sachverhalts wurde in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. Heinemann, auf Freisprechung vom Gericht erkannt.

Versammlungen.

Ueber die bevorstehende Stichwahl sprach am Dienstagabend Genosse Dr. Arons in einer stark besuchten Versammlung des 44. Kommunal-Wahlbezirks. Von der schwachen Beteiligung an den Kommunalwahlen ausgehend, verwies Redner auf England, das Land des Parlamentarismus. Dort haben gerade die Arbeiter in wesentlich höherem Maße die Bedeutung dieser Wahlen begriffen und durch energisches und intensives Arbeiten in den Kommunalkörpern für die breiten Massen Vorteilhaftes und zum Teil Mustergültiges geschaffen. Die Sünden des Berliner Kommunalfreisinns besonders auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge illustrierte Redner durch Auszüge aus einem einzigen Jahrgange der „Socialen Praxis", indem es an der Hand der Beispiele aus andren Städten nachweist, was alles in dieser Beziehung in Berlin nicht geschehen ist. Was den gegnerischen Kandidaten anbetreffe, so sei es merkwürdig, daß derselbe nun mit einem Male sein dem Bodenwucher feindliches Herz entdeckt habe, derselbe Herr, der vor der Hauptwahl noch erklärte, es sei doch ein Unrecht, wenn man ihm sein Baugrundstück durch eine hohe Steuer belastete. Es sollen also wohl nur die Anhänger der Mieterpartei hierdurch geködert werden. Es komme aber noch eins in Betracht, und dazu sei der Bürgerparteiler überhaupt nicht zu gebrauchen: Diese Wahl, die erste nach dem Amtsantritt des Ministers v. Rheinbaben, muß ein flammender Protest sein gegen den von diesem Minister im Landtag eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die „Reform des Gemeindewahlrechts", bei dessen Begründung es dieser Herr offen ausgesprochen habe, daß der geringe Einfluß, den die arbeitende Klasse bisher in den städtischen Parlamenten erlangt hat, noch mehr zurückgedrängt bezw. vollständig aufgehoben werden solle. In der Diskussion sprach zuerst ein Freisinniger, der sich zur neuen Fraktion der Linken bekannte und an seine Gesinnungsgenossen die energische Mahnung richtete, in der Stichwahl für den Socialdemokraten zu stimmen. Auf einen Zwischenruf erklärte der Herr, daß er sich des Verhaltens der „Freisinnigen" im 45. Wahlbezirk schäme. An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch der Kandidat Glocke und die Genossen Rosenthal und Knoll. Der Vorsitzende Pfarr konnte der Versammlung noch die interessante Mitteilung machen, daß für Donnerstagabend die Bürger- und Mieterpartei das Lokal gemeinsam gemietet hätten. Es sei also auch anzunehmen, daß beide in der Stichwahl gemeinsame Sache machen, was die Socialdemokratie erst recht anspornen müsse, den Wahlkreis aus eigner Kraft zu erobern. Mit einem begeisternden Hoch auf die Socialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Ueber die Lohnbewegung der Kleber (Tapezierer) wurde in einer gut besuchten Versammlung am Dienstag wieder verhandelt. Laut dem von Uessem erstatteten Bericht haben von 123 Firmen bereits 116 die Forderungen vollständig bewilligt, so daß bereits über 350 Arbeiter unter den neuen Lohnverhältnissen thätig sind. Da aber noch eine erhebliche Anzahl Ausständiger zu unterstützen sind, wurde beschlossen, den Ausstand der Kleber bis auf weiteres aufrecht zu erhalten. In diesem Sinne haben alle Arbeitenden auch fernerhin 3 M. pro Woche als Streikunterstützung an die Lohnkommission zu entrichten. Ueber einzelne Vorkommnisse auf Bauten wurde u. a. berichtet, daß ein Streikbrecher auf einem Bau in der Michaelkirchstraße einen Arbeiter dadurch schwer verletzte, daß er diesen durch eine geschlossene Glasthür stieß.

Vermischtes.

Die Pest. Die „Times" melden aus Kapstadt vom 6. d. M.: An Bord eines von Rosario kommenden Transportschiffs wurde ein Fall von Beulenpest festgestellt. Das Schiff wurde in der Quarantänestation untergebracht.

Aus Odessa wird berichtet: Der Fluß Ingui ist angeschwollen und hat die Umgegend der Stadt Jelissawetgrad und die in der Nähe liegenden Dörfer überschwemmt. Die Verheerungen sind bedeutend, die Not groß.

Ein trauriges Geschick hat die Kunstreiterin Jenny Weiß betroffen, die noch bis in die letzten Jahre als Baronin v. Rahden im Cirkus und auf der Variété-Bühne eine hervorragende Rolle spielte. Nachdem die Künstlerin ihren adligen Gatten, der sich von ihr ernähren ließ, durch den Tod verloren hatte, erkrankte sie in Nizza vor einigen Monaten an einem schweren Nervenleiden. Dieser Tage ist die völlig mittellose Frau infolge der Krankheit auf beiden Augen erblindet.

Ueber einen Unfall beim Kaisersalut schreibt man der „Nat.-Ztg." aus Hongkong unter dem 3. Februar: Ein bedauerlicher Unfall hat sich am letzten Sonnabend beim Salutschießen zu Ehren des Geburtstags des deutschen Kaisers auf dem amerikanischen Kanonenboot „Wheeling" zugetragen. Eins der Geschütze versagte und die Bedienungsmannschaft wollte nachsehen, wo der Schaden steckte, als das Geschoß plötzlich im Rohr explodierte und das Geschütz zerriß. Zwei Kanoniere wurden sofort getötet, Lieutenant-Kommandeur F. E. Beatty, sowie drei Kanoniere wurden sehr schwer verletzt, einer von ihnen erlag zwei Tage später seinen Wunden.

Marktpreise von Berlin am 6. März 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	D.-Ctr.	15,10	14,—	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	„	14,20	13,80	Kalbfleisch	„	1,60	1,—
Futter-Gerste	„	14,—	13,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Hafer gut	„	15,—	14,20	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,10	13,40	Eier	60 Stück	6,—	2,80
„ gering	„	13,30	12,60	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Richtstroh	„	4,32	4,—	Aale	„	3,—	1,40
Heu	„	6,90	4,20	Zander	„	2,50	1,—
†) Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	2,—	1,—
†) Speisebohnen	„	45,—	25,—	Barsche	„	1,80	0,80
†) Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	2,80	1,20
Kartoffeln, neue	„	7,—	5,—	Blicke	„	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20	Krebse	per Schock	12,—	3,—
do. Bauch	„	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner. †) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 7. März. Im Getreideverkehr war die Tendenz für das Effektivgeschäft einerseits, den Lieferungshandel andrerseits nicht gleichmäßig. Der Frühmarkt war geschäftslos. Das effektive Angebot ließ etwas nach, auch war einige Kauflust für prompte Ware vorhanden. Käufer versuchten allerdings einen Druck auf die Preise auszuüben, hatten jedoch damit keinen Erfolg und die Grundstimmung blieb fest, wenn auch die zu stande kommenden Abschlüsse gleich Null waren. — Am Mittagsmarkte war Nachfrage für Lieferungen fast gar nicht vorhanden; die Preise neigten infolgedessen zur Abschwächung. Das Inlandsangebot war gering, Auslandsofferten etwas umfangreicher. Die Preisstellungen der ausländischen Börsen boten wenig Anregung. In New-York und Chikago lag die Tendenz schwankend, in England unverändert, in Frankreich weichend, ebenso in Oesterreich-Ungarn. Der hiesige Markt erholte sich späterhin, da die wechselhafte Witterung Befürchtungen für die Saaten wachrief, und schloß fest, besonders für September-Weizen. Durchschnittlich wurden Weizen und Roggen 1 M. besser bezahlt als gestern. Auch effektive Ware zog zuletzt auf Käufe eines hiesigen Großunternehmers etwas an. Hafer lag ruhig nominell behauptet. Rüböl still und unverändert.

Am Spiritusmarkt wurde 70er loco mit 47,70 M., wie gestern bezahlt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 7. März 1900. Kurtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 456 Rinder, 1887 Kälber, 1219 Schafe, 9753 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Für Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 48—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 45—46; e) gering genährte Kühe und Färsen 42—44. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 72—74, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 64—68, c) geringe Saugkälber 54—60, d) ältere, gering genährte (Fresser) 43—46. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 59—62, b) ältere Masthammel 53—58, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 46—50, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 47—48, b) Käser 00—00, c) fleischige 45—46, d) gering entwickelte 43—44, e) Sauen 42—44.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. März 1900.

Ein wenig kälter bei veränderlicher Bewölkung, geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wilmersdorf. Die Sonntagsbeilage Nr. 9 (Neue Welt) ist teilweise irrtümlich vom vorigen Jahrgang bestellt worden, man wolle dieselben bei den Spediteuren in Wilmersdorf umtauschen.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.